

Bezugspreis. Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2,- Reichsmark...

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“...

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Sonnabend, den 12. Februar 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Anzeigenpreise: Die einseitige Nonpareille-Zeile 60 Pfennig...

Das Zentrum steht zum Kappminister.

Mary rechtfertigt den Hochverrat juristisch. — Die Zentrumsfraktion stimmt für Keudell, 16 fehlen. — Wirth stimmt mit der Opposition.

Der Reichstag hat gestern die drei Mißtrauensanträge gegen den Reichsinnenminister von Keudell abgelehnt.

Herr v. Keudell, Reichsinnenminister im Kabinett Marx, hat gestern ein Vertrauensvotum erhalten.

Die parlamentarische Auseinandersetzung hat die Anklagen gegen Herrn v. Keudell nicht entkräftet.

Die Ausführungen des Reichskanzlers vermögen die Schwankung des Zentrums Herrn v. Keudell gegenüber nicht zu erklären.

Die Erregung des Zentrums, der Vorbehalt — sie entsprangen einem richtigen politischen Empfinden.

Man kann zu den Tatsachen, die gegen Herrn v. Keudell vorliegen, unter verschiedenen Gesichtspunkten Stellung nehmen.

Die Erregung des Zentrums über die gegen Herrn v. Keudell behaupteten Tatsachen entsprang den Anschauungen der Verfassungspartei.

Herr Marx aber hat versucht, der Opportunitätsentscheidung des Zentrums eine rechtliche Begründung zu geben.

mit dieser Verteidigung einen schweren Schlag gegen die Verfassung und ihre Sicherheit geführt.

Wir übertreiben nicht. Herr Marx hat die Haltung des Herrn v. Keudell im Kapp-Putsch mit folgender Deduktion verteidigt.

Diese Deduktion wäre eine Rechtfertigung für alle untreuen Beamten während des Kapp-Putsches.

Sie schließt in sich einen Freibrief für hochverräterische Beamte.

Ein Beispiel: wenn zur Zeit des Hitler-Putsches sich ein Militärbefehlshaber den Putschisten angeschlossen hätte.

In dieser Deduktion liegt ein Angriff auf die Verfassung. Sie bedeutet die völlige Entwertung des Beamteneides auf die Verfassung.

Zugleich aber erschüttert sie die Rechtsgrundlagen der Verwaltung und das Beamtenrecht.

Herr Marx hat weiterhin versucht, das Verhältnis des Herrn v. Keudell zur Olympia mit rechtlichen Gründen zu verteidigen.

Die Erklärung des Herrn Marx muß dem gefährlichsten Unfug auf diesem Gebiete Tür und Tor öffnen.

Regierungsmehrheit im Unterhaus.

Ablehnung des Antrages der Arbeiterpartei über China.

London, 11. Februar. (TL.) In der heutigen Unterhaus-Sitzung wurde der Antrag der Arbeiterpartei zur Chinafrage mit 320 gegen 130 Stimmen abgelehnt.

Amerikanische Marinetruppen in Shanghai.

Schanghai, 11. Februar. (WTB.) In Schanghai sind 250 amerikanische Marinesoldaten mit dem Dampfer „Picco“ aus Manila eingetroffen.

Die englische China-Denkchrift in Genf.

Genf, 11. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Das Exposé der britischen Regierung an den Völkerbund über die Verhältnisse in China ist am Freitag vom Völkerbundsekretariat veröffentlicht worden.

Organisationen vom Schlage der Olympia besorgen dürfen? Diese Rechtsmeinung schlägt den Anschauungen ins Gesicht.

Schließlich der Fall v. Treskow. Herr Marx nahm Partei für die Großgrundbesitzer, die den Boykott über Herrn v. Treskow verhängt haben.

Diese Erklärung des Herrn Marx war katastrophal für ihn — kompromittierend für seine Partei.

An seiner Stelle, im Kampfe gegen ihn, hat die parlamentarische Opposition das Verfassungsrecht verteidigt.

Das ist es, was im Mittelpunkt dieser Interpellationsdebatte stand.

Herr Marx hat für Herrn v. Keudell eine Mehrheit erhalten. Er hat jedoch sich und seiner Partei eine schwere moralische Niederlage zugefügt!

ganzen Maßnahmen auf den Artikel 7 des Washingtoner Abkommens vom Jahre 1922 stützt und nach ihrer Meinung vorläufig eine Intervention des Völkerbundes nicht angebracht ist.

Errichtung einer Völkerbundzone um Shanghai?

Genf, 11. Februar. (TL.) Wie in hiesigen politischen Kreisen verlautet, soll die Verständigung zwischen England und Kanton bereits abgeschlossen sein.

Kanton schafft die Ausländergerichtsbarkeit ab.

Hankau, 11. Februar. (WTB.) Der Minister des Äußeren von Kanton teilte den Konsulaten mit, daß auf Grund einer Anordnung des Politischen Bureaus ausländische Kläger künftig keine Klage mehr vor dem Gemischten Gerichtshof anhängen können.

Wirth gegen Keudell.

Das linke Zentrum bleibt der Abstimmung fern!

Die Entrüstung über den kappistischen Innenminister geht trotz der Erklärung des Reichstanzlers am Freitag nach wie vor bis weit in die Reihen des Zentrums hinein. Das zeigt mit aller Deutlichkeit das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über die gegen den Kappisten von Keudell eingebrachten Mißtrauensanträge. Vom Zentrum haben nicht weniger als 16 Abgeordnete gestimmt. Von ihnen war nur der geringste Teil krank oder aus dienstlichen Gründen abwesend, die Mehrzahl blieb der Abstimmung aus Protest gegen von Keudell fern. Auch die Verteidigungserklärung des Reichstanzlers Marx hat sie davon nicht abhalten können. Es handelt sich u. a. um die Abgeordneten Giesberts, Imbusch, Soos, Dr. Krone, Sinn und Sonner und Frau Leusch.

Der Abgeordnete Dr. Wirth stimmte in beiden namentlichen Abstimmungen mit Ja für die Mißtrauensanträge.

Die Wälfischen für Keudell.

Die Wälfischen, soweit sie anwesend waren, traten selbstverständlich auf die Seite des Kappisten von Keudell; ebenso stimmte die Wirtschaftspartei geschlossen gegen die Mißtrauensanträge. Hugenberg, der am vergangenen Sonnabend bei der Abstimmung über das Vertrauensvotum für die Gesamtregierung absichtlich fehlte, war gestern erschienen. Ein Kappist genießt immer sein Vertrauen!

Bruder Hülfser, M. d. R.

Treschkows „Bruder“ stimmt für Keudell.

Im „Jungdeutschen“ vom letzten Sonntag erschien ein Aufsatz von „Bruder G. Hülfser, Arbeitersekretär und deutsch-nationalem Reichstagsabgeordneten“. Er wandte sich mit bemerkenswerter Schärfe gegen Stein-Kumpelsitzchen, der im „Tag“ geschrieben hatte, unter dem parlamentarischen System könne ein Steinträger Postminister werden. Hülfser sah darin einen verdeckten Angriff auf den ehemaligen Schreiber Koch, der auf deutsch-nationalen Vorschlag Reichsminister geworden ist, und fertigte den Major der Reserve Stein gründlich ab:

Hier haben wir den Typ des unbefehrbaren Kästchenmenschen, der keinen Sinn für den Wert des Aufstieges gesunder, tüchtiger Kräfte aus dem Arbeiterstande in die Volksführung hat.

Was hat nun gestern der tapfere Bruder Hülfser getan, als die Demokraten ein Mißtrauensvotum gegen v. Keudell einbrachten, wegen seiner Beteiligung an Verhandlungen über einen gesellschaftlichen Bogloot gegen einen Andersdenkenden, der sich einem Druck auf seine politischen Handlungen und Gesinnungen nicht beugen wollte?

Der tapfere Bruder Hülfser hat seinen Bruder v. Treschkow im Stich gelassen und für Keudell gestimmt. Er hat damit vor „dem Typ des unbefehrbaren Kästchenmenschen“ kapituliert. Dasselbe haben andere christliche Arbeitersekretäre, die keine jungdeutschen Brüder sind, natürlich erst recht getan. War doch Herr Behrens, Führer der christlichen Landarbeiter, gestern wilderster Kaiser im Streit!

Bruder Hülfser hat die Achtung seines Bruders v. Treschkow gebilligt. Er hat die Regierungserklärung, die den Bankrott gegen seinen Bruder wegen „Vertrauensbruchs“ schandbarerweise rechtfertigt, gebilligt. Er hätte wenigstens hinausgehen können, wie es viele vom Zentrum taten. Er ist geblieben und hat gegen seinen Bruder gestimmt!

Bruder? Ein nettes Brüderchen!

Achtung zweier russischer Flieger. Das Präsidium des Zentral-Exekutivkomitees der Sowjetunion hat den Flieger Kim und den Bombenwerfer Timofejew wegen vorläufiger Uebertretung der Grenzen der U.S.S.R. mit einem sowjetrussischen Militärflugzeug als außerhalb des Schutzes der Befehle stehend erklärt.

Heinrich Braun zum Gedächtnis.

Von Friedrich Stampfer.

In den letzten Jahren hatte ich ihm nur noch selten gesehen. Einmal war es im Wilmersdorfer Krematorium bei der Einäscherung Otto Käfers, des hochbegabten Zeichnerphilosophen, den er persönlich gar nicht gekannt, dessen Entwicklung er jedoch mit liebevollem Verständnis verfolgt hatte. Nun stand er tiefbetrübt vor der Bahre des früh Verstorbenen und sagte zu mir: „Ich hätte Sie gebeten, auch an meinem Sarge zu sprechen, wenn ich nicht angeordnet hätte, daß meine Bestattung in aller Stille erfolgen soll.“ — So ist es auch gestern geschehen. . . .

Heinrich Brauns Menschentum ist in einem ständigen Zeitungsnetztrogl nicht leicht zu fassen. Einem wissenschaftlich arbeitenden Biographen oder auch einem großen Romanverfasser böte es dafür einen desto würdigeren Stoff.

Wenn man von ihm sprach, hieß er gewöhnlich der Mann Uly Brauns, oft der Vater Otto Brauns, manchmal auch der Schwager Viktor Wiers. Ihm verschlug es wenig, denn es war seine Freude, andere im Licht zu sehen, während er für sich selber den Schatten liebte. So er aber in seinem Arbeitszimmer mit den Trägern großer Namen aus Politik und Wissenschaft befassten, so war er nicht kleiner als sie.

Woher kam der wertwürdige Mann? Er war der älteste Sohn einer wohlhabenden Wiener Familie, hatte eine glänzende Erziehung genossen, sah mit weit offenen Augen in die Zukunft. Schon im „Ablehrhorst“, dem Studentenklub, der in der Wohnung von Viktor Wiers Wasser seinen Sitz aufgeschlagen hatte — Bernerstorfer, Friedjung, Max Gruber waren auch da — gärten revolutionäre Ideen. Ein Semester bei Lorenz v. Stein gibt dem Geist Heinrichs die Richtung zum Sozialismus. Dann geht er nach Deutschland. Schmöller in Straßburg wehrt entsetzt ab, da er sich zu einer Arbeit über Marx und seine Lehre anbietet. Das sollte noch, nachdem schon im Jahre zuvor Sering die Universität sozialistisch verfaßt hätte!

Besseres Verständnis findet er bei Conrad in Halle. Aber weder hier, noch in Jena ist eine Habilitation möglich, so wird er Redakteur, Herausgeber von Zeitschriften. 1888 bietet ihm Bebel die Redaktion des „Berliner Volksblatts“ an. Er lehnt ab. Sein eigentliches Feld ist die Zeitschrift; da kann er der großen Leidenschaft seines Lebens nachgehen: Talente fördern und der Arbeiterbewegung geistige Kräfte zuführen.

So war durch ihn auch Franz Mehring zur Partei zurückgekommen, der er sich schon als junger Mensch genähert und die er dann wieder aufs leidenschaftlichste bekämpft hatte. Mit aller Energie, die ihm in solchen Fällen eigen war, trat Heinrich Braun für die Aufnahme des reuigen Sünders ein. Man kann sich vorstellen, wie er damals Mehring geliebt haben mag! Diesen glänzenden Begleiter

Reichskabinet und Polenfrage.

Vor dem Abbruch der Verhandlungen.

Am Freitagabend wurde in einer Besprechung des Ernährungs-, des Finanz- und des Wirtschaftsministers sowie des Auswärtigen Rates der deutsch-polnische Zwischenfall erörtert. Von zentraler Stelle wird über den Verlauf der Verhandlungen erklärt, daß hinsichtlich der zu ergreifenden Maßnahmen der Reichsregierung unter den beteiligten Reichsteils Klammernigkeit herrscht. Ueber die gefassten Beschlüsse soll am Sonnabend im Kabinet endgültig entschieden werden. Der Abbruch der Verhandlungen mit Polen steht außer allem Zweifel.

Polnisch-sozialistische Kritik.

Warschau, 11. Februar. (Eigener Drahtbericht.) In hiesigen amtlichen Kreisen verfolgt man ebenso wie in der Öffentlichkeit die Entwicklung des deutsch-polnischen Zwischenfalls mit äußerstem Interesse. Eine konsequente Stellungnahme gegen die Ausweisung einzelner reichsdeutscher Personen aus Oberschlesien als eine politisch durchaus verfehlte Maßnahme. Die gesamte bürgerliche Presse ist dagegen ausschließlich gegen Deutschland eingestellt und spricht davon, daß die Pläne der Reichsregierung nichts anderes als den „Beginn einer Offensiv gegen Polen“ bedeuten würden. Aber Polen könne den Zollkrieg ruhig ertragen und seine im wesentlichen aus Rohstoffen bestehende Ausfuhr anderweitig unterbringen.

Der Polenkonflikt vor dem Reichstag.

Mit dem Abbruch der deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen wird sich der auswärtige Ausschuh des Reichstags am nächsten Donnerstag befassen. In der gleichen Sitzung wird die Neuwahl des Ausschuhvorsitzenden erfolgen, die notwendig geworden ist, weil der bisherige Vorsitzende, der Deutschnationale Hergl, inzwischen zum Justizminister avanciert ist.

Reichsbannerangehörige werden verurteilt.

Kugelfeindliche Stahlhelme sind unschuldig. Eigenartige Untersuchungsmethoden.

Am Donnerstag ist in Rührin (Neumark) ein Prozeß gegen Reichsbannerkameraden zu Ende gegangen, der wieder einmal große Schlaglichter auf unsere Justiz wirft. Die Anklage lautete auf Landfriedensbruch und Körperverletzung gegen 18 Reichsbannerleute und 6 rote Frontkämpfer. Die Ereignisse, die der Anklage zugrunde lagen, fallen in die Zeit des Volksentscheids. Die Stahlhelmer hatten eine unerhörte Hege gegen die Parteien veranstaltet, die für die Fürsteneneignung waren. Ihre Presse strotzte nur so von Ausbrüchen, wie kommunistisches Gefindel und Diebe, Abscham der Gesellschaft und dergleichen. Die Verunsicherung sozialdemokratischer Führer war an der Tagesordnung. Die Atmosphäre wurde von Tag zu Tag erhitzter. Am Wahltage hinderten Stahlhelmer einige Frauen das Wahllokal zu betreten. Reichsbannerleute wieder ließen sich dazu herbei, einige Wahlplakate, auf denen die berüchtigte „flauende Hand“ dargestellt war, herunterzureißen. Es kam zu kleinen Schlägereien — der Staatsanwalt erblühte in ihnen Landfriedensbruch. Gegen 2 Uhr setzte sich ein Zug des Reichsbanners in Bewegung, der von einem Trupp roter Frontkämpfer und von Frauen und Kindern abgeschlossen wurde. Vor dem Stabsquartier des „Stahlhelm“ und des „Wermolt“ hielt der führende Genosse Sielaj eine Rede. Als sich der Zug bereits in Bewegung gesetzt hatte, entstand plötzlich an seinem Ende ein Handgemenge. Auf die Frauen und Kinder folgten Biergäfer und Stühle. Schließlich gab es eine Anzahl Verletzte. Die Stahlhelmer waren arg davongekommen. Dieses Handgemenge bildet nun in der Hauptsache den Grund zur Anklage.

Die Hauptverhandlung förderte aber ganz eigenartige Dinge zutage. Den Verteidigern, Rechtsanwältin Dorniker und Falkenfeld, gelang es nachzuweisen, daß die Berechnungsprotokolle

der Stahlhelmer, auf deren Aussagen die ganze Anklage fußt, vom Führer des Stahlhelms stammen und weder von der Polizei noch von dem Untersuchungsrichter nachgeprüft worden waren. Sie stellten sich in den ausschlaggebenden Teilen als unrichtig heraus. Dafür waren aber die Entlastungszeugen überhaupt nicht vernommen. Die Behauptung des Bürgermeisters und des Polizeikommissars, daß solche überhaupt nicht genannt worden seien, wurden Bögen gestraft. Auch die Aussage des Polizeibeamten, der die Stahlhelmer als Angreifer bezeichnet hatte, war verworfen. Eigentlich hatte sich auch die Durchsuchung des Stahlhelmsquartiers nach Waffen gestaltet. Die Polizei hatte sich mit dem Ehrenwort des Stahlhelmführers begnügt, daß keine Waffen vorhanden seien. Von der Verteidigung konnte trotz der eidlichen Aussage eines Leutnants vom Stahlhelm festgestellt werden, daß die Stahlhelmer im Besitz von Knüppeln gewesen sind. Sieht man von der unerhörten Tatsache der Verwertung privater Berechnungsprotokolle ab, so ergab sich alles in allem hier das übliche Bild von den „schuldigen“ Reichsbannerleuten und von den unschuldigen Kammern im Stahlhelm. Trotz des Antrages des Staatsanwalts, der in bezug auf alle 24 Angeklagten auf Landfriedensbruch plädierte, verurteilte das Gericht nur 8 Angeklagte wegen gefährlicher Körperverletzung zu Gefängnisstrafen von 6 Wochen bis 3 Monaten unter Verleibung von Bewährungsfrist.

Das Geheimnis des Beratungszimmers. Prozeß Marjchner-Themal.

Heute findet vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte die Gerichtsverhandlung in der Beleidigungssache gegen den Berliner Rechtsanwalt Dr. Themal, den Assessor Kempner und den Redakteur eines Berliner Montagsblattes statt.

Der Prozeß darf ein größeres öffentliches Interesse beanspruchen. In einem Reineidsprozeß, unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Marjchner, wurden u. a. zwei Justizwachmeister für geringen Gefängnisstrafen verurteilt. Als die Beurteilten die Geschworenen aufsuchten, um ihre Unterschriften für ein Gnaden-gesuch zu erhalten, glaubten sie aus den Gesprächen mit ihnen entnehmen zu können, daß die Abstimmung nicht rechtmäßig vor sich gegangen sei. Die Darstellung, die sie ihrem Verteidiger Dr. Themal von diesen Gesprächen gaben, veranlaßte ihn, seinen Klienten zu einer entsprechenden Eingabe ans Gericht zu raten. Auf Grund dieser Eingabe beabsichtigte Dr. Themal die Revision einzulegen. Als dann die Eingabe nach einigen Tagen sich noch immer nicht bei den Akten befand, glaubte Dr. Themal in die Öffentlichkeit sichten zu müssen. Einem vorläufig gehaltenen Artikel in der „Vossischen Zeitung“ folgte ein scharfer Angriff in dem genannten Montagsblatt. Er enthielt eine Erklärung Dr. Themals und warf in der Ueberschrift dem Landgerichtsdirektor Marjchner Fälschung der Akten vor. Daraufhin strengte dieser die Beleidigungssache an.

In der Gerichtsverhandlung am Sonnabend werden nun die drei Berufs- und die sechs Laienrichter wie auch die drei im Reineidsprozeß Beurteilten als Zeugen erscheinen. Wohl zum erstenmal wird in einer Gerichtsverhandlung das Geheimnis des Beratungszimmers Gegenstand öffentlicher Verhandlungen sein. So wird man Gelegenheit haben, sich davon zu überzeugen, ob die Vorwürfe, die gegen die Emmingerischen Schwurgerichte gemacht werden, nämlich daß die Laienrichter in unerträglicher Weise von den Berufsrichtern beeinflusst werden, richtig sind oder nicht. Es wurde in diesem Falle behauptet, daß der Grund zu dem erlassenen Mißverständnis darin zu suchen sei, daß vier von den Laienrichtern auf anfängliches Befragen des Landgerichtsdirektors Marjchner sich für einen Freispruch erklärt hätten, daß aber nach einer dreistündigen Verhandlung eine rechtmäßige Verurteilung zustande gekommen sei. Das Mißverständnis konnte aber nur entstehen, weil einerseits die zu beantwortenden Fragen nicht schriftlich formuliert werden und andererseits das Stimmenergebnis nicht öffentlich bekanntgegeben wird. Die Bedeutung des Prozesses liegt nun darin, daß er geeignet ist, neues Material gegen die Emmingerischen „Schwurgerichte“ und für die Wiederherstellung der wirklichen Schwurgerichte zu liefern.

der Arbeiterbewegung zurückzugewinnen, schien ihm eine Aufgabe, die das Aufgebot aller Kräfte erfordern würde.

Als später aus Freundschaft bittere Feindschaft wurde, und die beiden Männer auf dem Dresdener Parteitag gegeneinanderstanden, unterlag Heinrich Braun, wenn auch sein Gegner schwere Wunden davontrug. Braun unterlag nicht nur, weil seine Richtung die schwächere war, sondern auch deshalb, weil er der Mann im Schatten war, der Masse der Partei beinahe ein Verdächtiger Fremder, während Mehring als der große journalistische Führer vor ihr stand. Wohl zeigte sich Braun, der Feind der Rednertribüne, zu allgemeiner Ueberraschung als glänzender Sprecher. Aber hier war sonst nicht das Feld, wo er Siege suchte.

Zeitschriften herauszugeben, durch sie die Ideen eines aktivistischen Reformismus fördern — der sich vom „Revisionismus“ der „Rosa-Luxemburg“ in manchen unterchied — immer neue geistige Streiter für seine Sache gewinnen, das war die Aufgabe, in der er sich verzehrte. Geld war nur dazu da, für diese Zwecke ausgegeben zu werden. Ging es zu Ende, so schien es selbstverständlich, daß auch andere, Ne es konnten, das ihre herzugeben hätten. Die anderen waren darüber begreiflicherweise nicht immer derselben Ansicht. — Heute werden sie verstehen, daß Heinrich Braun stets nur als ein Fanatiker seiner Mission gehandelt hat.

Heinrich und Uly, das Aufwachsen Ottos, des wunderbar Begabten, auf dem Schlachtfeld Begrabenen — welche Fälle menschlichen Erlebens! Wer beklammert sie, nichts verhüllend, alles verstehend? „Die Neue Gesellschaft“ — wozu findet dieses denkwürdige Kapitel unserer Parteigeschichte seinen Historiker. . . .

Nach dem Tode Ottos, in der Ehe mit Julie Vogelstein, findet das stürmische Leben einen Abschluß voll Harmonie. Die Erträge von Ottos Buch werden verwendet, um jungen Talenten aus der Arbeiterjugend den Weg zu ebnen. Eine verwaiste Wäterschaft, um unerhört glänzende Hoffnungen betrogen, nimmt begabte Kinder fremder Väter in ihren Schut. Heinrich Braun sorgt für sie. Sie müssen zu essen haben, sie müssen studieren können, sie müssen ordentlich gekleidet sein. „Bei mir kommt es gar nicht mehr darauf an, wie ich herumsaue, aber die jungen Leute müssen nach was aussehen.“ So gibt er seinen letzten Wintermantel einem armen Studenten.

Ein Mensch mit keinem Widerspruch. Voll tiefer Leidenschaft, ohne Rücksicht auf die Empfindungen anderer und auf ihre Vorstellungen von den Regeln der Bürgerlichkeit. Alles in allem einer, der in Hingabe lebte für die, die kommen werden, und für das, was kommen wird: für die Jungen und für den Sozialismus!

Chre seinem Andenken!

Wohin steuert die sowjetrussische Dramatik? Die sowjetrussische Theaterkritik vermerkt immer wieder, daß die russische Tendenzdramatik fast ausnahmslos sich in eine Sogasse verirrt habe, aus der kein Ausweg, sondern nur eine Rückkehr und Umkehrung möglich sei. Der neue russische Dramatiker lasse sich am besten

als „oberflächliche Photo-Reportage“ kennzeichnen. Insbesondere gelte dies für die Darbietungen der staatlichen Agitations-theater und für die Leningrader „Studienbühne des proletarischen Schauspielers“. Es genüge nicht, sich auf ein rotes blindes Schema festzumagen, (Mittige „Broschürennotizen“ zu inszenieren, Anecdoten und Momentaufnahmen auf die Bühne zu projizieren. Der russische Bühnenschriftsteller von heute mache sich die Sache gar zu leicht. Den weitaus meisten Stücken fehlen der Ernst schöpferischer Verantwortung, eine tiefere soziale Problemstellung, jede Spur einer handfesten kraftvollen Handlung, die Entwicklung und Vollendung lebendiger Charaktere, farbige und überzeugende Situationen, Mannigfaltigkeit in der sprachlichen Individualisierung der handelnden Personen. Schischeglowes neuestes Stück „Burga“ („Schneegebirge“) scheint jedoch einen erfreulichen Wendepunkt zu bedeuten und lasse hoffen, daß in der jungen russischen Dramenproduktion die wahren Elemente des Dramas wieder zum Durchbruch gelangen werden.

Eine Organisation zur Lebensrettung durch Bluttransfusion. Eine Konferenz der Vorstände der Wiener Gewerkschaften hat sich mit der Frage der Organisation von Bluttransfusionen zur Rettung von Arbeitern, die Arbeitsunfälle erlitten haben, beschäftigt. Nach einem Vortrag des Chirurgen Dr. Raiber und einer Debatte beschloß man, zu einer derartigen Organisation in der Wiener Arbeiterenschaft zu schreiten.

Meinlers „Denkmal der Arbeit“. Die belgische Architekten-gesellschaft hat einen Wettbewerb ausgeschrieben, durch den die noch immer ungelöste Frage der architektonischen Umrahmung des Denkmals selbst ermöglicht werden soll. Die plastischen Teile des Wertes, vier Knie und fünf Figuren, sind seit zwei Jahren fertig, konnten jedoch bis jetzt der Öffentlichkeit nicht übergeben werden.

Georg Brandes schwer erkrankt. Georg Brandes, der kürzlich seinen 85. Geburtstag feierte, ist, wie aus Kopenhagen gemeldet wird, schwer erkrankt. Wegen der Verleibung eines Wagners, die eine Operation notwendig machen dürfte, ist er in bedenklichem Zustand in eine Klinik übergeführt worden.

Schlüters Röhre von der Alten Post in Berlin, dem früheren Gartenbergschen Palais, sind jetzt durch Ueberweisung ins Kaiser-Friedrich-Museum gekommen. Es handelt sich um jene Röhre von Behndarmkranen auf dem Hanse, deren Verleibung ein besonders unerwartetes Bild Berliner Denkmalspflege ist.

Der Universitätsball im Zoo am Dienstag, den 15. Februar, dient den studentischen Wohltätigkeits- und Fürsorgezwecken.

Foto 1928* ist der Titel einer Weltausstellung für photographische Kunst, Wissenschaft und Industrie, die im nächsten Jahre in Amsterdam unter Teilnahme von Berufs- und Amateurbildnern stattfinden soll. 47 Länder haben bereits ihre Beteiligung zugesagt.

20 Millionen Dollar für ein Museum. Ein amerikanischer Milliardär, der Andalusische Traummann in Toledo (Ohio), hat in seinem Testament 20 Millionen Dollar als Bequest für das Museum von Toledo ausgesetzt, das schon bisher eines der reichsten Museen Amerikas gewesen ist.

Ein wissenschaftlicher Kongreß in Moskau. Zu dem 29. Delegierten Kongreß sind, wurde Freitag eröfnet. 11. a. sind Deutschland, England, Frankreich und Amerika vertreten. Zum Vorsitzenden des Kongresses wurde ein Russe gewählt.

Arbeitszeit und Arbeitsleistung.

Untersuchungsschwierigkeiten im Bergbau.

In einem Presseabend teilte der Vorsitzende des 4. Untersuchungsausschusses für Arbeitsleistung, Universitätsprofessor Dr. Henke, mit, daß man wohl erst im Frühjahr 1928 die Einzeluntersuchungen über das Verhältnis von Arbeitszeit und Arbeitsleistung in der Industrie abschließen könne. Die in der Tat auffällig lange Dauer der Untersuchung des Arbeitsleistungsausschusses erklärt Prof. Henke mit den Schwierigkeiten der Materie. Die Untersuchungen müßten in Einzelbetrieben mit der isolierenden Methode vorgenommen werden, wobei sehr große Schwierigkeiten wegen der Vielfältigkeit anderer Einflußfaktoren zu überwinden seien. Dazu komme, daß die eigenen Aufzeichnungen der unteruchten Betriebe über Arbeitsdauer, Lohnhöhe, Maschinenverwendung, Bitterungsverhältnisse usw. trotz ihres vielfach festgestellten Hochstandes, das für wissenschaftliche Vergleiche erforderliche Maß an methodischer Genauigkeit doch nur selten erreichten. Das Problem, das hier untersucht werde, sei so prinzipieller Natur, daß man nur auf abstrakt hieb- und stichfesten Resultate abzielen dürfe. Man werde jedoch bis zu den abschließenden Verhandlungen über das Arbeiterbeschutzgesetz im Reichstage den größten Teil dessen, was der Arbeitsleistungsausschuss festgelegt habe, überschauen können. Was zu hoffen wäre!

In gründlichen Ausführungen legte dann Professor Dr. Lipmann, der Direktor des Instituts für angewandte Psychologie in Berlin, die Notwendigkeit neuer statistischer Grundlagen dar, da es sich als unausweichlich ergebe, bei der Untersuchung der Verhältnisse in einzelnen Bergwerken sich von der üblichen bergbauischen Statistik zu emancipieren. Die Beurteilung der Veränderungen der Arbeitsleistung im Verhältnis zur Arbeitszeit sei außerordentlich schwierig, weil die Arbeitsleistung unter Umständen fast ganz von anderen Faktoren abhängig ist, die man insbesondere in den Vorgängen der Rationalisierung und Mechanisierung zu erblicken habe. Man könne diesen Schwierigkeiten aber einigermaßen dadurch Rechnung tragen, daß man nicht größere zeitliche Perioden miteinander vergleicht, sondern jene Punkte der Kurven besonders ins Auge fasse, an denen sich Abweichungen von dem allgemeinen Kurvenverlauf zeigen; denn die Rationalisierungs- und Mechanisierungsmassnahmen wirkten sich kontinuierlich aus, während Veränderungen der Arbeitszeit oft plötzlich auftraten und sich in den Kurven deutlich abzeichnen. Endlich lägen die Verhältnisse nicht nur in verschiedenen zeitlichen Perioden, sondern auch bei den einzelnen vom Ausschuss untersuchten Werken so verschieden, daß die Ableitung allgemeiner Ergebnisse immer mit besonderer Vorsicht erfolgen müsse. Doch sei an der Möglichkeit, zunächst wenigstens einzelne positive Ergebnisse zu erzielen, bei dem heutigen Stande der Untersuchungen nicht mehr zu zweifeln.

Tschechoslowakische Reaktion.

Macht des Innenministeriums.

Prag, 11. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Dem Abgeordnetenhause wurde am Freitag der Entwurf des Gesetzes über die Verwaltungsreform zugestellt. Dieses Gesetz befreit die noch gar nicht durchgeführte autonome Gauerwaltung und setzt an ihre Stelle eine Verwaltung von Ländern und Bezirken. Die Tschechoslowakei wird in vier Länder zerfallen: Böhmen, Mähren, Slowakei und Karpatho-Rußland. Das überwiegend deutsche Schlesien wird mit Mähren verschmolzen. An der Spitze der Länder und Bezirke sollen Beamte, die den zu zwei Drittel gewählt, zu einem Drittel von der Regierung ernannten Landesversammlungen vorgelegt und die äußerst reaktionäre Geschäftsordnung dieser Vertretungen handhaben. Die leitenden Beamten sollen aber auch in die Sitzungen der Landesversammlungen außer den ernannten Vertretern noch Beamte delegieren, so daß die Mehrheitsbildung in den Ländern und Bezirken vom Innenministerium bzw. von seinen Beamten entscheidend beeinflusst werden kann. Der Gesetzesentwurf enthält auch die Erneuerung des alten österreichischen Bürgerpatents (Polizeistrafrecht) von Jahre 1854, dessen Bestimmungen noch verschärft werden. Das Innenministerium kann schließlich auch den Inflationen zugewandt bestimmen, den Bezirken gewisse Aufgaben einfach einzugehen oder sie von einem Bezirk auf einen anderen übertragen!

Der Gesetzesentwurf ist in jeder Hinsicht der reaktionärste, der bisher dem tschechoslowakischen Parlament vorlag. Das Wahlrecht in die neuen Vertretungen ist gegenüber dem im Saate und in den Gemeinden verschlechtert, da es von Mindestalter von 21 auf 24 Jahre hinaufführt, die letzten Reste der Selbstverwaltung werden beseitigt und die nationale Autonomie wird völlig vernichtet. Hätten noch dem Autonomiegesetz die Deutschen noch zwei Gauen autonom verwalten, so hat man ihnen jetzt noch das überwiegend deutsche Schlesien genommen. Das Gesetz ist unter tätiger Mitwirkung der deutschen bürgerlichen Regierungsparteien entworfen worden.

Im Auswärtigen Ausschuss wurde Minister Bensch über seine Haltung zur Frage der Heimkehr Deutschösterreichs ins Deutsche Reich interpelliert; nach langem Hin und Her war klare Entscheidung gestellt, erklärte er sein „selbstverständliches“ Nein. So der Sprecher eines Staates, dessen Errichtung mit der freien nationalen Selbstbestimmung seiner zahlenmäßig stärksten Nation begründet wurde!

Wie lange noch Sichtvermerkszwang?

11. Februar. (W.B.) Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Prag, daß dem mit Wirkung vom 1. Januar der Sichtvermerkszwang zwischen der Tschechoslowakei und der Schweiz aufgehoben worden ist, hat die deutsche Regierung die schon wiederholt in Prag gestellte Anfrage erneuert, ob die tschechoslowakische Regierung nunmehr bereit sei, in Verhandlungen über eine derartige Maßnahme im deutsch-tschechoslowakischen Verkehr einzutreten. Bisher hat sich die tschechoslowakische Regierung freiziehend verhalten. Die Antwort der tschechischen Regierung auf die neue deutsche Anfrage steht noch aus.

Weißer Schrecken in Portugal.

Kriegsgericht. — Straßensperre. — Schießerei.

Paris, 11. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der General Eusa Diaz, Führer der Aufstandsbewegung in Oporto, ist mit 30 Offizieren und 80 Unteroffizieren, die mit Waffen in der Hand festgenommen worden, auf ein Kriegsschiff gebracht und nach Lissabon überführt worden. Sie sollen sich dort vor einem Kriegsgericht verantworten.

Der Militärgouverneur von Oporto hat am Freitag befohlen, daß alle Personen, die mit Waffen in der Hand betroffen werden, sofort zu erschießen sind. 65 in den Straßen gefundene Leichen wurden inzwischen von den Behörden be-

Amerikas doppeltes Gesicht.

Heuchelei oder ernsthafte Politik? — Abrüstung und Imperialismus.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat den Regierungen der übrigen Seemächte — England, Japan, Frankreich, Italien — vorgeschlagen, den Abrüstungsvertrag von Washington zu erweitern und in Zukunft alle Seerüstungen zu begrenzen. Eine neue Konferenz soll einberufen werden, um auch den Bau von Kreuzern, Unterseebooten, Flugzeugmutter Schiffen, der bisher uneingeschränkt möglich war, zu begrenzen und einzuschränken.

Dieser Vorschlag kommt wenige Wochen, nachdem die gleiche Regierung der Vereinigten Staaten ihre Streitigkeiten mit Mexiko bis an den Rand des Krieges getrieben hat, nachdem sie in Nicaragua Truppen gelandet und die rechtmäßige Regierung beseitigt hat. Im Januar noch zeigten die Vereinigten Staaten der Welt die Frage des Imperialismus! Im Februar zeigen sie den Völkern ein pazifistisches Antlitz. Daß die Vereinigten Staaten eine verlogene, eine unehrliche Politik treiben, daß ist die erste Empfindung, mit der man den Abrüstungsvorschlag Amerikas begegnet. Heuchelei! Das ist der erste Eindruck, den die rote Coolidge an die Mächte auf uns hervorruft; Heuchelei! das ist der erste Ausruf, den Coolidges Botschaft an den Kongress aus uns hervorruft.

Aber mit so einfachen Urteilen ist die Weltpolitik des modernen Imperialismus nicht zu begreifen. Viel zu vielfältig sind die Tendenzen und Kräfte, die die Außenpolitik einer Großmacht bestimmen. Mit den einfachen Empfindungen und Formeln eines guten Herzens ist die

komplizierte Welt der internationalen Politik

nicht zu meistern. Es ist unumgänglich, sie einer möglichst genauen Analyse zu unterwerfen, um zu einem wirklich umfassenden Urteil zu gelangen.

Zunächst einmal zugegeben, daß der Abrüstungsvorschlag des amerikanischen Präsidenten international wie eine Heuchelei wirkt: damit ist noch nichts darüber gesagt, daß er nicht innenpolitisch ernst gemeint ist. Und das ist er in der Tat: Coolidge will seiner Partei, der zurzeit herrschenden republikanischen, für die kommende Präsidentenwahl eine Wahlparole schaffen. Er will auf Erfolge, und wenn nicht auf Erfolge, so doch auf tatkräftige Abrüstungsbemühungen seiner Regierung hinweisen. Seine Partei hat dazu allen Anlaß: Hat doch soeben erst das Vorgehen gegen Nicaragua und gegen Mexiko einen Sturm des Unwillens bei den pazifistischen Massen erzeugt. Dieser Unwille war so groß, daß er die Kriegstreiber um den Präsidenten — Staatssekretär Kellogg und die Marineleitung — zur Vernunft und zum Rückzuge brachte. So kommt Coolidge den Massenwünschen entgegen. Die

Abrüstung als Wahlparole

ist aber nicht nur für die herrschende republikanische Partei wichtig; sie ist auch für Coolidge persönlich die Parole, unter der er versuchen will, zum dritten Male Präsident der Vereinigten Staaten zu werden. Dem widerspricht bisher die Heuchelei, die es für un-demokratisch und für die Republik gefährlich hält, wenn ein Mann mehr als zweimal Präsident wird. Es haben sich schon innerhalb der Republikanischen, und noch mehr innerhalb der Demokratischen Partei Stimmen erhoben, die eine Erneuerung eines alten Kongreßbeschlusses gegen dritte Kandidaturen eines Präsidenten fordern. So ist es auch.

Die persönliche Politik des amerikanischen Präsidenten.

Die ihn veranlaßt, nach einer wirksamen „Plattform“ für die Kandidatenaufstellung für die Präsidentenwahl zu suchen.

Ist so Coolidges Botschaft an den Kongress ernst gemeint, so sind auch seine Kräfte an die vier anderen Regierungen ganz auf den Erfolg eingestellt. Mit geradem äußerster Behutsamkeit vermeiden sie es, etwas vorzuschlagen, das bei ihnen anstoßen und ihnen Bormünde geben könnte, feintun Vorschlag abzuweichen. Coolidge läßt nicht etwa die Mächte ein, auf die erste Seearüstungskonferenz in Washington, was doch natürlich wäre, eine zweite Konferenz in Washington folgen zu lassen. Im Gegenteil schlägt er neben

Genf als Konferenzort

vor, 1921 noch, unter Harding, der den Völkerbund als „Ist“ erklärte, wäre ein solcher Vorschlag unmöglich gewesen. Jetzt ist die Stellung des Völkerbundes gegenüber und in den Vereinigten Staaten eine ganz andere geworden. Die amerikanische Regierung erklärt, die Vorarbeiten des Völkerbundes für eine Abrüstungskonferenz selbst hätten ihr nahegelegt, den Vorschlag einer weiteren Seearüstung zu machen. Denn es sei gerade das wertvolle Ergebnis dieser Vorarbeiten gewesen, zu zeigen, daß die Schwierigkeiten einer Gesamtabrüstung zugleich zu Wasser, zu Lande und in der Luft und zugleich auf der ganzen Erde zurzeit fast unüberwindbar schienen. Die

Teilabrüstung zur See

weiterzutreiben, sei deshalb der geeignete Weg, um die Gesamtabrüstung praktisch zu fördern. Zugleich berücksichtigt Coolidge die Hemmnisse, die der Faschismus und der Polencarismus gegen eine Abrüstung haben. Er schlägt nur vor, daß Amerika, England und Japan sich auf das bisherige Flottenverhältnis von 5:5:3

Ein Regierungsbericht.

Lissabon, 11. Februar. (W.B.) Die Regierung veröffentlicht folgenden Bericht: Gewisse politische Führer, die wieder zur Regierung kommen wollten, haben nicht gezögert, eine umfangreiche Verschwörung anzuknüpfen, die die Demokraten, die linksstehenden Rationalisten (Das bedeutet in Auslandsdepeschen oft „Volkspartei“, Red. d. B.), die Radikalen und die Bolschewiken vereinte und die über beträchtliche Summen verfügte, um die Regierung zu stürzen, die absolut gegen jede Maßnahme ist, die darauf hinausläuft, private Interessen zu begünstigen. Die Aufstandsbewegung hat am 4. dieses Monats in Porto begonnen und ist am Abend des 8. Februar dort eingedämmt worden. In Lissabon selbst begann die Bewegung am 7. Februar vormittags; ihr wurde am Abend des 9. Februar auch dort ein Ende bereitet. Einige bedeutende Zusammenkünfte waren in Caro und Figueira da Foz zu verzeichnen. In Lissabon, wo die Bewegung den größten Umfang erreichte, endete sie mit der Uebergabe der Aufständischen. Angesichts des immer stärker werdenden Druckes der Regierungstreue wollten sie einen Kampftag vermeiden. Die Ruhe ist im ganzen Lande wiederhergestellt.

einigen — ob freilich die Zustimmung, die er damit an die englische Ueberlegenheit an Kreuzern stellt, nicht zu stark ist, muß dahingestellt bleiben — aber er schlägt zugleich vor, daß die „besonderen Bedürfnisse Frankreichs und Italiens besonders berücksichtigt werden sollen. Deshalb ist er ein Zeichen von der tiefen Erbitterung und nationalistischen Erregung gegen Amerika in der französischen Rechtspresse, wenn diese über das besondere Entgegenkommen gegenüber Frankreich hinweggeht und gegen den ganzen Vorschlag als einer unerträglichen Zustimmung Einspruch erhebt.

Wenn man aber wirklich in diesem Vorschlag

Amerika als pazifistische Vormacht

ernsthafte Politik treibt, wie ist dann zu erklären, daß das gleiche Amerika sich fast zugleich imperialistisch betätigt? Darauf ist zu erwidern, daß die Methoden der modernen imperialistischen Politik wechseln. Es kommt immer auf die geographischen und materiellen Umstände an.

Der Imperialismus Amerikas bedient sich verschiedener Mittel.

Je nach den Zielen, die er sich gesetzt hat. Soweit ihm die pazifistischen Massen mit ihren in der Demokratie ererbten Rechten nicht in den Arm fallen, wird er skrupellos Gewalt anwenden, wo es ihm, wie in Mittelamerika, nützlich erscheint. Wo es aber das Interesse der herrschenden Klasse gebietet, da wird er pazifistisch auftreten; das amerikanische Großkapital erwartet in dem Raum

zwischen Amerika und Ostasien bessere Geschäfte

zu machen, wenn dort der Friede gesichert ist, als wenn z. B. mit Japan kriegerische Auseinandersetzungen drohen, die die Expansion des Exportkapitals hemmen.

Moralisten mögen in Amerikas Abrüstungsvorschlag eine Heuchelei sehen, eine Verbeugung des imperialistischen Lasters vor der Tugend des Pazifismus. Für die arbeitende Klasse Europas kommt es darauf an, die Kräfte zu erkennen, die den amerikanischen Abrüstungsvorschlag zu einem bedeutsamen Ereignis der modernen Weltpolitik machen.

Das amtliche England dafür.

London, 11. Februar. (Reuter.) In hiesigen zuständigen Kreisen äußert man sich in zunehmendem Maße zu den Vorschlägen des Präsidenten Coolidge für eine Einschränkung der Rüstungen zur See. Eine ausführliche Stellungnahme kann aber erst nach gründlicher Prüfung der amerikanischen Vorschläge erfolgen.

Pariser offizielle Haltung sehr vorsichtig.

Paris, 11. Februar. (W.B.) Das amerikanische Memorandum betreffend die Seearüstungskonferenz ist von den zuständigen Stellen des Außenministeriums unter Zuziehung der französischen Vertreter beim Völkerbund eingehend geprüft worden und der Ministerrat soll sich Sonnabend mit der Frage beschäftigen. Es ist anzunehmen, daß erst danach der offizielle Standpunkt der französischen Regierung bekanntgegeben wird.

Havas hält es nicht für unwahrscheinlich, daß die französische Regierung gegen den amerikanischen Vorschlag keine Einwendungen erheben, jedoch darauf bestehen werde, daß der Völkerbund mit dem Abrüstungsproblem weiter befaßt bleibe, andererseits sei anzunehmen, daß die Beteiligung Sowjetrußlands an der vorgeschlagenen Konferenz nicht als Bedingung für den Zusammentritt der Konferenz gestellt werden würde.

Japans Presse hält zurück — die Regierung offensichtlich bereitwillig.

Tokio, 11. Februar. (W.B.) Die Presse enthält sich bisher jeden Kommentars zu dem Abrüstungsvorschlag des Präsidenten Coolidge. Die Reuter erfährt, soll die Regierung jedoch bereit sein, eine weitere Beschränkung der kleineren Flotteneinheiten anzunehmen, um auf diese Weise im Haushaltsplan Erparungen zu erzielen.

Italien besorgt.

Mailand, 11. Februar. (W.B.) Zu dem Vorschlag des Präsidenten Coolidge für die weitere Abrüstung zur See schreibt der „Corriere della Sera“: Italien begrüßt zwar jeden Vorschlag, der geeignet sei, Kriegsmöglichkeiten zum Verschwinden zu bringen, könne aber nicht leichten Herzens in eine neue Verminderung seiner Seestreitkräfte einwilligen. Die Schifffahrt sei für Italien Lebensbedingung.

Moskau natürlich gleichgültig und feindlich.

Riga, 11. Februar. (W.B.) Der Aufruf Coolidge über die Entwaffnung ist in Moskau auf geringes Interesse gestoßen. In Moskau maßgebenden Kreisen herrscht die Meinung vor, daß die Konferenz erfolglos bleiben werde, da allein die Interessen Amerikas und Englands im Stillen Ozean Gegenläufe aufweisen, die die Konferenz zum Scheitern bringen müßten. (1) Falls die Sowjetregierung eine Einladung zur Konferenz erhalten sollte, werde sie einen Beobachter schicken, jedoch nur, wenn die Konferenz außerhalb der Schweiz tagt.

Die Regierung läßt Nachforschungen nach Waffen und Munition anstellen, mit denen die Aufständischen reichlich versehen waren. Die aufständischen Offiziere und Zivilpersonen, die gegenwärtig gefangengehalten werden, werden vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

Bulgarische Mussolinifreunde.

Auslieferung italienischer Flüchtlinge.

Sofia, 11. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die bulgarische Polizei hat auf Verlangen der italienischen Regierung einige hier anässige italienische politische Flüchtlinge verhaftet und ausgeliefert. Die Erregung der Cliquen über das Verhalten der Polizeidirektion ist sehr groß und dürfte zu einer Interpellation in der Sobranje führen. Die Auslieferung, die nicht ohne Genehmigung des Innenministeriums erfolgt sein kann, zeigt wieder einmal, in welchem Schlepptau Bulgarien hängt.

—, —, Moskau!

Bierabend mit den neuen Ministern. Reudell ist nicht da. „Wo ist er denn?“ — „Der ist noch bei Spindler!“ Drei neue Minister trinken Bier und essen warme Würstchen. Einer von ihnen ruft nach Moskau. „Moskau“, ruft ein Journalist mit gut gespielter Entsetzen. „Herr Minister, legt heißt es doch — Gold!“

Ausperrung mit — Notstandsarbeitern.

Die Aktion der Leipziger Metallindustriellen.

Leipzig, 11. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Den Leipziger Metallindustriellen ist es bei der am Freitag durchgeführten Ausperrung der Leipziger Metallarbeiter nicht wohl zumute. Sie der Verbandsfirmen haben ihrer Belegschaft erklärt, nicht auszusperrten. Ein anderer Teil versucht, indem er von dem Passus in den Richtlinien der Industriellen über die Notstandsarbeiten Gebrauch macht, die Ausperrung zu umgehen. Die Firma Klein u. Ungerer, die insgesamt 170 Arbeiter beschäftigt, bezeichnet allein 80 Arbeiter als Notstandsarbeiter. Bei der Firma Sad liegen die Dinge ähnlich. In den Gießereien sollen alle mögliche produktiven Arbeiten als Notstandsarbeiten gelten. Was als Notstandsarbeiten wirklich in Frage kommt, bestimmen schließlich nicht die Industriellen, sondern die Arbeiter selbst.

In den „Leipziger Neuesten Nachrichten“, dem Unternehmerorgan, versuchen die Industriellen am Freitag abermals, sich von der Schuld an dem Kampfe reinzuwaschen. Sie laufen gegen den Beschluß des Schlichtungsausschusses, durch Verhandlungen den Kampf zu beenden, Sturm; dabei haben sie selbst diesen Schlichtungsausschuss angerufen! Die Metallarbeiter — das muß immer wieder betont werden — haben den Industriellen Verhandlungen angeboten. Wenn die Industriellen erklären, daß die Metallarbeiter das Zugeständnis machen wollten, unter gegebenen Verhältnissen bis zu 51 Stunden wöchentlich zu arbeiten, so ist das ein alberner Schwindel; sie werfen einfach zwei verschiedene Vorschläge der Metallarbeiter zusammen.

Am Sonnabend hat der Schlichter Brandt das Wort. Die Vertreter der Metallarbeiter werden nach Dresden fahren, obwohl sie von diesem Schlichter nach seiner Vergangenheit und seiner Tätigkeit bis in die letzten Tage keinen Schiedspruch erwarten, der den wirtschaftlichen Verhältnissen und der Arbeitslosigkeit Rechnung trägt. Die Verkürzung der Arbeitszeit wird nur durch Kampf zu erreichen sein. Die Leipziger Metallarbeiter haben das erkannt.

Die genaue Zahl der ausgesperrten und streikenden Arbeiter liegt noch nicht vor; sie dürfte jedoch 20 000 nicht überschreiten.

Der Kampf in der schlesischen Textilindustrie.

Verhandlungen ergebnislos.

Die Verhandlungen zur Beilegung des Lohnstreikes in der schlesischen Textilindustrie, die dieser Tage im Reichsarbeitsministerium stattgefunden haben, sind ergebnislos verlaufen. Die von den Arbeitgebern angebotene Ausperrung von etwa 34 000 Arbeitern und Arbeiterinnen in den Reichenbacher, Grünberger und Görliger Bezirken muß also Ende der nächsten Woche in Kraft treten, wenn sich die Arbeitgeber nicht vorher durch Verhandlungen vor dem schlesischen Schlichter oder dem Reichsarbeitsministerium eines Besseren belehren lassen.

Bezeichnend ist, daß die Arbeitgeber bei den unerquicklichen Verhandlungen plötzlich bereit waren, 6 Prozent Lohnerhöhung — die Arbeiter hatten 15 Proz. gefordert — zuzubilligen. Daß die Arbeitnehmer sich mit 6 Proz. nicht abspesen lassen können, liegt auf der Hand; denn die Löhne der schlesischen Textilindustrie stehen schon lange erschreckend tief.

Die Herren der Nordwestlichen Gruppe.

Jede Lohnerhöhung für sie „untragbar“.

Essen, 11. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Am Freitag fanden in Essen die Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband Nordwestliche Gruppe und den drei Metallarbeiterverbänden über den Abschluß eines neuen Lohnvertrages statt. Die Gewerkschaften forderten: 1. daß der Lohn des Facharbeiters (Schlosser und Dreher) auf 85 Pf. die Stunde festgesetzt wird; 2. daß der Lohn der übrigen Arbeiter diesem Lohn angepaßt wird; 3. daß die festen Zulagen

von 14 und 16 Pf für die Affordarbeiten gleichmäßig festgelegt werden; 4. daß bei Regelung der Afford- und Prämienfrage eine Sicherung geschaffen wird, die die Gewähr gibt, daß die Arbeitgeber nicht willkürlich die Verdienste der Arbeiter kürzen können, indem sie Prämien und Affordfrage einfach kürzen, durch Mitwirkung der Gewerkschaften und bei Richtemigung über die Streitfrage Regelung vor dem Schlichtungsausschuss. Der Christliche Metallarbeiterverband forderte außerdem noch eine Regelung der Sozialzulagen (Hausstands- und Kindergeld).

Der Vertreter der Arbeitgeber erklärte, daß diese Forderungen der Gewerkschaften für die Industrie untragbar seien. Sie wollten zwar davon Abstand nehmen, die Lohnkürzung zu beantragen, müßten aber in Anbetracht der wirtschaftlichen Lage jede Lohnerhöhung ablehnen. Damit waren die Verhandlungen gescheitert. Die von den Arbeitnehmern beantragten Verhandlungen vor dem Schlichter sollen am Freitag, den 18. Februar, stattfinden.

Gelernte Facharbeiter müssen also einen Bruttowochenlohn von 40 M. noch erst fordern. Zur Motivierung der Ablehnung dieser wie aller sonstigen Lohnforderungen gibt es kein schöneres Wort als untragbar. Eine treffliche Ausrede! Nur schade, daß sie durch allzu häufigen Gebrauch ziemlich verflacht ist und den Arbeitern, die sich mit wirklich untragbaren Lebensverhältnissen dauernd abfinden sollen, wie hoch klingt.

Die Politik des Wohlfahrtsministeriums.

Berichtigung einer Berichtigung.

Vom Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Groß-Berlin, wird uns geschrieben: In der am 10. Februar erschienenen Berichtigung des preussischen Wohlfahrtsministeriums wird etwas „berichtigt“, was weder in dem Artikel Nr. 57 des „Vorwärts“ behauptet, noch in der Versammlung der Arbeitsnachweisangestellten vom 25. Januar geäußert worden ist. Richtig ist, daß in der Sitzung vom 2. Dezember im preussischen Volkswohlfahrtsministerium von Frau Ministerialrat Weber erklärt wurde, daß die Frage zu prüfen sei, ob die Wirtschafts- und Berufsfürsorge im engen Zusammenhang stehe mit den anderen Zweigen der Wohlfahrtspflege. Folgende drei Fragen sollten in der Aussprache beantwortet werden:

1. Wie hängen die wissenschaftlichen Disziplinen beider Gebiete — der Wohlfahrtspflege sowohl wie der Wirtschafts- und Berufsfürsorge — zusammen?
2. Welche tatsächlichen Beziehungen bestehen in der praktischen Arbeit dieser beiden Zweige der Sozialfürsorge?
3. Bilden also diese beiden Gruppen nicht eine einheitliche Gesamtgruppe mit großer allgemeiner Ausbildungsgrundlage, freilich mit einer gewissen Spezialbildung für die einzelnen Zweige, oder ist eine vollkommene Trennung und Spezialisierung zweckmäßig?

Bis auf den Vertreter des Zentralverbandes der Angestellten betonten alle Anwesenden, daß ein enger Zusammenhang bestehe und daß die Arbeitsvermittlung ein Teil der sozialen Fürsorge sei.

Frau Ministerialrat Weber stellte in ihrem Schlusswort die weitgehende Übereinstimmung der Auffassung der engen Zusammenhänge, wie sie zwischen Berufsberatung und Jugendfürsorge, zwischen Arbeitsvermittlung, Erwerbslosenfürsorge und Wohlfahrtspflege bestehen, fest.

Für den Kern der Verhältnisse ergibt sich sowohl aus der Lagerordnung wie auch aus den Äußerungen der Frau Ministerialrat Weber, welche Pläne das Volkswohlfahrtsministerium hat. Die Wege zur Fortbildung der Arbeitsvermittlung sind jedoch längst, bevor sich das Volkswohlfahrtsministerium damit beschäftigte, begangen worden.

Zur Berichtigung des Verbandes der Sozialbeamtinnen ist nur noch zu sagen, daß es keines neuen Weges bedarf, um den „Einstieg“ in den Beruf des Arbeitsvermittlers zu ermöglichen. Die Männer und Frauen der Praxis sind vorhanden, die diesen Beruf ausüben und ausüben können in enger Verbindung mit der arbeitssuchenden Arbeiter- und Angestelltenchaft.

Gescheiterte Verhandlungen im Bankgewerbe.

Berlin, 11. Februar. (WZ.) Da der Reichstarif für das Bankgewerbe in seinen Mantelbestimmungen und in der Gehaltsregulierung Ende Februar abläuft, so hatten zwischen dem Reichsverband der Bankleitungen und den Angestelltenorganisationen

freie Verhandlungen über die Verlängerung des Abkommens stattgefunden. Wie der Deutsche Bankbeamtenverein mitteilt, konnte aber eine Einigung über die gegenseitigen Anträge nicht erzielt werden, so daß diese Verhandlungen gescheitert sind. Der Deutsche Bankbeamtenverein hat nunmehr das Reichsarbeitsministerium angerufen und die Einleitung eines Schlichtungsverfahrens beantragt.

Arbeitszeitkündigung in der Elektroindustrie.

Essen, 10. Februar. (WZ.) Von den Gewerkschaften ist, wie die „Deutsche Bergwerkszeitung“ meldet, das bestehende Arbeitszeitabkommen zum 28. Februar gekündigt und die Wiedereinführung des reinen Achtstundentages verlangt worden. Die Arbeitgeber haben diesen Antrag abgelehnt. Die Gewerkschaften haben den Schlichter angerufen, der die Verhandlungen auf den 15. Februar in Dortmund angefahrt hat.

Leipziger Arbeitslose in den Leunawerken.

Leipzig, 11. Februar. (WZ.) Der große Arbeiterbedarf bei den Leunawerken hat den Rat der Stadt Leipzig veranlaßt, im Einvernehmen mit der Sächsischen Kraftwagen-A.G. eine ständige Kraftwagenverbindung mit den Leunawerken zum Zwecke der Arbeiterbeförderung zwischen Leipzig und Leuna einzurichten. Zurzeit werden schon 400 bisher Arbeitslose auf diesem Wege von Leipzig nach Leuna gebracht.

Der Tabakarbeiterverband — Millionär.

Das Vermögen des Deutschen Tabakarbeiterverbandes betrug am Jahresabschluss rund eine Million Mark. Dabei sind die in den Zahlstellen befindlichen Verbandsgelder nicht mitgerechnet. Am Ende des Jahres 1925 war ein Kassenbestand von annähernd 60 000 Mark in den Zahlstellen vorhanden; dieser Bestand war Ende 1926 nicht geringer. Unter diesen Umständen betrug das Verbandsvermögen am Jahresabschluss in Wirklichkeit also weit mehr als eine Million Mark.

Die Polizei im Dienste des Kapitals.

(308.) In Buenos Aires sind in letzter Zeit mehrere wichtige Streiks geführt worden, bei denen sich das reaktionäre Verhalten der Polizei gegenüber den streikenden Arbeitern besonders unangenehm bemerkbar machte. So kam es vor, daß Arbeiter, die in einer Entfernung von mehreren hundert Metern vor dem streikenden Betriebe Streikposten standen, verhaftet und sogar verprügelt wurden. Bei dem kürzlich geführten erfolgreichen Generalkstreik der Schuhmacher in Buenos Aires der 450 Firmen umfaßte und u. a. die Einführung der 44-Stunden-Woche bei gleichbleibendem Lohn zum Gegenstand hatte, wurden die Streikenden von der Polizei, der „vorbildlichsten der Welt“, ebenfalls auf alle möglichen Arten belästigt, desgleichen die streikenden Arbeiter der Textilfabrik Barlaro und die Arbeiter verschiedener Schiffswerften, die sich gegen das Antreibersystem widersetzen.

Werbung, SPD-Facharbeiter, Bezirk Osten I. Am Sonntag, 11. Februar, vormittags 10 Uhr, im Lokal Kampfbach, Paul-Singer-Str. 4, wichtige Zusammenkunft aller Parteigenossen, wahlhelfenden Besuch erwartet. Der Fraktionsvorsitzend.

Jugendgruppe des ZWA. Der Bezirk Südost-Prezision veranstaltet am Sonntag, 11. Februar, eine Wanderung nach Bernau-Bezirk (Zweckpunkt 6 1/2 Uhr Bahnhof Zerpren), wozu wir alle Jugendmitglieder einladen.

Freie Gewerkschaftsjugend. Heute, Sonnabend, 7 1/2 Uhr, tagt die Gruppe Bauarbeiterweg Gruppenheim Jugendheim Gröblich, 14. Eidenbüsch.

Kranführer und Kabinen- oder Metallbetriebe. Heute, Sonnabend, 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 24, Saal 8, Versammlung über die Stellungnahme zu den Lohn- und Arbeitsbedingungen. Ehrenmitglied des Adlers ist es, bestimmt zu erscheinen. Die Frauen sind mitzubekommen.

Deutscher Nahrungs- und Genussmittelarbeiterverband und Zentralverband der Fleischer, Fraktion im Arbeiterhaus. Am Sonnabend, 12. Februar, 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 24, Saal 11, Eingang Süd rechts portiere, Vortrag des Reichstagsabgeordneten Heinrich Köhler: „Die KPD, im praktischen Jahrestag gegen die freie Arbeiterbewegung“. Ausweis durch Betriebsbuch und Mitgliedsbuch der SPD, oder UST.

Verantwortlich für Text: Victor Schön; Bericht: G. Altmann; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Ecker; Redaktion: Dr. John Schütz; Fotos und Zeichnungen: Fritz Kerl; Anzeigen: Ed. Gruber; sämtlich in Berlin. Verlag: Hermann-Brosch G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Broschdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Eidenbüsch 3. Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.

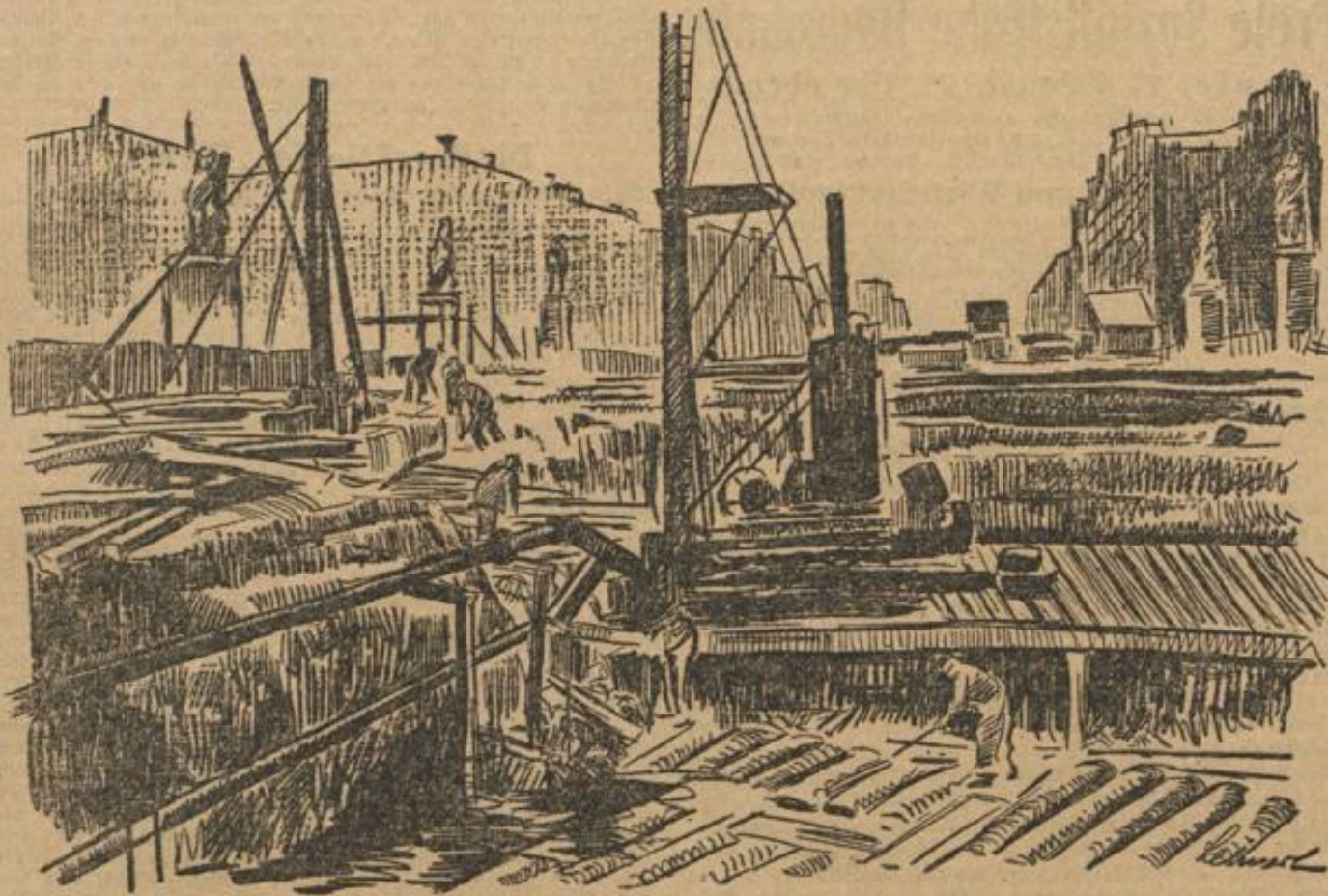
WEISSE WOCHEN Wir bringen in diesen Wochen weisse Waren aller Art welche z.T. eigens für diesen Zweck aufgestapelt

Zu enorm billigen Preisen zum Verkauf!
Verkauf nur soweit Vorrat! Mengenabgabe vorbehalten!

Heute Schlusstag!

HERMANN TETZ
Leipziger Str. • Alexanderplatz • Frankfurter Allee • Belle-Alliance-Str. • Brunnenstr. • Kottbuser Damm • Wilmersdorfer Str. • Grosse Frankfurter Str. • Chausseest.

Das Malheur der Puppenbrücke.



Berlin ist ein schlimmer Boden taunten früher die alten Lanten in der Provinz; da war nun gewiß eine große Portion Ubertreibung dabei. Eins aber ist sicher: Berlin steht auf einem sehr schlimmen Boden. Wenn es noch ehrlischer, märkischer Sand wäre! Aber überall finden sich „Kaffe“ und Moorwässerslager, besonders in Alt-Berlin, und oft genug erweist sich, daß Gebäude Senkungen und Risse aufweisen, weil plötzlich der Boden nachgegeben hat. So ein außerordentliches Unglück hat in den letzten Jahren auch die Schlossbrücke betroffen. — Die Schlossbrücke wurde in ihrer jetzigen Gestalt 1823 von Schinkel erbaut und führt auch erst seit dieser Zeit ihren jetzigen Namen. Früher hieß sie „Hundebrücke“, weil von hier aus immer die Hundemeute zu den Jagden im Tiergarten geführt wurde; im Volksmund Berlins heißt sie in ihrer gegenwärtigen Gestalt auch „Puppenbrücke“, und die „nachrichten Puppen“, die die Brücke schmücken, sind vom Berliner Volkswitz reichlich angeulkt worden. — Schon 1912 zeigte es sich, daß die Brücke, die bis dahin noch im mittleren Teil nur Holzbelag hatte, in ihrer alten Form als Klappbrücke der Beanspruchung durch den steigenden Verkehr nicht mehr gewachsen war; es wurde damals zwischen den Brückenpfeilern das Mittelgewölbe aus Eisenbeton eingesetzt. 1924 traten jedoch neue Schäden auf. Am östlichen Brückenrande wich das Landwiderlager, und die Schäden wuchsen so rasch, daß sich z. B. ein Stein des Gewölbes in der Zeit von Juni bis August 1924 um 8 Zentimeter senkte, so daß direkt mit einer Einsturzgefahr für das östliche Gewölbe gerechnet werden mußte. Wahrscheinlich reicht an dieser Stelle der Pfahlrost, auf dem die Fundamente der Brücke liegen, nicht tief genug, denn über dem guten Bausand lagert hier eine 4 bis 5 Meter tiefe Moorschicht. So entschloß sich das Bezirksamt Mitte, das alte Sandsteingewölbe hier völlig abtragen zu lassen und durch ein Eisenbetongewölbe zu ersetzen.

Gleichzeitig wird hier auch der Pfahlrost erneuert. Zu diesen Arbeiten muß um die ganze Baustelle eine eiserne Spundwand gezogen werden, damit der Wasserspiegel bis zu dem Pfahlrost abgesenkt werden kann. Die Arbeiten sollen planmäßig bis zum August 1927 vollständig fertiggestellt sein. Gegenwärtig führt die Spree jedoch bereits 70 Zentimeter Hochwasser, und ein weiteres Steigen könnte auch die Fertigstellung der Brücke weiter hinausschieben, trotzdem vom Bezirksamt Mitte alles getan wird, um den Bau so schnell wie möglich zu beenden. Die Baukosten werden auf 230 000 bis 250 000 M. veranschlagt. Die Zeitung liegt in den Händen des Baurotis Seipold. Nach Beendigung der Reparatur aber wird die „Puppenbrücke“ wieder ganz das alte Bild zeigen, denn das Eisenbetongewölbe wird durch die alte Sandsteinfassade verkleidet.

Der Opernhausumbau vor dem Landtag.

Der Preussische Landtag wird sich in seiner nächsten Sitzung aller Voraussicht nach mit den Interpellationen beschäftigen, die auf Grund der in der Öffentlichkeit gegen die preussische Bau- und Finanzdirektion erhobenen Angriffe eingebracht worden sind. Der Bau- und Finanzdirektion wurde bekanntlich vor allem vorgeworfen, daß durch die umfangreichen Vorkonstruktionsarbeiten des Grundwassers die in dem Aulagegebäude der Universität am Kaiser-Franz-Joseph-Platz aufgetretenen Risse verschuldet worden seien, und daß durch den Umbau sämtliche dort in der Nähe befindlichen historischen Gebäude gefährdet würden. Am gestrigen Freitag besichtigte nun der Hauptauschuß des Preussischen Landtages die Baustelle, und etwa 20 Abgeordnete aller Fraktionen ließen sich von dem Leiter des Umbaus, Regierungsbaumeister Tiege, eingehend die Pläne erläutern. Die Abge-

ordneten wurden sodann durch die gesamte Baustelle geführt. Der Baufachverständige erklärte auch den Abgeordneten, daß die aufgetretenen Risse keineswegs durch die Grundwasserabsenkung des Opernhausumbaus entstanden seien, sondern daß es sich bei den Bauarbeiten um eine Folge der bereits seit dem Jahre 1900 sich bemerkbar machenden allgemeinen Grundwasserabsenkung in Berlin handele. Das Berliner Grundwasser sei in dieser Zeit um etwa 1,70 bis 1,90 Meter allgemein gesunken, so daß die zum Teil auf Pfahlrosten stehenden Gebäude, also auch die neue Maria der Universtät, in Mitleidenschaft gezogen sei, da die Pfähle, sobald sie nicht mehr im Grundwasser ständen, der Verwitterung preisgegeben seien. Es wurde auch nochmals betont, daß die Hedwigs-Kirche in keiner Weise gefährdet sei, da diese auf dem sicheren Baugrund des alten Festungsgeländes errichtet ist. Die Bauarbeiten zur Wiederinstandsetzung des alten Bibliotheksgebäudes sind bereits im vollen Gange. Die Sachverständigen sind der Ansicht, daß in den nächsten zehn Jahren an einem sehr großen Teil der Berliner Gebäude derartige Unterbauarbeiten vorgenommen werden müssen, da z. B. auch Teile der neuen Bibliothek, des Schlosses, des Physikalischen Instituts, aber auch zahlreiche private Wohn- und Geschäftshäuser auf Pfählen errichtet worden sind.

Der Liebesroman eines Rechtsanwalts. Eine Anklage wegen versuchter Erpressung.

Der mehr als eigenartige Roman eines nicht unbekanntenen Berliner Rechtsanwalts — nennen wir ihn X. — fand vor dem Schöffengericht Charlottenburg seinen Abschluß, und zwar mußte sich Herr X. wegen versuchter Erpressung verantworten. Der Rechtsanwalt hatte sich der Mühe unterzogen, die materiellen Schäden, die ihm durch seine unglückliche Liebe angeblich verursacht worden waren, in eine hübsche runde Summe Geldes umzuwandeln, um diese Rechnung einem bekannten Berliner Kommerzienrat — nennen wir ihn Y. —, der ihm seine Braut abspenstig gemacht hatte, zu präsentieren. Im den Ausgang des Prozesses gleich vorweg zu nehmen: der Staatsanwalt hat seine Anklage fallen lassen, und das Gericht ist zu einem Freispruch gelangt: eine Erpressung war weder beabsichtigt, noch lag sie vor. Der Roman des Rechtsanwalts büßt aber dadurch an Interesse nichts ein.

Er begann, wie schon viele andere Romane begonnen haben, im Restaurant. Am Nachmittage sah ein schönes junges Mädchen. Sie reichte ihm die Speisekarte, er meinte, sie komme ihm so bekannt vor, ob er nicht einen Prozeß für sie geführt habe? Nein, das nicht, sie habe aber bei einem Berliner Rechtsanwalt drei Jahre als Sekretärin gearbeitet und kenne sich in Weidut gut aus. „Das macht sich ja ausgezeichnet.“ Und zusammen ging es ins Kaffee, von dort ins Bureau des Anwalts, wo man auch die Nacht zubrachte. Besonders aber war der verliebte Rechtsanwalt für das Mädchen durch ihre Offenheit und ihr trauriges Schicksal eingenommen. Ein Kommerzienrat hatte seinen Einfluß und Reichtum seiner armen Privatsekretärin gegenüber mißbraucht und sie zu seiner Geliebten gemacht. Der Rechtsanwalt aber wollte das Mädchen zu seiner Frau machen, hatte aber wegen ihrer Vergangenheit Bedenken. Er suchte einen bekannten Berliner Kollegen auf, weckte ihn in seine verwickelte Herzensangelegenheit ein und erhielt von ihm die Gewißheit, daß die Z. mit keinem der ihm bekannten Anwälte ein galantes Abenteuer gehabt habe. Also war für ihn der Weg zur Ehe frei. Am Freitag, den 4. Dezember 1925 wurde beschlossen, die Hochzeit am 2. März 1926 zu feiern. Am Montag sollten die Verlobungsringe gekauft werden. Am Sonnabend teilte die Z. ihrem alten Kommerzienrätlichen Verlobter ihren Entschluß zu heiraten mit. „Du kannst tun und lassen, was du willst, ich lege die keinen Stein in den Weg“, sagte er. Als er aber zwischen Tränen hinzugesagte: „Ein Fieberfieber von mir ist mehr wert als eine ganze Pragens eines Anwalts“, tätschelte die Z. die Wange ihres alten Freundes und sagte: „Papachen, ich bleibe bei dir.“ Zu dem Rechtsanwalt meinte sie aber: „Erst bei der Trennung lernt man den Menschen richtig kennen.“ Am Samstag kam sie nicht wieder und einen Tag später dampfte sie mit dem Kommerzienrat nach Garmisch-Partenkirchen ab. X. fuhr dem Paare nach und erfuhr, daß die beiden sich im Hotel als Vater und Tochter eingetragenen hätten. Obgleich die Z. in einem Briefe ihn gebeten hatte, den Entschluß bis Januar zu verschieben, glaubte er nun, daß „alles aus“ sei. Bald darauf aber

Gerichtstag.

Von Fred Bérence.

Copyright 1925 by Paul Zsolnay, Wien

„Hättest du mir nur gefolgt, dann wäre all das nicht geschehen. Was wirst du jetzt tun? Wenn er heute Abend nicht alles zurückzahlt, sperrt man ihn ein.“
 „Mama, Mama, ich beschwöre dich, hab' Mitleid mit den Kindern. Du kannst doch nicht wollen, daß so viel Schande auf uns und auf dich fällt.“
 „Ach was, eine Schande mehr oder weniger, die uns dein Mann antut, darauf komm' ich schon nicht mehr an.“
 „Mama, Mama, hab' doch Erbarmen.“
 Sie hat sich auf die Knie geworfen und faßt die Hände der Großmutter. Ich bin ganz versteinert, mir ist, als wäre alles ein schrecklicher Alpdruck. Ein unmerkliches Lächeln spielt auf den Lippen der Großmutter.
 „Ich hab' dir immer gesagt, du wirst noch in Schande kommen.“
 „Mama, mach' mir keine Bormwürfe, was sollen sie helfen. Du kannst mich ja nicht in dieser verzweifelten Lage lassen.“
 „Ich kann dir nicht helfen.“
 „Du kannst, wenn du willst.“
 „Ich habe keine so große Summe zur Verfügung.“
 „Du kannst sie ausleihen.“
 „Deine Schwester wird es niemals zugeben, du weißt, wie erbittert sie über deinen Mann ist.“
 „Ich stelle dir eine Quittung aus, sie kann das Geld von meinem Vermögensanteil abziehen, hilf mir nur, hab' Erbarmen, hilf mir.“
 Die Mutter lag noch immer auf den Knien; endlich hob die Großmutter sie auf und setzte sie in einen Lehnstuhl.
 „Reg' dich nicht auf, du weißt ja, daß ich dich nicht verlassen werde.“
 Sie hauchte einen flüchtigen Kuß auf die Stirn ihrer Tochter und entfernte sich mit leisen Schritten wie eine Wölfin. Die Mutter sah ganz zusammengesunken in ihrem Lehnstuhl. Ein bedrückendes Schweigen herrscht im Zimmer.
 „Kind, leg' dich zu Bett.“
 „Ja, aber komm' mit mir.“
 Schwerfällig steht sie auf, wir gehen ins Nebenzimmer und sie setzt sich ans Bettende. In ein paar Minuten bin ich ausgezogen und schlüpfte unter die Decke. Sie blickt auf mich, ich streichle ihre Hand und führe sie an die Lippen. Sie schaut

mich unverwandt an, ihr Stillschweigen wirkt beängstigend, und plötzlich, ich weiß nicht recht, wie es zugeht, beginne ich zu schluchzen.

Sie ist bewegt.
 „Jacques, kleiner lieber Jacques, das Leben ist eine widerliche Sache und du mußt es allzufrüh erfahren. Jacques, wirin' nicht mehr, ich kann es ja nicht ertragen, dich weinen zu sehen.“

Sie küßt mich und dann bricht sie selbst in Schluchzen aus. Es schlug am nahen Lurm Mitternacht, als ich endlich, ihre Hand in der meinen, einschließe.

Auf die Straße geworfen.

Jetzt kam der Vater jeden Abend sehr spät nach Hause. Gewöhnlich gab es vor dem Schlafengehen eine schreckliche Szene mit der Mutter. Am nächsten Morgen stand er erst gegen zehn Uhr auf. Er schickte mich nicht mehr um Roggnaf und versteckte die Flaschen in seiner Tasche. Manchmal schloß er mich in einem Anfall von weinerlicher Zärtlichkeit in seine Arme und sagte lächelnd: „Mein Kind, verurteile deinen Vater nicht, er ist sehr unglücklich; man darf niemals einem Mann, der zu Boden fällt, Steine nachwerfen.“

Dann küßte er mich und flüsterte ganz leise: „Deine Mutter ist aber auch so böse gegen mich.“

Schluchzen, Tränen. Dann wischte er sich die Tränen aus den Augen und legte mir die Hand auf die Stirn: „Du mußt deine Mutter wie eine heilige verehren.“

Wieder küßte er mich und schlich in eine Ecke, um seine Tränen zu verbergen.

Während dieser Zeit starben wir beinahe des Hungers. Meine Mutter hatte der kleinen Alice verboten, der Großmutter zu erzählen, was wir zu den Mahlzeiten aßen. Die Aermste hoffte auf eine unvorhergesehene Hilfe, erwartete, daß ein Wunder geschehen würde. Obgleich sie Protestantin war, betete sie früh und abends inbrünstig zum heiligen Antonius und war fest überzeugt, daß ihr Flehen Erhörung finden müßte.

Eines Morgens brachte der Briefträger einen eingeschriebenen Brief vom Möbelhändler, der drohte, uns die Einrichtung wegzunehmen, wenn man ihm nicht vor zwölf Uhr mittags fünfzig Franken schickte.

Einige Minuten später stand ich vor der Tür des Geschäftes, um meinen Vater zu erwarten. Er kam heraus und ich blickte ihn voll Besorgnis an; aber sein Gesicht war ruhig und zuversichtlich.

„Sag' deiner Mutter, daß sie ganz unbesorgt sein kann, alles ist geordnet.“

Rasch wollte ich der Mutter die glückliche Botschaft bringen, aber er hielt mich zurück: „Wart' einen Augenblick.“

Zwei Schritte entfernt befand sich ein Zuckerbüchse; er zog mich hinein und kaufte zwei große Erdbeertorten, gab sie mir und sagte fröhlich: „Wir werden sie zum Kaffee essen.“

Ich lief so rasch, daß ich ganz außer Atem kam, die Mutter schien beruhigt.

Raum war ich eine halbe Stunde zu Hause, als wir das Geräusch rollender Räder hörten. Ein leerer Möbelwagen blieb vor dem Gartengitter stehen. Ein Mann sprang vom Bod, wo er neben dem Kutscher gesessen hatte, und ging mit raschen Schritten ins Haus. Es war der Möbelhändler.

Ich eilte zur Mutter.

„Mein Gott, mein Gott!“ stammelte sie. Es wurde an der Tür geklopft.

Die Mutter machte mir ein Zeichen und ich öffnete. Der Möbelhändler sagte mit eisiger Stimme: „Ist deine Mutter da?“

Ohne die Antwort abzuwarten, tritt er ins Zimmer.

„Guten Tag, Frau Balcourt.“

„Guten Tag; ich habe geglaubt, daß mein Mann alles mit Ihnen geregelt habe. Er ließ mir sagen, daß alles in Ordnung sei.“

„Er hat Ihnen eben wieder einen Bären aufgebunden. Ich habe ihm gesagt, daß ich um vier Uhr kommen werde, die Möbel abzuholen. Jetzt ist's genau vier Uhr.“

Meine Mutter blickte ihn so entsetzt an, daß er sogar davon ergriffen ist.

„Gnädige Frau, Sie müssen ja einsehen, daß ich den Worten Ihres Mannes keinen Glauben schenken kann. Seit sechs Monaten verspricht er mir goldene Berge und hat mir noch nicht einen Sou gegeben.“

„Seit sechs Monaten“, ruft meine Mutter ganz betroffen. „Ja gewiß, seit sechs Monaten. Ich muß ja selbst meinen Verpflichtungen nachkommen. . . Können Sie mir nichts geben?“

„Ich besitze gar nichts.“

Unser Gläubiger macht eine Handbewegung, die bedeutet: „Was soll man da machen?“ Dann fügt er heftig hinzu: „Bleibst du gibt es doch noch einen Ausweg. Frau Bonnard könnte mir zwanzig Franken monatlich zahlen. Sie sehen, daß ich nicht hartherzig bin, wenn es Ihnen recht ist, werde ich mit ihr sprechen.“

„Da wäre ich Ihnen sehr dankbar.“

„Ich komme gleich wieder.“ und nun geht er fort.

(Fortsetzung folgt.)

erschien sie wieder in der Wohnung des Rechtsanwalts I., um dessen feilliches Gleichgewicht es nun geschehen war. Durch eigenartig redigierte Briefe und Postkarten versuchte er den Kommerzienrat zu veranlassen, von dem Mädchen zu lassen. Als er ein sah, daß nichts daraus wurde, schrieb er ihm wieder andere Briefe, in denen er 5000 Mark als Entschädigung für den Ausfall seiner Praxis verlangte, der durch seinen Verdienstzusammenbruch verursacht worden sei; der Kommerzienrat habe ihm seine Braut abspenstig gemacht. In der Fassung des Briefes erblickte dieser eine Drohung; er übergab die gesamte Korrespondenz der Anwaltskammer und diese übermittelte sie der Staatsanwaltschaft. So kam die Anklage wegen verführter Erpressung zustande. Vor Gericht gelang es aber dem Angeklagten und dessen Anwälten, den Beweis zu führen, daß die Geldforderung nicht in der Absicht, sich einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, gestellt worden war. Der Angeklagte glaubte als ehemaliger Verlobter wirklich dem Störer seines Glückes gegenüber Entschädigungsansprüche stellen zu dürfen. Der 40jährige Anwalt, der vor aller Öffentlichkeit seinen Roman enthüllen mußte, die reizvolle Zwanzigjährige, die bereits einen neuen Freund hat, und der 51jährige Kommerzienrat bildeten ein nicht uninteressantes Genrebild.

„Tippel“ und seine „Mutter“.

Das ungleiche Liebespaar macht Einkäufe.

Zu den ständigen Besuchern einiger Waren- und Kaufhäuser gehörte seit einiger Zeit ein Paar, das jedermann für Mutter und Sohn hielt. Die Mutter war in Kleidung, Haltung und Gebaren so zurechtgemacht, daß sie schon etwas den Eindruck einer würdigen Mairone machte. Ihr Sohn dagegen sah in seiner Schürmühle, der dunklen Lederpelzine und seiner Größe von 1 1/2 Metern noch wie ein richtiger Junge aus. So behandelte ihn auch die Mutter. Jedesmal, wenn er an den Verkaufsständen ein Stück Stoff, Seide oder dergleichen ansah und die Verkäuferin das sah, herrschte sie ihn an: „Junge, laß das doch! Soß keine Sachen an, du weißt doch, daß man das nicht soll! Du machst nur alles schmutzig mit deinen Fingern!“ Der Junge war dann ganz geschmei, zog seine Finger zurück und blinzelte beschämt zu Boden. Wenn aber die Verkäuferin nichts sah, so machte die Mutter rosch eine geschickte Wendung, und der Junge schab blitzschnell unter seine Pelzine, was er gerade gefast hatte. So machte er es auch gestern wieder in einem Warenhaus mit einem Stück Seide. Ein Detektiv des Hauses hatte aber das Paar schon länger im Verdacht, ihm bisher aber noch nichts nachweisen können. Gestern blieb er ihm auf den Fersen, griff zu, holte dem Bürschchen die Seide unter dem Cape wieder hervor und brachte die Erstoppen nach dem Polizeipräsidium. Hier versuchte die Mutter, den ungerateten Jungen als ihren Sohn zu verleugnen. Damit hatte sie auch nicht ganz unrecht. Ihre Behauptung aber, daß sie ihn gar nicht kenne und nichts mit ihm zu tun habe, erwies sich bald als falsch. Die beiden waren nämlich ein ungleiches Liebespaar, ein 22 Jahre alter Schneider Emil Blauthal mit dem Spitznamen „Tippel“ und eine 39 Jahre alte Frau Kopp, die zusammen in der Gartenstraße hausen. Im Gegenfatz zu seiner „Mutter“ gab „Tippel“ gleich alles zu.

Eine verhängnisvolle Handbewegung.

Das Opfer einer unglückseligen Handbewegung wurde am 6. Juli v. J. der Kommunist M. Gegen 11 Uhr abends befand sich in einem Lokal in Gesellschaft eines Reichsbannernamers E. der Arbeiter Sch., ein nüchternere und solider Mann von 37 Jahren, Vater zweier Kinder. Wie gewöhnlich kam es zu recht erregten politischen Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern verschiedener Parteien. Auch der Kommunist M., der schwer betrunken war, mischte sich ins Gespräch und jagte etwas von „Arbeiterverräter“. S. wehrte ihn ab mit den Worten: „Du bist betrunken, geh nach Hause und schlaf dich aus.“ Dann verließen die Reichsbannernamers E. und S. in Begleitung des Kommunisten R. das Lokal und setzten ihre politische Unterhaltung fort. Auf der Straße spielte sich nach der Schilderung des Sch., der sich gestern vor dem Landgericht II zu verantworten hatte, folgendes ab: R. sei plötzlich zu den dreien hinübergekommen und habe wieder etwas zu ihm gesagt. Als Sch. ihm mit der Hand abgewehrt habe, sei M. rückwärts getaumelt, gefallen und habe mit dem Kopf auf das Pflaster aufgeschlagen. Sch. und S. hätten sich zunächst um den Bewußtlosen bemüht, seien aber fortgegangen, als Straßenbahn, die in der Nähe arbeitete, mit Eisenlangen auf sie eindrangen. Dann sei Sch. zurückgekehrt und habe dem Schuppenbeamten, der hinzugekommen war, seine Personalkarte genannt. Andere Augenzeugen wollten jedoch wissen, daß Sch. kurz bevor M. von der anderen Seite des Fahrdammes zu der Gruppe der drei hinzugekommen sei, zu ihm auf die andere Seite des Bürgersteigs hinübergegangen sei und ihm einen Schlag verleiht habe. Die Anklage lautete auf Totschlag. Rechtsanwalt Dr. Oborniker briefte sich darauf, daß der Angeklagte, der als äußerst besonnener Mensch bekannt sei und stets Streitigkeiten zu schlichten suche, unmöglich den Vorfatz gehabt haben könne, dem betrunkenen M. ein Geld anzutun. Er habe einfach nicht mit den möglichen Folgen seiner Abwehrbewegung bei dem betrunkenen M. gerechnet. Das Gericht verurteilte Sch. wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang zu fünf Monaten Gefängnis, rechnete ihm einen Monat Untersuchungshaft an und verließ ihm für den Rest Bewährungsfrist. Wer wollte daran zweifeln, daß dem Sch. jegliche böse Absicht fern gelegen habe? Der Fall beweist aber auch wieder, wie gefährlich es ist, sich mit Betrunkenen einzulassen, wobei nicht die trüffliche Frage erörtert werden soll, ob nicht der eigentliche Schuldige vielsach der Betrunkenen ist, der fast immer zu Gesetzesübertretungen gelangt, nicht selten aber durch seine unbeherrschten Reden andere zu Unbedachtsamkeiten reizt.

Materialprüfung bei der keramischen Industrie.

Das staatliche Materialprüfungsamt in Lichterfelde ist bekannt und im „Vorwärts“ bereits auch geschildert worden. Wenig bekannt hingegen ist es, daß sich ein Industriezweig, und zwar der keramische, eine eigene Materialprüfstelle, das Chemische Laboratorium für Tonindustrie, geschaffen hat und zwar in der Dreßelstraße in Roabit. Am Mittwoch wurde der Berliner Presse Gelegenheit gegeben, dieses nicht zugängliche Institut zu besichtigen. Der Geschäftsführer, Patentanwalt Dr. Hans Hirsch, übernahm die Führung durch das Haus. Zu der Tonindustrie im weiteren Sinne rechnet man die Herstellung von Kalk, Gips, feuerfestem Zement, Beton, Ziegeln und Tonwaren. Das Institut, vor rund 50 Jahren von dem Altmeister der deutschen Keramik, Professor Dr. Hermann Seger und seinem Mitarbeiter Dr. Julius Krönig gegründet, hat dreierlei Aufgaben. Einmal festzustellen, welchem Zwecke die Rohstoffe zugeführt werden können, ferner die Fabrikation bestimmter Erzeugnisse zu verbessern und schließlich normale Erzeugnisse auf ihre Eignung zu prüfen. Das große Verdienst Segers besteht darin, der vorhandenen chemischen Analyse die praktische technische und physikalische angegliedert zu haben. Die nunmehr beschäftigten Arbeitsräume stellen eine Fabrik im kleinen dar. Man sah die Verarbeitung von Rohstoffen, die Herstellung von Prüfungsstücken, Schmelzversuche und Siebversuche. Arbeiten an der Drehscheibe, Viehverfälschung und die Verformung der Massen. Bemerkenswert ist das Verfahren, die Druckerweichung feuerfester Körper, z. B. Schamotte, bei bestimmter Temperatur und Belastung ermitteln zu können. Da es bei den hohen Temperaturen nicht möglich ist, das Auge dem Prüfungsapparat zu nähern, so wird die Ausdehnung des Probedörpers mit einem Fernrohr gemessen. Ungewöhnlich interessant sind die Versuchsungen von Dünnschiffen durch ein Projektionsmikroskop, mit der eine 1500fache Vergrößerung auf der Leinwand erzielt wird. Die praktische Bedeutung des Instituts beruht z. B.

darin, daß es jedem, der ein Bauvorhaben hat, möglich ist, seine Baumaterialien, besonders wenn sie neuartig sind, prüfen zu lassen. In Amerika z. B. lassen die Großhotels auf diese Weise ihr Geschirr, besonders ihre Teller auf Bruchfestigkeit prüfen. Das Institut weist also eine beachtliche Höhe in den modernen technisch-physikalischen Forschungsmethoden auf, die seinen ausgezeichneten Ruf gerechtfertigt erscheinen lassen, wogu nicht wenig ein geschulter technisch-wissenschaftlicher Mitarbeiterstab und eine hochqualifizierte Arbeiterschaft zweifellos beitragen.

Freie Sozialistische Hochschule.

Heute, 12. Februar, 7 1/2 Uhr abends

im Sitzungssaal des ehemaligen Herrenhauses, Leipziger Straße 3, Vortrag des Gen. Fritz Tarow, Vorsitzenden des Deutschen Holzarbeiterverbandes

„Lohnproblem und Wirtschaftsaufbau“

Eintrittskarten zum Preise von 30 Pf. sind zu haben an der Abendkasse sowie an folgenden Stellen: Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof, II. Zimmer 8. — Buchhandlung J. H. W. Dietz, Lindenstraße 2. — Verband der graphischen Hilfsarbeiter, Ritterstraße Ecke Luisenufer. — Zigarrengeschäft Horsch, Engelstraße 24-25, Gewerkschaftshaus. — Tabakvertrieb, Inselstr. 6. — Verlag des Verbandes der deutschen Buchdrucker, Dreihändstr. 5. — „Werkfreude“ Bücherstube, Potsdamer Str. 104. — Berliner Gewerkschaftskommission, Engelstraße 24-25 (Gewerkschaftshaus), sowie in allen Vorwärts-Speditionen. — Groß-Siedlung Britz: Vorwärts-Spedition Lange Str. 58.

Schlägerei in einer völkischen Versammlung

Zwei Schwer- und zwei Leichtverletzte.

In den Pharusälen in der Müllerstraße hielt gestern abend die Ortsgruppe Groß-Berlin der Nationalsozialistischen Freiheitspartei eine Versammlung ab. Zu der Kundgebung, die ohnehin stark von Anhängern der Nationalsozialistischen Partei besucht war, hatte sich eine größere Schar Kommunisten Einsatz verschafft. Die Versammlung, die einen sehr erregten Verlauf nahm, wurde andauernd durch Zwischenrufe gestört. Es kam schließlich zu Tätlichkeiten und die Gegner gingen mit Bierseideln und Schlagringen aufeinander los. Der Arbeiter Walter Sandow aus der Koloniestraße 47 und ein Walter Konal aus der Gieselerstraße 10 zu Wilmersdorf erlitten schwere Kopfverletzungen und mußten durch einen Wagen des städtischen Rettungsdienstes in das Virchow-Krankenhaus gebracht werden. Zwei weitere Verletzte, der 19jährige Hugo Bloßdorf aus der Fennstraße 53 und der 22jährige Fritz Michael aus der Friesenstraße 31, erlitten bei der Schlägerei gleichfalls Kopfverletzungen. Nach Behandlung auf der nächsten Rettungsstelle, wo ihnen Ratverbände angelegt wurden, konnten beide in ihre Wohnungen geleitet werden. Ein größeres Polizeiaufgebot drang sofort in den Saal ein und konnte nur unter Zuhilfenahme des Polizeiknüppels die Streitenden trennen. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen.

Kundgebung der Tierfreunde.

In einer außerordentlich stark besuchten Versammlung im Festsaal der Gesellschaft der Freunde sprach Varror Hecker vom Verband der Tierkörpervereine Berlin, der den geistlichen Tierchutz der Stadt Berlin vertritt, über die Wichtigkeit eines Tiereschutzgesetzes. Er nahm den allerdings sehr trassen Fall menschlicher Rohheit des Bädermeisters Blatow zum Anlaß, der im Oktober 1925 den Brand seines Stalles bei der Versicherungsgesellschaft meldete. Wie sich bei näherer Untersuchung des Falles herausstellte, hatte er durch zwei Männer sein Pferd, das mit 500 Mark versichert war, mit Benzol begießen und verbrennen lassen. Seine Bestrafung erstreckte sich jedoch lediglich auf das Verbrechen des Versicherungsbetruges, da ihm die Brandstiftung im Stall nicht nachgewiesen werden konnte und der Akt der unethischen Tierquälerei selbst nur als Vergehen mit einer Höchststrafe von 150 Mark oder sechs Wochen Haft geahndet wird. Der Redner und mit ihm seine gesamte Anhängererschaft fordern energisch ein Gesetz des Tiereschutzes, das eine richtige Bestrafung der Übeltäter in sich schließt. Der Vortragende kam dann noch auf andere unliebsame Vorgänge auf dem Gebiete des Tiereschutzes zu sprechen, u. a. auf die Hundefangerei und die sich daran anschließende öffentliche Versteigerung der nicht abgeholtene Tiere, wofür er aber allein die Nachlässigkeit der Hundebesitzer selbst verantwortlich machte. In schwungvoller Rede, die allerdings zum Schluß etwas allzu patetisch wurde, appellierte er an die Herzen aller Tierfreunde und führte ihnen die völlige Hilflosigkeit des Tieres und die Pflicht seiner guten Behandlung durch den Menschen vor Augen. Justizrat Fraenkel, 2. Vorsitzender des Verbandes, beleuchtete die Angelegenheit dann noch vom sachlich juristischen Standpunkt.

Wer wird von der Hundesteuer befreit?

Hundesteuerbefreiungsanträge sind binnen zwei Wochen nach der Anschaffung des Hundes zu stellen und vor Beginn jedes neuen Steuerjahres zu wiederholen. Es empfiehlt sich, mit den Erneuerungsanträgen nicht bis zum Schluß des Steuerjahres — Ende März — zu warten, sondern diese schon jetzt im Laufe des Monats Februar oder Anfang März den zuständigen Bezirkssteuerämtern einzureichen. Bei verspäteten Anträgen wird die Hundesteuer auch dann für das laufende Vierteljahr erhoben, wenn ein stichhaltiger Befreiungsgrund vorliegt. In gleicher Weise sind auch die Ermäßigungsanträge auf ein Fünftel des Steuerjahres zu erneuern. Hierunter fallen die Anträge der kinderlosen Ehepaare über 50 Jahre und der alleinstehenden Personen über 50 Jahre, die ein Jahresinkommen unter 1200 M. haben, sowie der Schwerhörigen, die auf das Halten eines Hundes angewiesen sind. In den Kreisen der Hundebesitzer ist zum Teil die irrtümliche Anschauung verbreitet, daß die Steuermarken dem Hunde dann nicht angelegt zu werden braucht, wenn dieser im polizeilichen Sinne richtig gekennzeichnet ist. Die Polizeiverordnung über Kennzeichnung der Hunde in Berlin schreibt vor, daß sämtliche über drei Monate

alten Hunde mit Halsbändern versehen sein müssen, die außer dem Namen und Wohnort des Besitzers keine Wohnung ersehen lassen, oder an denen eine Steuermarken mit Angabe des Verwaltungsbezirks und der Nummer des Hundes in der Steuerliste befestigt ist. Trägt der Hund nun ein Halsband mit vorchriftsmäßigem Namensschild des Besitzers, so ist er im Sinne der genannten Polizeiverordnung zwar richtig gekennzeichnet, ist er aber gleichzeitig in Berlin oeffnet und eine Steuermarken für ihn ausgegeben, so muß auch diese dem Hunde nach Vorschrift der Hundesteuerordnung angelegt werden. Verstöße hiergegen sind mit Ordnungsstrafen bedroht. Die Kontrolle durch die Hundesteuermarken ist ein wichtiges Hilfsmittel zur Bekämpfung der Hundesteuerhinterziehung. Für die steuerfreien Wachhunde (Reithunde) werden Steuermarken nicht ausgegeben. Diese Hunde müssen am Tage im Freien an der Kette liegen, in der Nacht können sie auf dem zu bewachenden Grundstück frei umherlaufen.

Die Tragödie einer Mutter.

Kein Kindesmord, wahrscheinlich ein Unglücksfall.

Das Gerücht von einem Kindesmord und einem verführten Selbstmord war gestern mittag im Nordwesten Berlins verbreitet. Als gegen 12 Uhr zwei Schuppenbeamte der Gruppe West mit einem Krümperwagen an den Jellien entlangfuhren, hörten sie plötzlich von der Spree her Hilferufe und sahen, wie hinter dem Bootssteg eine Frau mit den Wellen kämpfte. Sie hielten an und warfen der dem Ertrinken Nahen die Fahrleine zu, die sie dann auch ergriff. So gelang es, die Frau zu retten und ans Land zu bringen. Sie war bereits so stark mitgenommen, daß sie das Bewußtsein verlor. Gerade war sie gelandet, da sahen die Beamten etwas Stromabwärts ein kleines Mädchen auf dem Wasser treiben. Sie eilten nach der Lutherbrücke, machten den Rettungstahn los und sangen die Kleine auf. Sie war aber bereits tot. Die Leiche des etwa 1 1/2 Jahre alten Mädchens wurde mit der Frau zusammen, ohne Zweifel der Mutter, mit dem Krümperwagen nach dem Krankenhaus Roabit gebracht. Die Frau liegt hier noch bewusstlos daneben und man weiß noch nicht, wer sie ist. Sie ist etwa 25 Jahre alt und trug eine leberne Sturzkappe mit Goldverzierung, ein braunes Seidenkleid mit weißen Karos und schwarze Flanellstrümpfe und Schuhe. In diesen Vorgang knüpfte sich bald das Gerücht, das eine Mutter ihr Kind ins Wasser geworfen habe, um es zu ertränken, und ihm nachgepfungen sei, um sich ebenfalls das Leben zu nehmen. Nach den Ermittlungen der Kriminalpolizei handelt es sich aber sehr wahrscheinlich um einen Unglücksfall und eine verführte Lebensrettung. In der Gegend der Jellien halten sich auf der Spree stets wilde Enten auf, die von Spaziergängern gern beobachtet und gefüttert werden. Es ist nun festgestellt, daß auch die Frau mit dem Kind hierbei gesehen worden ist. Das Wasser steht in der Spree jetzt sehr hoch und das Ufer ist schlüpfrig. Wahrscheinlich ist das Kind beim Füttern der Enten abgeglitten und die Mutter, vielleicht auch das Kinderkrümperlein, ist ihm nachgepfungen, um es zu retten. Mitteilungen zur Aufklärung an die Kriminalinspektion Tiergarten und das 28. Revier.

Charles-Breitensträter unentschieden.

Der lang erwartete Großkampf im Sportpalaft versammelte gestern abend wieder eine sehr zahlreiche Vorgemeinde. Der Revanchekampf Francis Charles gegen Hans Breitensträter endete nach zehn Runden mit einem gerechten Unentschieden. Die Kämpfer schienen sich annähernd gleichwertig. Breitensträter hat seine alte Schlagkraft wiedererlangt und seine schwere Rechte machte dem französischen Gegner, der selbst gut in Form war, viel zu schaffen. Auch die beiden vorhergehenden Kämpfe Seefried (Bohum) gegen den Schwargen Jons Ralph verliefen unentschieden. Auch der Kampf Harry Stein, der deutsche Fliegengewichtmeister, gegen den französischen Fliegengewichtmeister André Glezes wurde als unentschieden festgestellt. Das Plus sahien sich hier allerdings sehr auf Seiten des kleinen, äußerst gewandten und schlagkräftigen Franzosen zu zeigen.

Heimatmuseum Teltow.

In einer gut besuchten Versammlung der Freunde des Heimatgedankens wurde der Heimat-Museumsverein Teltow gegründet, dessen Aufgabe es nun sein wird, die bereits vorhandenen Bestände und die neuen Erwerbungen in einem Heimat-Museum zu betreiben. Ein zwöckspfüger Vorstand wurde gewählt; Vorsitzender ist Gymnasialdirektor Dr. Hochmann, Eichwalde, Schriftführer Lehrer Möbius, Blankenfelde, Schatzmeister Kreisrat Dr. Heß, Ungelstert. Ist zurzeit noch die Frage, wo das Museum eine dauernde Stätte finden wird. Zurzeit befinden sich die bereits vorhandenen Gegenstände in Verwahrung der Kreisverwaltung in dem bekannten Reichshaus (Bistoriastraße 18). Jedoch würde eine dauernde Belassung des Museums in Berlin das Interesse bald erlahmen lassen, ebenso ist die Errichtung des Museums als Wander-Museum nicht zweckmäßig, da beim Umherziehen große Verluste unermesslich sind. Wie man hört, hat Jossen wegen seiner nahezu zentralen Lage und der bequemen Verbindung Aussicht, das Museum in seinen Räumern aufzunehmen. Die Lokalfrage ließe sich in zweckentsprechender Weise lösen und die Reste der alten Burg Jossen gäben auch einen historisch ansprechenden Hintergrund. Im Gegenfatz zu anderen märktischen Städten haben die Orte des Teltower Kreises wenig Altertümliches und zugleich Imposantes aufzuweisen. Die Nähe Berlins hat nivellierend gewirkt. Der Jahresbeitrag für den neuen Verein ist auf 3 Mark festgesetzt; es ist zu wünschen, daß recht viele Heimatfreunde aus dem Vorkreis des „Vorwärts“ ihm beitreten denn es gibt noch viel zu verbessern; hat es doch die Reduktion des an sich recht guten Teltower Kreisalters 1927 fertig bekommen, einen Beitrag aufzunehmen, der in dem Wunsche nach einem Diktator ausflingt.

Wohnungsbrand in Berlin N. Zwei Löschzüge der Feuerwehr wurden gestern nachmittag gegen 14 Uhr nach der Köpenicker Straße 65 gerufen, wo in einer im vierten Stock gelegenen Wohnung Feuer ausgebrochen war. Die Wohnungsinhaber, ein Ehepaar, wurden von dem Feuer so überrascht, daß ihnen die Flucht über die Treppe abgeknitten wurde. Glücklicherweise konnten sie durch die Feuerwehr über Steckleitern in Sicherheit gebracht werden. Das Treppenhaus war derart verqualmt, daß dicke Rauchschwaden in die Wohnungen eindrangen. Es gelang der Feuerwehr aber, die erregten Mieter zu beruhigen und großes Unheil zu verhüten. Die Wohnung selbst brannte vollkommen aus.

Warum soll der Bezirk Trepptom kein Hallenbad haben? Einer der industriereichsten Bezirke, Trepptom, ist immer noch ohne Hallenbad. Auch andere Badgelegenheiten sind im Winter hier nicht vorhanden. Das Bezirksamt Trepptom hat schon wiederholt den Antrag gestellt, neben anderen Kaufschritten auch ein Hallenbad zu bauen. Dieser Antrag ist von allen Parteien unterstützt worden, da die zwingende Notwendigkeit eingesehen worden ist. Anders denkt der Magistrat Berlins darüber. Zur Aufklärung über diese Angelegenheit lobt der Ortsausschuß für Reibebübungen und Jugendpflege in Dörschöneweide die Einwohnerschaft des Bezirks Trepptom zu einer öffentlichen Versammlung ein. Die Versammlung, in der Herr Bürgermeister Bruno W. Trepptom das Referat übernommen hat, findet am Montag, dem 14. Februar, abends 8 Uhr, in Mörsers Blumengarten in Oberschöneweide statt.

Das Bezirksamt Mitte teilt folgendes mit: Infolge des regen Zuspruchs, dessen sich unsere Veranstaltung „Berlin in Wort, Bild und Lied“ erfreut, sind wir gezwungen, den 5. bis 8. Abend nach den Musikersälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31, zu verlegen. Da am 16. Februar 1927 der große Saal nicht mehr zu erhalten war, so findet der 5. Abend erst am 25. Februar 1927 statt.

Funkwinkel.

Im Anschluß an einen Vortrag Falsch und Masken spielte Luba Jutkowska den Carneval, Op. 9 von Schumann mit guter Technik und klarer Betonung der Tempogegenätze, vielleicht hierin schon zu weit gehend. Reinsten künstlerischen Genuß bot dann das Havemann-Quartett bei Beethoven. Einen schweren Stand hatte Richard Wilde mit seiner Einführung zu Otto Ernst „Blaschmann als Erzähler“. Schließlich muß ein Einführungsvortrag das Gute an der Dichterpersönlichkeit betonen. Wilde schilderte darum Otto Ernst als den Dichter des trauen Heims und als den Kenner der Kinderseele und ging weniger auf den Dramatiker ein. Die einst revolutionäre Komödie ist heute durch die Ereignisse überholt. Sicherlich laufen auch jetzt noch verkappte Fluchamänner herum, aber sie stellen keinen vorhersehenden Lyp dar. Ledrig bleibt ein wirksames Theaterstück. Aber der Rundfunk ist kein Theater, das aus Repertoirendien auf alle Bodenstücker zurückgreifen muß. Alfred Braun inszeniert solche Dinge brav und ardentlich. Die einzelnen Typen kamen heraus. Drei Leistungen von bestem Format. Braun selbst, ein lebenswärtiger traktvoller Flemming, Albert Florath als Blaschmann hinterhältig, verkniffen, intrigant und widerwärtiges Weichhüter, und Albert Steinrück als Regierungsrat von stahliger Widerständigkeit.

Der Ortsausschuß für Jugendpflege Neußölln veranstaltet im Rahmen eines Winterprogramms am Montag, den 14. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im Saalbau, Bergstr. 147, einen Vortragabend. Der Arbeiterleiter der Natur Dege spricht über seine persönlichen Eindrücke bei eigenen Reisen durch das Innere Sibiriens. Karten zum Preise von 20 M. für Jugendliche und Erwachsene sind im Rathaus, 2. Etz., Zimmer 208, und an der Kasse zu haben.

Pellagryl-Fest. Der Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin S.F.D. veranstaltet am 17. Februar im Oberlichtsaal der Bildharmont, Bernburger Straße, eine Pellagryl-Gedächtnisfeier. Die Feier wird eingeleitet durch Gesang des Kinderchores des Männerchores „Harmonie“ Charlottenburg. Studientenor Karzen hält die Gedenkrede und Frau Sally Seidel liest aus den Werken Pellagryls. Die Feier beginnt abends 8 Uhr. Eintrittspreis 70 Pf. Lehrer, Elternbeiräte, Kinderfreunde, sowie alle an Erziehungsfragen Interessierte sind ganz besonders eingeladen. Karten sind zu haben im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3, Hof II, 2. Etz., Zimmer 3, in der Voimärtschuhhandlung Lindenstraße 2, Sigmundstraße 20/21, Engelstraße 24-25, Tabakvertrieb G.H.B., Kuelstr. 6, Sozialistische Arbeiterjugend, Lindenstr. 3, bei den Bildungsoberleitern der Kreise und Abteilungen, in den Voimärtschuhhandlungen.

An der Wende des Weltalters, der Kulturwillen der neuen Jugend — ist das Thema eines Vortrags, den Genosse Dr. Viktor Engelhardt Sonntag, den 12. Februar, 8 Uhr abends, in der Ania Dorosthenstr. 12 halten wird.

Die Arbeitsgemeinschaft für Forschung und Naturkunde e. V. Berlin-Teichlichshagen, veranstaltet am Sonntag, den 13. d. Mts., eine Führung durch das **Veisehse- und Baumuseum.** Treffpunkt 11 Uhr, Hauptingang Invaudenstraße. Unkostenbeitrag: Mitglieder 20 Pf., Gäste 50 Pf.

Schwere Bluttaten infolge eines Mieterstreites.

Magdeburg, 11. Februar. (W.B.) Gestern abend kam es in Schönebeck zwischen den Mietparteien eines Hauses zu Streitigkeiten, die zu Gewalttätigkeiten führten, bei denen ein Arbeiter getötet wurde, ein Mann eine schwere Bauchverletzung erhielt und einer Frau der Schädel gespalten wurde. Die Polizei mußte, um die Streitenden auseinander zu bringen, mit 16 Mann eingreifen. Mehrere Personen wurden verhaftet.

Anlage eines Flugplatzes bei Kottbus.

Kottbus, 11. Februar. (W.B.) In einer gestrigen Besprechung über die Flugplatzfrage hat sich der Oberpräsident der Mark Brandenburg für die Anlage eines Flugplatzes bei der Stadt Kottbus entschieden. Die Vorschläge der Städte Forst und Guben, den Flugplatz der Niederlausitz in der Mitte des von den drei Städten gebildeten Dreiecks zu errichten, wurden abgelehnt. Der Kottbuser Flughafen ist gleichzeitig der Flughafen der gesamten Niederlausitz.

Schwerer Unfall bei einer Reichswehrübung.

Bei Scharttschießübungen der bayerischen Artillerie auf dem Kampenward im Chiemgau ereignete sich ein schwerer Unfall. Die Gebirgsgeschütze waren am Tage zuvor in Stellung gebracht worden. Als dann in den frühen Morgenstunden das Schießen begonnen wurde, kam der erste Schuß unmittelbar vor der Mündung zur Explosion. Ein Unteroffizier und zwei Kanoniere wurden schwer verletzt, jedoch soll keine Lebensgefahr bestehen. Das Unglück wird darauf zurückgeführt, daß die Bremsfähigkeit im Rohrrücklauf in der kalten Gebirgsnacht eingetroren war.

Dreifacher Raubmord in Rußland.

Riga, 11. Februar. (U.) Auf einer Vorortstation von Schlotomir überfielen Banditen den Stationschef, ermordeten ihn und zwei Fahrgäste und bemächtigten sich der Bahnkasse mit 18 000 Rubel. Die Banditen erlitten auf einer Lokomotive.

Schneesturmopfer in Japan. In den Schneestürmen, die während 22 Tagen weite Teile Nordjapans heimsuchten, sind, soweit bisher festgestellt werden konnte, 103 Personen ums Leben gekommen. 10 Personen werden noch vermisst. Mehr als 20 000 Soldaten sind gegenwärtig längs der Eisenbahnlinien mit den Aufräumarbeiten beschäftigt. Der Schnee liegt stellenweise fünf bis sechs Meter hoch.

Aus der Partei.

Die magyarischen Sozialdemokraten in der Slowakei haben sich der tschechoslowakischen Sozialdemokratie angeschlossen, da die Spaltung der Nachkriegszeit gerade diese Partei besonders schwer getroffen hat. Die tschechische Prager Parteizentrale wird ein magyarisches Parteiblatt herstellen.

Tom Shaw in Indien erkrankt. Genosse Tom Shaw hat als Mitglied der Abordnung der Textilarbeiter-Internationale, dessen Sekretär er ist, eine Reise nach Indien und Japan unternommen. In Indien erkrankte sowohl er wie seine Tochter, die die Delegation als Sekretärin begleitete, an einer fieberhaften Darmentzündung. Sie waren gezwungen, sich in Spitalküsten zu begeben und ihre Reise abzubrechen. Die übrigen Delegationsmitglieder setzten die Fahrt nach Japan fort, und werden bei ihrer Rückkehr Shaw in Indien abholen, um mit ihm gemeinsam nach England zurückzufahren.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einladungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat, Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3.

7. Kreis Charlottenburg und Spandau. Juristische Sprechstunde heute, Sonntag, 12. Februar, nachmittags von 3-6 Uhr, im Jugendheim Kottbusstraße 4.

12. Kreis Tempelhof, Marienfeld, Marienfelde, Nichtenzede. Auf Wunsch einige Namen der Kadetten-, Varietè- und Juktusantiker aus dem zweiten Teil des Programms des Winterfestes am Sonntag, 13. Februar, im Graßis Gesellschaftshaus, Marienfeld, Chausseest. 206: Paul Brehle, der Urtomische. Die Verwandlungsgängerin Gitti Weser. Der Blüchler und Improvisator Max Neubert. Operetten- und Lieberfängerin Cerna Renate. Eine Aktus- und Varietè-Dezessnummer mit Pferd und Stein. Freda Moreno, der Vogelhändler, usw. Karten zum Vorverkaufpreis von 1 M. sind noch zu haben bei den Funktionären und in den Konsumverkaufsstellen. An der Abendkasse 1,50 M. Anfang 8 Uhr.

17. Kreis Reinickendorf, Elternbeiräte! Sonntag, 13. Februar, vormittags 9 1/2 Uhr, im Sitzungssaal Rathaus Fagel, Elternbeiratsabteilung, 1. Vortrag: „Rechtliche Lage von Haus und Schule“. 2. Bezirksangelegenheiten. 3. Bericht über den 1. Teil der gemeinsamen Parteialtenratssitzung und deren Vertreter, Schuldeputationsmitglieder und Lehrer. Die Anwesenheit der Bezirksvorstands- und Fraktionsmitglieder ist erwünscht.

heute, Sonntag, 12. Februar:

116. Wkt. Nichtenzede, 8 Uhr gefälliger Familienabend im Lokal des Genossen Aldrich, Forstlager Str. 2. Ede Reus Bahnhofsstraße. Unterhaltung, Tanz u. a. Gäste sind herzlich eingeladen. Wir fordern alle Genossinnen und Genossen auf, sich recht zahlreich zu beteiligen.

Morgen, Sonntag, 13. Februar:

29. Wkt. Vormittags 10 Uhr bei Burg, Fernlager Allee 129, wichtige Funktionärssitzung. Die Bezirksleiter werden gebeten, Kontostellungen zu leisten.

33. Wkt. Abends 6 Uhr im Lokal Schöner, Stralau-Rummelsburg, Rahmstraße. Redner Landtagspräsident Genosse Friedrich Bartels. Abendkasse findet nicht statt.

37. Wkt. Vormittags 9 1/2 Uhr bei Pfeffer, Hausburgstr. 2, wichtige Sitzung Juristischer Funktionäre. Stellungnahme zum Kreisvertretertag und Bezirksparteitag.

Jungsozialisten.

Gruppe Kiepertien: heute, Sonntag, 12. Februar, 8 Uhr, im Jugendheim Bremer Ede Wielestraße, Zimmer 6, Aussprache über die Reichswehr. Wir bitten alle Genossinnen und Genossen, bestimmt zu erscheinen. Gäste sind herzlich eingeladen.

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterfreunde, Kreis Schöneberg-Teichlichshagen: Sonntag, 13. Februar, Beschäftigung des Naturkundemuseums.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation.

21. Wkt. Am 8. Februar verstarb unser Genosse Eduard Ullrich, Malplaquetstr. 20, über seinem Kabinetten. Einäscherung am Montag, 14. Februar, 7 Uhr, im Krematorium Gedächtnisstraße. Wir bitten um recht zugehörige Teilnahme. Treffpunkt für die Genossinnen und Genossen: abends 8 1/2 Uhr bei Kroll, Albrechtstraße.

22. Wkt. Unser Genosse Ernst Schatz, Brauntalerstraße, Gneiffenstraße 26, ist am 9. Februar verstorben. Einäscherung am Montag, 14. Februar, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium Baumhulsenweg. Um rege Beteiligung wird gebeten.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Die Führerausprache morgen, Sonntag, kann umständlicher nicht stattfinden.

heute, Sonntag, 12. Februar, 7 1/2 Uhr:

Rebbling: Formäris-Druckerei-Beschäftigung. Treffpunkt 4 Uhr IV. Hof. — Kottbuser Krez: Jugendheim Reichenberger Str. 66. Aussprache: Smed und Riele der S.W.D. — Neukölln V: Bildungsausschussführung beim Genossen W. Schildhauer, Geigerstr. 5. — Bezirk Nichtenzede: Jugendheim Parkaus 10 Werbebezirksvorstandssitzung 8 Uhr.

Morgen, Sonntag, 13. Februar:

Kottbuser Krez: Fahrt. Treffpunkt 7 Uhr Kottbuser Krez. — Tempelhof: Fahrt. Treffpunkt 7 Uhr Kottbuser Krez. — Wannsee: Schule Charlottenbach. Heimabend. — Friedrichshagen: Jugendheim Schornweherstr. 106a. Bezirksabend. — Neukölln V: Weiterengruppe beim Genossen Edwin Lautenbach. Wärschstr. 12, 7 Uhr. — Reinickendorf-Bezirk Jugendhaus in der Seebühlstr. 7 Uhr Heimabend. — Tegeler Jugendheim Hauptstr. 13. Heimabend. — Spandau: Jugendheim Lindauerstr. 1. Heimabend. — Schöneberger Bezirksjugendheim Schönlager Str. 7. Heimabend. — Reinickendorf-Bezirk: 6 Uhr Sprechstunde. — Nichtenzede-Bezirk: Wanderung durch Alt-Berlin. 9 Uhr Forstlager Platz. — Werbebezirk Kiepertien: Beschäftigung des Westhafens. 10 Uhr Eingang zum Hafen am Rehndorf Puffelstraße. — Werbebezirk Nichtenzede: Jugendheim Parkaus 10. Tag-London-Abend, 7 1/2 Uhr. — Werbebezirk Schöneberg: Jugendheim Hauptstr. 13. R.-Partei-Abend.

Werbebezirk Französer Berg: Montag, 14. Februar, Jugendheim Danziger Straße 68 Werbebezirksvorstandssitzung.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.

Geschäftsstelle: Berlin S.W. 14, Seebühlstr. 37/38, Hof 2 Etz. — Französer Berg: Sonntag, d. 13. Februar, 8 1/2 Uhr 20 Pf. Fernlager Allee zum Arbeitsabend für Arbeiter. — Städt. (Kreis): Kamerad Hering-Schäfersfeld ist verstorben. Kameraden, die an der Beerdigung teilnehmen, treffen sich Sa. d. 12., nachmittags 12 1/2 Uhr, Parkfriedhof Nichtenzede.

Verband jüdischer Studentenvereine in Deutschland e. V. Sonntag, 12. Februar, 8 Uhr, im jüdischen Studentenverein Berlin, Reichstraße 115. Vortrag des Herrn Dr. Geyers: Die Juden in der kommunistischen Partei und in den Gewerkschaften. Anschließend Diskussion. — Am Sonntag, 13. Februar, 8 Uhr, findet ein weiterer Vortrag des Herrn Prof. Köster über das Thema: „30 Jahre Sozialismus“ statt. Zu beiden Vorträgen Eintritt frei. Freizeitsport-Gemeinde: Sonntag vormittags 11 Uhr Pappellager 15 Vortrag des Herrn Dr. M. Drie: Der Selbstmord in städtischer Beleuchtung. Darunter: Aus „Die verkaufte Braut“ (Smetana). Sehr willkommen.

Verein der Wähler in Berlin. Wähler Kerne in Berlin veranstaltet am Sonntag, 13. Februar, nachmittags 3 Uhr, in den Sammlerräumen, Teltower Straße 1/4, der Verein der Wähler in Berlin (Geschäftsstelle: Schöneberg, Eisenstraße 22; Stephan 1000) und lädt hierzu seine Mitglieder, Landesleute und Freunde der Volksbewegung ein.

Geschäftliche Mitteilungen.

V. A. Raubmord — deutsches Fabrikat! Entgegen vielfach vertretener Ansicht, daß diese Raubmord ausländisches Fabrikat seien, macht die Reichs-R.A. ausdrücklich darauf aufmerksam, daß es sich um ein rein deutsches Fabrikat handelt, hergestellt von deutschen Arbeiterkräften und aus deutschen Rohmaterialien, in der Wulfffabrik in Frankfurt a. M. Der Gebrauch der Raubmordens wird als den Büchern zuträglich von ärztlichen und schulpflichtigen Autoritäten sehr günstig beurteilt. — Am 25. 000 Hosen haben wir am Lager. Für Berlin, Straß und Spandau in allen Größen, Stoffen und Preisen. Hosen kaufen Sie daher stets vorrätig in den elf Geschäften von Köhnen u. Söring; jetzt aber — 10 Tage lang — besonders billig.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin und Umgegend (Nachdr. verb.). Wetterhin trocken, meist ziemlich trübe, Temperaturen tagsüber um Null. — Für Deutschland: Keine wesentliche Veränderung der herrschenden Witterung.

SUNLICHT SEIFE
jetzt billiger!

bei gleicher Güte und gleichem Gewicht wie bisher! — Eine frohe Nachricht für Sie, die Ihnen einen billigeren Waschtage verschafft.

Durch ihre unübertroffene Schaum- und Waschkraft, ihre vollkommene Reinheit und Unschädlichkeit steht Sunlicht Seife seit 40 Jahren an der Spitze aller Hausseifen. Ihre ständige Verwendung bedeutet für Sie große Ersparnis an Arbeitszeit und Geld.

SUNLICHT SEIFE
schont die Wäsche.



Die Agrarreform in der Tschechoslowakei

Vom Feudalismus zum Agrarkapitalismus.

In dem neuen Staate der Tschechoslowakei wurde seit seiner Gründung eine Agrarreform durchgeführt, die in politischer Beziehung einer Agrarrevolution gleichkam, und deren Ergebnisse eine historische und kritische Würdigung vom Standpunkt der Arbeiterklasse rechtfertigen. Vier Millionen Hektar Boden, 28 Proz. der Landesfläche, wurden einem radikalen Besitzwechsel unterworfen, die Ausrottung des Feudalbesitzes mit äußerster Behemung in Angriff genommen. Historische, nationale und soziale Kräfte haben nach der Gründung der Republik diese große Umwälzung ins Rollen gebracht. Das tschechische Volk hat, nachdem es vor 500 Jahren auf dem Weißen Berge der militärischen Macht der Habsburger unterlag, seinen Grundbesitz verloren, dessen Besitz konfisziert und an die siegreichen Heerführer verteilt wurde; daraus leitete es den Rechtstitel ab nach wiedergewonnener staatlicher Selbständigkeit den von Magnaten der Habsburger eingeführten Grundbesitz ebenfalls zu verjagen. Eine gründliche Umgestaltung des Bodenbesitzes schien der kürzeste Weg für den unter der „deutschen“ Donaumonarchie unterdrückten tschechischen Nationalismus zur Verschiebung der heilkämpfenden tschechisch-deutschen Siedlungsgrenzen. Endlich hemmte der ungewöhnlich hohe Anteil des Großgrundbesitzes am Kulturboden den sozialen Aufstieg einer dicht wohnenden landarmen Dorfbewölkerung. Als der alterstarke Feudalismus der Subeten- und Karpatenländer mit dem Zerfall der Habsburger Monarchie seine politische Schutzwehr einbüßte, wurde er von dem durch Krieg und Revolution gesteigerten Bodenhunger der Landvolksmassen einfach überannt.

Die Befestigung des Großgrundbesitzes

war das wirtschaftliche Programm der nationalen Revolution der Tschechen und Slowaken. Sie wurde bereits in der Unabhängigkeitserklärung der Pariser Auslandsregierung am 18. Oktober 1918 verheißen. Eine der ersten Taten der Revolutionsregierung war die Verhängung der Sperre über den landläufigen (ehemals grundherrschaflichen) Großgrundbesitz. Ihr folgte in einigen Monaten die gesetzliche Beschlagnahme. In rascher Folge kam noch eine Reihe von Gesetzen hinzu, betreffend die Art der Bodenverteilung, die Entschädigungs- und Kreditfrage. Bis zum Frühjahr 1920, also vor dem Einzug der Minderheitsvertreter in die gesetzgebenden Körperschaften, hatte das ernannte tschechoslowakische Revolutionsparlament alle gesetzgeberischen Vorarbeiten zur Agrarreform unter Dach und Fach.

Die eigentliche Durchführung begann im Jahre 1920. Beschlagnahme und im Zuge der Aktion enteignet wurde aller privater Grundbesitz über 150 Hektar Acker und 250 Hektar Gesamtboden, einschließlich der damit zusammenhängenden Gebäude sowie Unternehmungen, ausgenommen das lebende und tote Inventar. Den Großgrundbesitzern verblieben in der Regel 150 Hektar, in Ausnahmefällen bis zu 500 Hektar Restbesitz. Für die enteigneten Flächen wird eine Entschädigungssumme im Durchschnitt der Grundpreise der Jahre 1913 bis 1915 gewährt, was unter Berücksichtigung der Geldentwertung ein Fünftel bis ein Sechstel des Realwertes ausmacht. Von dem Entschädigungsbetrag werden die Hypothekendarlehen, Steuerrückstände sowie die Versorgungsansprüche der Bedienten (Angehörige und Arbeiter) gedeckt, der Rest wird dem Enteigneten entweder bar ausgezahlt oder als langfristige Staatshypothek eingetragen. Das Gesetz sieht eine Aufteilung des beschlagnahmten Bodens an Einzelpersonen, landwirtschaftliche Vereinigungen, Gemeinden, Gemeindeverbände sowie an den Staat vor. Keiner der Kategorien wurde aber ein fester Anspruch zuerkannt, die Auswahl der Bewerber vielmehr dem freien Ermessen der Durchführungsbehörde überlassen. Als Durchführungsorgan ist ein umfangreicher bürokratischer Apparat, das Staatsbodenamt, errichtet worden. Ihm steht ein zwölfköpfiger Verwaltungsausschuss zur Seite, der im Jahre 1920 von den tschechischen Parteien gewählt wurde und trotz mehrjähriger Funktionsabwafes bis heute weiter amtiert. Formell untersteht das Bodenamt dem Ministerrat, tatsächlich ist es in seiner Machtvollkommenheit fast unbeschränkt und dem Einfluß des Parlaments weit entrückt.

Die bisherigen Resultate der Agrarreform.

So weit sich die Reform auf den landwirtschaftlichen Boden erstreckt, steht sie vor dem Abschluß. Nach Mitteilungen des Bodenamtspräsidenten sind bis zum Herbst 1926 insgesamt 1 089 000 Hektar Boden überreignet worden. Schätzungsweise ein Zehntel davon ist Waldboden, den der Staat an sich nahm. Die gebräuchlichste Verteilungsform bei landwirtschaftlichen Boden war die Anliegersiedlung zur Ergänzung bereits bestehender Kleinbetriebe. Einer bis Ende 1925 greifenden Statistik zufolge umfaßte sie 77 Proz. des parzellierten Landwirtschaftsbodens. Zur teilweisen weiteren Ausnützung der Wirtschaftsgelände sind sogenannte Restgüter geschaffen worden, und zwar von 20 Hektar aufwärts bis zur Enteignungsgrenze. Bisher gelangten an 1300 solcher Restgüter — 20 Proz. der Verteilungsfläche — zur Vergebung, teils an frühere Angestellte des Großgrundbesitzes, teils an sonstige Bewerber. Einen geringen Anteil hat die Verwendung von Boden zur Innenkolonisation. Es dürften von den geplanten 7000 neuen Bauernstellen gegenwärtig etwas über 1000 fertig sein. Mit Ausnahme einiger Nachtprovisorien erhielten die erwähnten Bewerber den Boden in Privateigentum. Der Verteilungspreis betrug nach Anrechnung einiger Zuschläge und der Bodenamtsprovision 70 bis 100 Proz. mehr als der Entschädigungswert. Von der im Gesetze vorgesehenen Möglichkeit der Errichtung von „Heimstätten“ nach Art der deutschen Rentenreform wurde nur in Ausnahmefällen Gebrauch gemacht. Insofern ist es unrichtig, von einer „Bodenreform“ in der Tschechoslowakei zu reden, als keine Veränderung des Bodenrechts erfolgt ist, die der internationalen Geltung des Begriffes entspricht. Was geschah, war eine allerdings sehr weitgehende Besitzreform an Grund und Boden, die in ihrer überstürzten und diktatorischen Durchführung eher den Namen einer Agrarrevolution verdient.

Wirtschaftliche und soziale Wirkungen.

Die wirtschaftlichen Resultate der Besitzteilung sind noch nicht zu überschätzen. Tatsache ist, daß mit der Parzellierung keine produktionsfördernden Maßnahmen verbunden waren, daß keine Garantien für eine intensivere Bewirtschaftung verlangt worden sind. Ramentlich bei der Vergebung der Restgüter war vielfach Protektion im Spiele. Es wurden insbesondere auch Nichtfachleute sowie Anwärter mit ungenügendem Inventar und Kapital berücksichtigt. Hinsichtlich der Kreditfrage begnügte sich der Staat in den allermeisten Fällen mit der subsidiären Haftung für Privatdarlehen der Bodenbewerber, was sich ebenso wie die „freiwilligen Abkäufe“ an kapitalträchtige Käufer zum Nachteil der minderbemittelten Anwärter auswirkte. Die durch die Parzellierungszuteilung vor allem im tschechischen Siedlungsgebiet erfolgte Stärkung vieler Kleinbetriebe findet als ein sozialer Aktiposten sein Gegengewicht in der Entwurzelung tausender Umsaggestellter und Landarbeiter. Die von der Verteilung betroffenen Bediensteten des Großgrundbesitzes konnten nur zum geringen Teil durch Bodenverteilung verlorst werden. Die anderen im Gesetze vorgesehenen Versorgungsarten: Geldabfertigung, Zuweisung einer Ersatzstelle und Pensionierung der hochqualifizierten sind durchweg sehr problematischer Natur, und so ist die Annahme

berechtigt, daß von den 130 000 Arbeitern und Angestellten des Großgrundbesitzes bis zur Beendigung des Verfahrens mindestens die Hälfte aus ihrem landwirtschaftlichen Beruf herausgeschleudert sein und dann die Zahl der Arbeitslosen vermehren werden.

Als unbedeutender sozialer Aktiposten der Agrarumwälzung ist die Einlösung der langjährigen Kleinpächtergründe zu nennen. Ein eigenes Gesetz ermöglicht den Kleinpächtern, sofern sie nicht mehr als acht Hektar Eigenbesitz hatten und die betreffenden Grundstücke ununterbrochen seit 1901 von beschlagnahmten Großgrundbesitz, Staatsbesitz oder Kirchenbesitz gepachtet waren, diese Pachtergründe gegen mäßiges Entgelt in Eigentum zu übernehmen. Damit wurde in einzelnen Gebieten, so im Böhmerwalde, ein uraltes Hörigkeitsverhältnis beseitigt. 128 000 Kleinpächter erwarben auf diese Weise 101 000 Hektar Boden und damit ein Stück wirtschaftlicher Unabhängigkeit. Bei dieser Aktion wurde allen Interessenten ohne Unterschied der Nation Gerechtigkeit, weil ein gerichtlich verfolgbare Anspruch gegeben war, über den nicht das Bodenamt, sondern die Justizbehörden im normalen Instanzenweg entschieden.

Ausschaltung der deutschen Minderheiten.

Die Beschwerden der Sudetendeutschen und der übrigen Minderheitsvölker der Tschechoslowakei richteten sich in der Agrarreform gegen ihre Ausschaltung bei der gesetzgeberischen Vorbereitung und der Durchführung der Agrarreform, gegen die parteiische Bevorzugung tschechischer Anwärter bei allen Zuteilungen. In der Tat ist die Bodenverteilung im deutschen Siedlungsgebiet ohne die bescheidenste Mitbestimmung der anässigen Bevölkerung offensichtlich unter antideutschen Gesichtspunkten erfolgt. Laut Angabe des Bodenamtspräsidenten haben die Deutschen, die ein Viertel der Gesamtbevölkerung ausmachen, kaum ein Fünftel des bisher verteilten Bodens erhalten. Außenminister Dr. Benesch hat bei der Abwehr einer deutschen Beschwerdechrift vor dem Völkerbunde das Verhältnis aber noch als weit ungenügend eingestehen müssen. Hervorzuheben ist, daß der Eintritt deutscher Parteien in die Regierung auf die minderheitsfeindlichen Methoden des Bodenamtes bisher keinen Einfluß ausgeübt hat.

Ungelöst ist vorläufig die Frage der Wälderreform. Die beschlagnahmten Waldflächen betragen 2 453 000 Hektar, 52,7 Proz. des Forstbestandes der Tschechoslowakei. Darauf erhebt in erster Linie der Staat Anspruch. Dem gegenüber vertreten die deutschen Sozialdemokraten die Forderung nach Uebernahme der Waldwirtschaftskomplexe an Zweckverbände der Gemeinden, weil sie darin eine Möglichkeit zur wirtschaftlichen und kulturellen Emporhebung der überbevölkerten Grenzgebiete erblicken.

Sieg der agrarkapitalistischen Tendenzen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß bei der Agrarumwälzung in der Tschechoslowakei die agrarkapitalistischen Tendenzen gesiegt haben. Wohl sah das Zuteilungsgesetz individuelle und gemeinnützige Lösungen in ebenbürtiger Wertung vor. Im Zuge der Besitzauslösung des Großgrundbesitzes drangen die individualistischen, agrarkapitalistischen Lösungen aber immer mehr durch, die genossenschaftlichen und gemeinnützigen Ursprungsziele blieben mit kaum nennenswerten Ausnahmen unerfüllt. Das vorläufige Schlusergebnis ist eine folgenschwere politisch-soziale Umgestaltung der Landbevölkerung. Die Landarbeiter als das verlässlichste klassenpolitische Element im Dorfe wurden dezimiert, die Reste dieser Berufsgruppe dem durch keine feudalen Hemmungen geschwächten Ausbeutungsdrang einer neuen Grundherrenklasse ausgeliefert, die aus der Restgüterverteilung hervorging. Die neuen Grundherren entsprossen dem Schoße der tschechischen Agrarpartei, der alte Gegensatz zwischen dem bäuerlichen und dem feudalen Agrarierum ist damit verschwunden. Mit dem Großgrundbesitz wurden auch ein halbes Hundert Zuckerraffinerien, Hunderte von Brauereien, Mälzereien, Mühlen, Spiritusbrennereien usw. unter dem Schlagwort „Verbäuerlichung der landwirtschaftlichen Veredelungsindustrie“ dem tschechischen Agrarkapital und dem ihm verbündeten Finanzkapital in die Hände gespielt. Aus der Verschmelzung des alten Feudalbesitzes mit dem Besitz hunderttausender kapitalistisch orientierter Bauern ist eine gewaltige Kapitalmacht entstanden, die — eine einzigartige Erscheinung in Europa — auch das Industriekapital und Finanzkapital des Landes unter seine Botmäßigkeit zu bringen vermag. Politisch ist der Effekt des Besitzwechsels das Emporschnellen der tschechischen Agrarpartei im Jahrfrühling 1920 bis 1925 von 603 000 auf 970 000 Wählerstimmen. So ist auch die Entwicklung in der Tschechoslowakei ein Beweis dafür, daß agrarische Revolutionen, die nicht zuletzt von den Vorstößen des Industrieproletariats ausgelöst wurden, sich in ihrer Eigengesetzlichkeit schließlich gegen das Proletariat wenden können. W. J., Prag.

Die Rentabilität der Wasserstraßen.

Unterlassungen der Reichsbahn.

Die Ausführungen, die Generaldirektor Paul Silberberg am Freitag vor dem Enqueteausschuß zur Frage „Wirtschaft und Wasserstraßen“ gemacht hat, verdienen heute, im Augenblick verschärften Kampfes um die Kanäle, besondere Beachtung. Nach Auffassung Silberbergs könnte die Eisenbahn sämtliche von den Kanälen erwarteten Leistungen ohne weiteres ausführen, wenn sie die neuesten technischen Verbesserungsmöglichkeiten voll ausnützte: den Großgüterwagen, die Schwerlokomotive und die durchgehende Güterzugbremse. Das setzt freilich voraus, daß auch an dem Oberbau der Eisenbahn gewaltige Verstärkungsarbeiten gemacht werden. Demgegenüber würde der Kanalbau unrentabel erscheinen, namentlich, wenn man bedenkt, daß die landläufigen Berechnungen der Kanalbaukosten die besondere Belastung der Wirtschaft mit dem Bau bzw. der Abschreibung der erforderlichen Be- und Entladevorrichtungen außer acht lassen. Volkswirtschaftlich gesehen, würde der Kanalbau eine Belastung des anderen Verkehrsunternehmens, nämlich der Eisenbahn, bedeuten; denn die Kanäle würden in der wasserreichen Zeit den Eisenbahnen einen Teil des Verkehrs nehmen, um sie in der Zeit des Frostes und des niedrigen Wasserstandes mit Spitzenbedarf zu belasten. Die Eisenbahn muß also bei einem verringerten Verkehr mit nicht verringerten Anlagekosten rechnen. Da der Kanalverkehr in der Hauptsache nur auf lange Entfernungen in Betracht kommt, würde durch den Kanalbau der von der Wirtschaft augenblicklich geführte Kampf mit der Reichsbahn um die Ermäßigung der Rahtarife aussichtslos werden, denn die Reichsbahn würde sich nicht etwa durch gesteigerte Einnahmen beim Ferntarif entschädigen können.

Im einzelnen zeigte der Redner, namentlich an dem Beispiel des Nachen-Rhein-Kanals und des von dem Ruhr-Staalkohlenbergbau verlangten Hanja-Kanals die Ungünstigkeit der Argumentation der Kanalreunde. Etwas freundlicher stellte er sich dem Rhein-Donau-Kanal gegenüber, von dem er sich eine gewisse Entwicklung der bayerischen Elektrizitätswirtschaft verspricht, und dem

er namentlich auch politische Bedeutung beimißt. Wirtschaftlich gesehen dürfte man aber, vielleicht nur mit Ausnahme des Mittelkanals, der nun einmal begonnen ist, und den man im gegenwärtigen torfartigen Zustand nicht belasten kann, das Verlangen nach Kanälen ablehnen.

Herr Silberberg war in der glücklichen Lage, daß die Interessen der von ihm vertretenen Braunkohlenindustrie sich in diesem Fall mit dem gesunden volkswirtschaftlichen Urteil decken. Der Kampf um die Rahtarife sowie die besondere Betonung der süddeutschen Elektrizitätsmöglichkeiten eine besondere Angelegenheit der Braunkohlenindustrie sein, so ist doch die Folgerung, nämlich das Verlangen nach einer technischen Steigerung des Bahnbetriebes und nach einer Vereinheitlichung unserer Verkehrs-politik politisch richtig. Es erscheint wirklich unverständlich, daß die bereits vor Monaten verlangte Zusammenarbeit des Wasserstraßenbeirats-Ausschusses mit dem Reichsbahn-Ausschuß immer noch nicht zustande gekommen ist. Vielleicht gibt darüber das Verkehrsministerium bei nächster Gelegenheit Auskunft. Daß aber auch die technische Modernisierung der Reichsbahn in ihrem Tempo durchaus hinter der Theorie zurückbleibt, haben die Reichsbahn in der Polemik gegen die Kanalreunde anführt, haben wir wiederholt betont. Auch über dieses Kapitel: die unzulänglichen Neuinvestitionen der Eisenbahn, ist das Verkehrsministerium der Öffentlichkeit noch Auskunft schuldig.

Rückgang der Arbeitslosigkeit!

Für die zweite Januarhälfte wird in den Ziffern der Hauptunterstützungsempfänger ein leichter Rückgang gemeldet, und zwar von 1 838 000 auf 1 826 000, also eine Verringerung von rund 12 000 oder 0,7 Proz. Bemerkenswert ist, daß dabei die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger nicht gesunken, sondern von 1 555 000 um 3000 auf 1 558 000 gestiegen, während die Zahl der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger von 283 000 um 15 000 auf 268 000 zurückgegangen ist. Die kürzlich für Berlin gemachte Beobachtung steigender Arbeitslosigkeit männlicher Kräfte bei stärkerem Rückgang der weiblichen Erwerbslosigkeit wird damit für das gesamte Reich bestätigt. Es muß allerdings berücksichtigt werden, daß in den Ziffern der Hauptunterstützungsempfänger die Zahl der Ausgesteuerten fehlt. Gegenüber der entsprechenden Zeit des Vorjahres wird also auch jetzt noch wohl kaum eine Besserung festzustellen sein. Immerhin ist beachtlich, daß der leichte Rückgang mit der noch vorherrschenden Besserungstendenz der Wirtschaftslage übereinstimmt.

RGB.-Erfolge im Januar.

Mitgliederzuwachs, Umsatz- und Spareinlagensteigerung.

Der erste Monat im Jahre 1927 brachte der Konsumgenossenschaft Berlin einen Zugang von 1935 Mitgliedern. Der Mitgliederbestand ist damit auf 145 612 gestiegen. Der Gesamtumsatz im Januar belief sich auf 3 103 344,51 M.; gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres bedeutet das Januar-Ergebnis eine Steigerung von 574 672,73 M. gleich 22,7 Proz.

Besonders bemerkenswert ist die Entwicklung der Konsumgenossenschaftlichen Sparkasse; 251 761 M. Auszahlungen stehen 92 769 M. Einzahlungen gegenüber, so daß eine Vermehrung des Einlagebestandes um 741 008 M. eingetreten ist und nunmehr die Sparkasse über 13 454 622 M. Spargelder verfügt. Vom Januar 1927 ab sind die mit 20 Proz. aufgewerteten Beiträge der älteren Spareinlagen für die Rückzahlung freigegeben worden; die obigen Ziffern zeigen, daß von dem Recht zur Rückforderung fast kein Gebrauch gemacht wird. Die Auszahlungen sind wesentlich niedriger als im Vormonat, während die Einzahlungen alle bisherigen Monatsziffern weit zurücklassen. Die Spareinlagenvermehrung um rund ¼ Millionen Mark im Januar 1927 ist die höchste seit der Währungsstabilisierung.

Starke Devisenabflüsse der Reichsbank. Der Ausweis der Reichsbank vom Ende der ersten Februarwoche zeigt einen Rückgang in der Anlage der Reichsbankmittel um 70,5 auf 1515,1 Millionen. Die Kapitalanlage der Reichsbank ist damit wieder auf den Stand vor der ersten Dezemberwoche 1926 zurückgegangen. (1502,1 Millionen). Der starke Ausfluß, der für das Jahresende zu verzeichnen war, ging also trotz der Distanzierung verloren. Die Wechselbestände sind um 36,7 auf 1378,3 Millionen gesunken, womit der Stand der ersten Novemberwoche 1926 nur um 30 Millionen überschritten und gegenüber der ersten Januarwoche 1927 eine Senkung von über 315 Millionen zu verzeichnen ist. Die Lombarddarlehen sind um 33,8 auf 47,8 Millionen zurückgegangen. Beachtlich ist, daß die auf Girokonto angelegten Gelder auch bis zum 7. Februar weiter zurückgingen, und zwar um 31,2 auf 543,4 Millionen. Der Umlauf an Reichsbanknoten senkte sich um 135,9 auf 3275,7 Millionen, derjenige an Rentenschein um 37,2 auf 1070,9 Millionen. Die Goldbestände blieben mit 1834,6 Millionen fast unverändert. Dagegen ist sehr auffällig die starke Abnahme der Bestände an deckungsfähigen Devisen. Nachdem diese in der letzten Januarwoche schon um 80,4 Millionen gesunken waren, ist in der Woche zum 7. Februar eine weitere Senkung um 127,7 auf 293,4 Millionen erfolgt. Dieser starke Rückgang hat bei der Deckung der Noten zunächst die Folge gehabt, daß die Golddeckung infolge der sonstigen Entlastung der Reichsbank zwar von 53,3 auf 56 Proz. gestiegen ist, diejenige durch Gold und deckungsfähige Devisen zusammen dagegen in der gleichen Woche von 69,2 auf 65 Proz. sank; eine entgegen-gesetzte Tendenz in der Deckungsbewegung also, die noch fest zu verzeichnen war. Ueber die Gründe dieser großen Devisenabgaben sagt die Reichsbank selber nichts, obwohl es notwendig gewesen wäre. Man wird aber annehmen dürfen, daß die geringe Neuaufnahme von Auslandsanleihen im Zusammenhang mit der Bewegung des Außenhandels, der niedrige Zinsfuß und seltene Zahlungen an das Ausland den Devisenzufluß mit der Devisen-nachfrage in ein Mißverhältnis gebracht haben wird.

Die Maschinenindustrie im Januar. Wie vom Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten gemeldet wird, hat der Monat Januar wie in der Gesamtwirtschaft, so auch in der Maschinenindustrie keine wesentliche Veränderung der Lage gebracht. Der Auftragszuwachs erfuhr im ganzen kaum eine Veränderung. Besonders im Auslandsgeschäft scheinen im allgemeinen keine weiteren Fortschritte erzielt worden zu sein, wo die Abflüsse leicht an den von der Auslandskundschaft geforderten Zahlungsmittelsteigerungen und weitgehenden Krediten scheitern. Der Beschäftigungsgrad der deutschen Maschinenindustrie war im Berichtsmontat etwa der gleiche wie am Ende des vergangenen Jahres. Wo in den letzten Monaten übernommene Aufträge in Arbeit genommen werden konnten, wurden auch mancherorts die Bestellungen in neuen Grenzen durch Neu- oder Wiedereinstellungen verstärkt. Ein gewisser Rückgang der Kurzarbeit ist zu verzeichnen, von der aber immer noch etwa 15 Proz. der Gesamtarbeiterbelegschaften der Maschinenindustrie betroffen werden. Die Aussichten für die nächsten Monate werden im allgemeinen nicht ungünstig, wenn auch nicht optimistisch beurteilt. Zum Schluß betont der Bericht, daß Erhöhung der Rohstoffpreise, Lohn- und Gehaltssteigerungen und andere Einflüsse die leichte Beschäftigung wieder zum Stillstand bringen könnten. So wenig wir die besondere Lage der Maschinenindustrie verkennen, so haben wir aber doch den Eindruck, daß der Bericht die Lage schwächer erscheinen läßt, als sie nach den nicht unerheblichen Auftragszuwängen der letzten Monate sein kann.

Marx als Kappistenverteidiger.

Die Interpellation im Reichstag. — Das Zentrum steht zum Kapp-Minister. Mißtrauensvotum abgelehnt.

Die gestrige Reichstagsstimmung, über deren Beginn wir in einem Teil unserer Abendausgabe bereits berichteten, brachte die Beratung der kommunistischen Interpellation sowie des sozialdemokratischen und des demokratischen Mißtrauensantrages gegen den deutschnationalen Innenminister v. Reudell. Wir tragen für die Abendausgabe den ergänzten Bericht nach.

Zunächst ergriff das Wort Abg. Torgler (Komm.) zur Begründung der kommunistischen Anträge. Der Reichskanzler habe sich mit Herrn v. Reudell solidarisch erklärt. Das Zentrum wolle den Innenminister nicht fallen lassen, gleichgültig, wie das Ergebnis der Untersuchung sei. (Unruhe im Zentrum.) Der Reichskanzler wollte ursprünglich eine Erklärung vor der Tagesordnung abgeben, um eine Aussprache zu verhindern. Das sei eine unerhörte Bergewallung. (Der Präsident rügt diese Ausdrucksweise und stellt fest, daß über den Umfang der Aussprache nicht der Reichskanzler entscheide, sondern der Reichstag.) Minister v. Reudell sei ein eifriger Förderer und Mitarbeiter der faschistischen, seit 1923 verbotenen Organisation „Olympia“. Ein sogenanntes Sommerlager dieser Organisation habe v. Reudell auf seinem Gut Hohenlühbichow beherbergt und beaufsichtigt. Die Mitglieder der „Olympia“ wurden dort militärisch von einem Reichsmehrleutnant Szalla ausgebildet. Herr v. Reudell habe wiederholt an die jungen Leute Anreden gehalten, in denen er die

Wiederaufrichtung der alten Hohenzollern-Monarchie als erstrebenswertes Ziel

bezeichnete. In seiner letzten Reichstagsrede habe Minister von Reudell die Unwahrheit gesagt. Die „Jungdeutschlandabteilung“, die er nach dieser Erklärung im Jahre 1926 beherbergt haben wollte, sei tatsächlich eine Abteilung der inzwischen verbotenen „Olympia“ gewesen, die sich hinter dem Deckmantel „Jungdeutschlandbund“ verberge. Ausgerichtet dieser Putzschlittenfreunde v. Reudell solle nun die Aufgabe haben, die republikfeindlichen Organisationen zu verfolgen. Die erbärmlichen Ausreden des Ministers hätten gezeigt, daß Herr v. Reudell nicht einmal den beicheidenen Mannesmut aufbringen könne. (Präsident läßt den Redner zur Ordnung.) Um mit v. Reudell das Konfordat abzuschließen, gebe das Zentrum auch die Interessen der christlichen Arbeiter preis. (Widerpruch im Zentrum.)

Marx verteidigt Reudell.

Reichskanzler Dr. Marx beantwortet die Interpellation folgendermaßen:

Ich glaube, daß ich dem Wunsche weiter Kreise dieses hohen Hauses entspreche, wenn ich mich nicht auf die Beantwortung der kommunistischen Interpellation beschränke, sondern den gesamten Fall v. Reudell vor Ihnen hier erörtere. Die Untersuchung, die streng objektiv, sachlich und leidenschaftslos von mir vorgenommen worden ist, und die alles Material umfaßt, das mir aus den Akten und aus den Mitteilungen in der Öffentlichkeit in diesen Tagen zugegangen war, hat mich in die Lage versetzt, mir ein zuverlässiges und abschließendes Urteil zu bilden. Zunächst ist gegen den Herrn Reichsinnenminister ein Vorwurf erhoben worden wegen seines Verhaltens als damaliger Landrat des Kreises Königsberg in der Neumark zurzeit des Kapp-Putsch. Ich mache darauf aufmerksam, daß es sich um Königsberg in der Neumark handelt, einem Ort, der nicht weit von der Grenze des Korridors entfernt liegt. Herr Dr. v. Reudell hat bereits in diesem Hause angegeben, daß er 1920 die Bekanntmachungen des Militärbefehlshabers veröffentlicht hat, insbesondere als Sonderblatt des „Amilichen Nachrichtenblattes“, und daß er sie auch als Plakate verbreiten ließ.

Diese Veröffentlichung geschah auf ausdrückliche Anweisung des ständigen Stellvertreters des von seinem Amtschiff Franziscan an der Ober gerade abwesenden Regierungspräsidenten Bartels Regierungsrats Benner.

Ich bitte Sie, sich in die Lage des Landrats in dem kleinen, abgelegenen Sandstädtchen versetzen zu wollen! (Lachen bei den Kommunisten.) Irigendwelche Nachrichten waren ihm nicht zugegangen. Die Folgen des vollzogenen Staatsstreiches äußerten sich infolgedessen in der Unterbindung aller Nachrichtenwege. Die Rundgebungen der alten rechtmäßigen Regierung konnten also

in den ersten Tagen nicht nach Königsberg gelangen. (Zuruf bei den Kommunisten: Aber die des Militärbefehlshabers!) Um nichts zu veräümen, hat Herr v. Reudell sowohl den stellvertretenden Landrat Grafen v. Finkenstein nach Frankfurt an der Oder geschickt, um dort die Regierung zu informieren, wie auch um sich selbst Anweisungen zu holen. Graf Finkenstein hat mitgeteilt, der stellvertretende Regierungspräsident habe ihm über die Lage nichts Neues mitteilen können, er habe dem Landrat den Auftrag gegeben, den Befehl des Militärbefehlshabers zu befolgen.

Sobald die erste Nachricht von der Rückkehr der verfassungsmäßigen Regierung durch die Militärbehörde eintraf, am 18. März 1920, hat Herr v. Reudell diese Nachricht umgehend an die nachgeordneten Stellen weitergegeben und anders lautende Anordnungen sofort widerrufen und darüber hinaus noch die Einziehung der Plakate angeordnet. (Lachen links.) Er hat auch die Anordnung des Oberpräsidenten von Brandenburg vom 20. März 1920 umgehend durch weitestgehende Verbreitung bekanntgegeben. (Zuruf bei den Kommunisten: Weil er die Hosen voll hatte!) Nach der ganz überwiegenden Auffassung der Rechtsprechung — ausdrückliche Bestimmungen darüber fehlen in der preußischen Gesetzgebung — hat der Beamte in erster Linie den Anordnungen der vorgelegten Dienstbehörde zu gehorchen, insbesondere dann, wenn eine ausdrückliche Weisung der vorgelegten Dienstbehörde vorliegt. Das war hier der Fall. (Widerpruch und Zuruf links.) Ich weise ferner darauf hin, daß damals vor dem Kapp-Putsch der militärische Ausnahmezustand bestand, und nach den damaligen Bestimmungen war die

Regierungsgewalt auf die militärischen Befehlshaber übergegangen.

und danach war Herr v. Reudell verpflichtet, jedenfalls berechtigt, den Anordnungen des Militärbefehlshabers Folge zu geben. Eine der ersten Pflichten des Landrats besteht darin, für Ruhe und Ordnung in seinem Kreise zu sorgen.

Es war deshalb eine gegebene und zweckmäßige Maßnahme des Landrats, an der Föderaler Brigade seine wenigen Gendarmen zu stationieren. (Lachen links.)

Die Bedeutung dieser Maßnahme ist klar, wenn man einen Blick auf die Landkarte wirft. Daraus ergibt sich ohne weiteres, daß es der Zweck war, Uebergriffe von Unruhen aus dem Eberswalder Kreise her zu verhindern.

Es ist ferner behauptet worden, der damalige Landrat v. Reudell habe einen in Küstrin aufgestellt gewesenen Panzerzug in Bärwalde aufsitzen lassen, und der Zug sei dort auf ein Nebengleis abgehoben worden. In der Tat ist die Entsendung eines Panzerzuges nach Bärwalde ausdrücklich auf Anweisung des Kommandanten der Festung Küstrin erfolgt. Der Landrat v. Reudell erhielt von diesen Vorgängen erst nachträglich Kenntnis. Was die Behauptung anlangt, der Landrat v. Reudell habe einen unzulässigen Druck auf den Vertrauensmann des Landarbeiterverbandes ausgeübt, so ist es richtig, daß Herr v. Reudell mit diesem Vertrauensmann damals zusammengetroffen ist.

Herr v. Reudell hält es auch für möglich, daß er, gemäß der ihm von der Militärbehörde erteilten Weisung, einen Generalkrieg zu verhindern, den Vertrauensmann vor einer Propaganda-fähigkeit zugunsten eines Generalkriegs gewarnt hat. (Lebhafte Zurufe und Unruhe links.) Im März 1920 ist Herr v. Reudell in den einseitigen Ruhestand versetzt worden.

Er hat bald danach in einer Besprechung mit dem Regierungspräsidenten um beschleunigte Untersuchung seiner Haltung während der Kapp-Tage gebeten. Er hat nichts unversucht gelassen, diese seine Haltung während des Kapp-Putsch klarzulegen. (Hört, hört! rechts.) Am 18. Mai 1920 hat Herr v. Reudell an den Deputierten für Kapp-Putsch-Untersuchungsausschüsse schriftlich den Antrag gestellt, vor dem Untersuchungsausschuss gehört zu werden. Eine Untersuchung oder ein Disziplinarverfahren ist jedoch niemals eingeleitet worden; Herr v. Reudell ist in dieser Beziehung heute noch ohne jede Nachricht. (Hört, hört! rechts.) Unter dem 22. Juni 1921 ist Herr v. Reudell von dem preußischen Minister des Innern, in Vertretung Freund, und dem preußischen Finanzminister der Regierung Steintin überwiesen und mit dem Posten eines Sachverständigen bei einem wirtschaftlichen Ausschuss beauftragt worden. Herr v. Reudell hat diesen Posten

hellsalber nicht antreten können. Im März 1922 sollte Herr v. Reudell zum Regierungsrat bei der Regierung in Arnberg ernannt werden. Aus den Personalakten geht hervor, daß der Entwurf des Erlasses sowohl dem preußischen Minister des Innern, t. B. Freund, als auch von dem preußischen Finanzminister gezeichnet worden ist. (Hört, hört! rechts.) Der Erlass konnte nicht zur Ausführung kommen, weil Herr v. Reudell inzwischen den Abschied aus dem Staatsdienst genommen hatte. Ich glaube, den Schluß ziehen zu dürfen, daß auch die preußische Staatsregierung damals schon sein Verhalten nicht so beurteilt hat, daß sie eine neuerliche Berufung in den Staatsdienst für ausgeschlossen hielt. (Sehr richtig! rechts.) Ich komme nun zum

Küsterer Putz.

Nach der Untersuchung steht fest, daß der jetzige Reichsinnenminister sich keinesfalls unmittelbar an dem Putz beteiligt hat. (Lärm bei den Kommunisten. Rufe: Mittelbar!) Er hat den Oberst Gudojus nach dem Putz nur bejuchet, um ihm zu danken, daß der Oberst durch seine Haltung gegenüber Putzverfäher seinen Kreis Königsberg vor schweren Schäden bewahrt hat. (Lärm bei den Kommunisten.) Herr v. Reudell ist auch bei anderen Gelegenheiten nicht für den Küsterer Putz eingetreten. Gegen Herrn v. Reudell sind weiter Vorwürfe erhoben worden, die auch in der Interpellation zum Ausdruck kommen, daß er Angehörige von Verbänden als Gäste bei sich gehabt hat. Herr v. Reudell ist jahrelang von den verschiedensten Organisationen gebeten worden, er möge Mitglieder von ihnen für einige Zeit auf seinen Gütern unterbringen. Herr v. Reudell hat jahrelang in weitestem Maße solche Gastfreundschaft geübt.

(Lachen und Zwischenrufe bei den Kommunisten. — Durch das fortgesetzte Lärmen der Kommunisten geht manches von der Rede des Reichskanzlers verloren.) Herr v. Reudell hat auch Kinder der Ruhrindustrie bei sich gehabt, ebenso jüdische Frontsoldaten. (Hört! und Weiterleit rechts.) Im übrigen waren die Gäste stets auf dem Borkwerk, das vier Kilometer vom Gutshaus entfernt liegt. Herrn v. Reudell war es persönlich fast nie möglich, sich um diese Gäste zu kümmern. (Lärm bei den Kommunisten.) Den Oberst v. Lud hat Herr v. Reudell erst durch die Presse her gekannt. Es ist auf Grund der Aufzeichnungen festgestellt, daß Herr v. Lud einmal in Abwesenheit des Herrn v. Reudell im Jahre 1925 einen Tag lang auf dem Gut gewesen ist. (Zwischenruf bei den Kommunisten.) Was Sie (zu den Kommunisten) tatsächlich feststellen, beruht auf den Aussagen anderer Personen. Daß der Verband „Olympia“ erst am 25. Mai 1925 verboten worden ist, dürfte bekannt sein. Im Jahre 1920 war auf dem Gut der Jungdeutschlandbund untergebracht, der als unpolitisch bekannt ist und in keiner Weise mit der ehemaligen „Olympia“ oder anderen verbotenen Verbänden etwas zu tun hat. (Lachen bei den Kommunisten.) Eine militärische Ausbildung fand nicht statt, also auch keine militärische Schulausbildung. Schießsport wurde nur wenig getrieben.

Auch von dem im Jahre 1924 als Sportlehrer in Hohenlühbichow untergebrachten Leutnant Schaller weiß Herr v. Reudell aus den angegebenen Gründen aus persönlicher Kenntnis nichts. Von anderer Seite ist mir die Mitteilung geworden, daß Leutnant Schaller während seines Urlaubs damals junge Leute sportlich und turnerisch ausgebildet hat. Auch

nach der Stellungnahme des Reichswehrministeriums ist das durchaus erlaubt.

Das Reichswehrministerium bekennt durchaus das Recht der jungen aktiven Offiziere, in ihrer dienstfreien Zeit sich nach Kräften der Stärkung der Jugend zu widmen. (Erneuter Lärm bei den Kommunisten, in welchem die nächsten Worte des Reichskanzlers zum Teil wieder untergehen.) Es ist weiter darauf hingewiesen worden, daß im Jahre 1926 der Lehrer Frigmann das Sommerlager in Hohenlühbichow geleitet habe. Er sowohl wie ein Leutnant z. D., der gleichfalls in diesem Zusammenhang genannt wurde, standen im vorigen Jahre längere Zeit in der sportlichen Jugendarbeit. Ein Hauptmann Waderzahl von der „Olympia“ ist Herr v. Reudell nur flüchtig bekannt. Die Verhandlungen über die Unterbringung der jungen Leute haben stets die Gutsbeamten geführt. Da Herr v. Reudell sich um die Sommerlager auf seinem Gut nicht gekümmert hat, so ist auch die Behauptung abwegig, er habe eine Nachtübung geleitet. Daß er sich einmal von den jungen Leuten mit einigen Worten verabschiedet hat, hält

Wir garantieren:

Unsere neue Mischung enthält nur

Tabake der neuesten Ernte, frisch manipuliert

Diese Ernte vereinigt wie keine frihere leichte, bekömmliche Qualität mit blumigem Aroma und glattem Brand

- GOLD-SABA.....4 8
- KÖNIGIN V. SABA.....4 8
- BACCARAT.....5 8

GARBÁTY

Herr v. Reubell selbst für möglich. (Lärm b. d. Komm.) Daß er aber eine Kaiser-Geburtsstags-Rede gehalten habe, befreit er auf das Entschiedenste. Herr v. Reubell gibt zu, daß er

den Verkehr mit Herrn v. Tressow abgebrochen

hat, keinesfalls jedoch deshalb, weil dieser sich als Komtur des Jungdeutschen Ordens abenteuerlichen Diktaturbestrebungen entgegenstellte. Das ist in der Presse behauptet worden. An der Beschlußfassung über die Verlegung des Herrn v. Tressow hat Herr v. Reubell nicht teilgenommen, vielmehr kurz vorher an einem Vermittlungsversuch mitgewirkt. Der Verkehr mit Herrn v. Tressow ist deshalb abgebrochen worden, weil dieser einen groben Vertrauensbruch begangen hatte, weil er vertraulich zu behandelnde Dinge preisgegeben hatte. (Abrufe b. d. Komm.) Bei diesen Dingen handelte es sich, das kann ich mit aller Bestimmtheit hier erklären, weder um Diktaturbestrebungen, noch um ihre Bekämpfung, noch um irgendwelche Aufschübe.

Soweit die Feststellungen! Auf dieser Grundlage kann ich nach genauerer und gewissenhafter Prüfung sagen, daß die Vorwürfe gegen Herrn Dr. v. Reubell wegen rechtswidrigen Verhaltens in der Vergangenheit nicht berechtigt sind. (Lärm b. d. Komm.) Ich bin überzeugt, daß auch die überaus große Mehrheit dieses Hauses diese meine Auffassung teilen wird. Ich möchte noch ein persönliches Wort hinzufügen. Ich glaube, Herrn Reichsminister Dr. v. Reubell als einen Mann kennengelernt zu haben, der sein Wort hält. (Lärm b. d. Komm.) Er hat auch seine Zustimmung zu der Regierungserklärung gegeben. Ich würde es für falsch ansehn, wenn an der Ehrlichkeit seines Willens gezweifelt würde. Persönlich kann ich auf Grund meiner ganzen Vergangenheit die Gewähr bieten, daß die Gesamtheit der neuen Reichsregierung sich auf dem Boden der Verfassung und unserer Staatsform bewegen wird. Gerade nach einer Belprechung, die ich in den letzten Tagen mit Herrn Dr. v. Reubell gehabt habe, habe ich die Ueberzeugung gewonnen, daß ich in meiner Tätigkeit in der Person des Ministers v. Reubell einen treuen Helfer gefunden habe. (Lebhafte Beifall rechts und im Zentrum.)

Reichsminister des Innern Dr. v. Reubell:

Es widerstrebt mir innerlich, für meine Person in irgendeiner Weise zu werden. Nach den Worten des Herrn Reichsanzlers stehe ich nicht an, zu erwidern: Es ist bei meiner Lebensauffassung allerdings für mich eine Selbstverständlichkeit, daß ich zu meinem Eide stehe und die mir auferlegte besondere Pflicht, für den Schutz der Verfassung zu sorgen, erfüllen werde. (Lärmende Abrufe b. d. Komm.) — Ruft rechts: Ruhe. — Präsident Höbe: Herr Abg. Torgler, Sie haben in einer Interpellation Anfragen an die Regierung gestellt; es ist wohl selbstverständlich, daß die Antwort hierauf ruhig angehört wird.) Der Herr Reichsanzler hat vertrauensvoll an meine Mitarbeit appelliert. Was in meinen Kräften steht, werde ich tun, um ein wahrhaft vertrauensvolles Zusammenarbeiten zu gewährleisten. (Lebhafte Beifall rechts.)

Das Zentrum gibt nach.

Abg. v. Guérard (S.) gibt eine kurze Erklärung ab, wonach die Zentrumsfraktion nach dem Ergebnis der Untersuchung und den heutigen Mitteilungen der Regierung den bei der Abstimmung über das Vertrauensvotum für die Regierung gemachten Vorbehalt zurückzunehmen und daß sich daher das Vertrauensvotum des Zentrums auf die ganze Regierung erstrecke.

Abg. Landsberg (Soz.):

Ich will mich heute ausschließlich auf jene Vorgänge beschränken, die mit dem Kapp-Putsch zusammenhängen. Ich will nicht zu allen Fragen Stellung nehmen, obgleich uns die Ausführungen des Reichsanzlers nicht sehr beruhigt haben. Die Erklärung des Reichsanzlers, daß auf dem Gute des Herrn v. Reubell nur wenig Schießübungen vorgenommen worden seien, erinnert mich an die Geschichte von jenem jungen Mädchen, die zu einem Kinde gekommen war, es sei aber nur ein ganz kleines gewesen. (Stürmische Heiterkeit.) Die Verteidigung des Herrn v. Reubell, daß er mit der Olympia nur vor ihrem Verbot in Verbindung gestanden habe, war nicht sehr klug, denn gerade die Handlungen der Olympia haben doch das Verbot zur Folge gehabt.

Ich will mich auch nicht mit dem Verhalten des Herrn v. Reubell zum Generalstreik befassen, der übrigens nicht von der Reichsregierung, sondern von den sozialdemokratischen Ministern der damaligen Regierung und der Sozialdemokratischen Partei veranlaßt worden ist. Ich stelle fest, daß der Vertrauensmann des Landarbeitervereins Sasse entgegen den Behauptungen des Herrn v. Reubell durchaus glaubwürdig ist, ich habe aller-

dings mein Material nicht von ihm erhalten, auch nicht von der preussischen Regierung, wie behauptet worden ist. Nach dem Kapp-Putsch hat der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei feststellen lassen, welche Beamte sich nicht als zuverlässig gezeigt haben. Dieses Material ist gesammelt worden, und ich habe es erhalten. Auch mit der Achtung eines Standesgenossen des Herrn v. Reubell will ich mich nicht beschäftigen, obgleich Reubell wissen mußte, wie sie wirken würde. Um so deutlicher muß ich aber noch einmal Stellung nehmen zu den

Veröffentlichungen des Herrn v. Reubell während des Kapp-Putsches.

Die Verteidigung dieses Verhaltens des Herrn v. Reubell durch den Reichsanzler hat mich aufs tiefste geschoert. Ich weiß, daß Sie (zum Reichsanzler) ein verfassungstreuer Mann sind, und welche Vorstellung Sie vom Eide haben, daß Sie sich lieber töten würden, als einem Eide untreu zu werden, den Sie geleistet haben. Wie konnten Sie Ausführungen machen, die als Rechtfertigung jener Beamten erscheinen könnten, die sich beim Kapp-Putsch als untreu gezeigt haben. (Sehr wahr links.)

Es muß für den neuen Staat selbstverständlich sein, wenn er leben will, daß er von seinen Beamten die Treue zur Verfassung verlangt.

Wie sich ein verfassungstreuer Beamter während des Kapp-Putsches zu benehmen hatte, das haben die Staatssekretäre des Reichs und Preußens gezeigt, die damals erklärten, nur die Befehle der rechtmäßigen Regierung entgegenzunehmen und treu zu dieser Regierung stehen zu wollen. Darunter befanden sich auch deutschnationale Beamte. Der Reichsanzler hat heute gesagt, Herr v. Reubell habe sich nicht strafbar gemacht, weil er auf Grund des damals angeordneten Belagerungszustandes den Befehlen des militärischen Kommandanten gefolgt sei. Diese Rechtsauffassung kann nicht in Ihrem Kopfe erwachsen sein.

Wenn kommandierende Generale die Reichsverfassung umschreiben und den Reichstag nach Hause schicken, dann kann keine Rede mehr davon sein, daß die militärischen Befehlshaber die Befehlsgewalt über die zivile Regierung haben.

(Zuruf rechts: 9. November.) Wenden Sie sich (nach rechts) an Ihren Fraktionsfreund Lambach, der in seinem Buche gesagt hat, der 9. November sei eine Notwendigkeit der Geschichte gewesen. Sie können doch nicht bestreiten, daß kein Rebell die Befugnisse in Anspruch nehmen darf, die allein der rechtmäßigen Regierung zugehen. Der Redner verliest die Bestimmungen der Reichsverfassung aus den Kapitagen, worin es heißt, wer die neue Regierung unterstütze, breche seinen Eid. Herr v. Reubell hat hier am 4. Februar erklärt: Die Plakate, die er während des Kapp-Putsches angeschlagen hatte, seien nicht von erschütternder Bedeutung gewesen, sie hätten nur einen Appell zur Ruhe und Ordnung enthalten.

In Wirklichkeit war darin mit dünnen Worten erklärt worden, die Verfassung bestehe nicht mehr, die Zwangsgewalt sei durch den Säbel abgetötet worden.

Es ist darin zum Ausdruck gekommen die Auffassung, die sich Kapp und Lüttich zueigen gemacht haben, daß ihre Regierung an Stelle der Regierung getreten sei, der Herr v. Reubell den Eid geleistet hatte. Zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung hätte bedurft, daß jeder Beamte, der den Eid der Regierung geleistet hatte, den Kapp-Putsch niederschlug. (Sehr wahr links.) Daß auch Sie (zum Zentrum) diese Auffassung teilten, geht daraus hervor, daß Sie am 4. Februar unter dem frischen Eindruck der Verlesung der damaligen Bestimmungen des Herrn v. Reubell die Unterbrechung der Sitzung auf eine Stunde verlangten. Man sagt, Sie hätten Herrn v. Reubell erklären lassen, Sie könnten ihn nicht ertragen, er solle zurücktreten. Ihr jegliches verlegenes Schweigen scheint eine Bestätigung dieser Behauptung zu sein. Dann hat Herr v. Guérard das resolutiv bedingte Vertrauensvotum begründet. Jetzt aber wollen Sie Herrn v. Reubell ihr Vertrauen aussprechen.

Nach dem Zentrum hat im Jahre 1920 die Gefahr des Kapp-Putsches genau gefaßt.

Ich erinnere mich an die langen Auftritte, die damals erlassen worden sind, wir wissen alle, daß die Gefahr der Walmlinie herausbeschworen worden ist. Jetzt kommt die Entschuldigung, daß Herr v. Reubell sich für verpflichtet gefühlt habe, auf Grund des Belagerungszustandes einem Offizier, der selbst das Gesetz mit Füßen trat, zu gehorchen. Ich bezweifle nicht, daß der Regierungsrat Keller in Jhrankfurt a. D. Oder, der kurz vorher den Regierungspräsidenten Bartels für abgesetzt erklärt hat, die rechtswidrigen Bestimmungen erlassen hatte. Ich bin sicher, daß der Beamte selbst wissen muß, was er in solcher Lage zu tun hat.

Dadurch, daß Herr v. Reubell die Bestimmungen der Führer des Kapp-Putsches weitergegeben hat, hat er sich zur Befriedigung von Stellen in der Regierung unmöglich gemacht.

Ich würde nichts dagegen haben, wenn er zum Vorsitzenden einer Abschlagskommission oder in ein ähnliches Amt berufen würde. Aber, nachdem er einmal die rechtmäßige Verfassung verletzt hat, trotzdem er einen Eid auf sie geleistet hat, kann er keinen Anspruch darauf erheben, die Verfassung zu hüten. Nur ein solcher Mann kann das tun, dessen Herz für die Verfassung schlägt und trotz seiner jeglichen Entschuldigung zweifelt nicht daran, daß er nunmehr die Verfassung in sein Herz geschloßen hat.

Die Herren vom alten Staat sind nicht so tolerant gewesen, wie es jetzt das Zentrum ist.

Als der Leutnant Tschow im Jahre 1848, um unnützes Blutvergießen zu vermeiden, dem Kommandeur des Zeughauses nahegelegt hatte, die Räumung vorzunehmen, wurde er zu einer schweren Strafe verurteilt. Es gelang ihm, nach Amerika zu entfliehen. Vierzig Jahre später, 1888, kam er als 73jähriger Mann nach Europa zurück, und er bat, damit sein Wunsch, auf deutsche Erde begraben zu werden, erfüllt werden könne, ihm den Aufenthalt in Deutschland zu gewähren. Die Antwort darauf war die Erneuerung des Steckbriefes. (Hört, hört links.) Eine solche Rücksichtslosigkeit nutzen wir Ihnen (zum Zentrum) nicht zu. Aber zwischen einer solchen Roheit und der Verleumdung des Postens des Reichsverfassungsministers befinden sich noch Zwischenstufen, auf deren einer Sie ruhig hätten halt machen können. Welche Folgen sich aus diesem Ihrem Verhalten ergeben haben, das will ich nicht prophezeien.

Den anderen Ländern, mit denen Sie (nach rechts) zu einer Verständigung zu kommen suchen, rufen wir zu: Das deutsche Volk wird nicht dulden, daß die deutsche Verständigungspolitik unterbrochen wird.

Aber wir rufen Ihnen auch zu: Gebt das besetzte Gebiet endlich frei, damit dem Nationalismus in Deutschland nicht immer wieder neue Nahrung zugeführt wird. Die Ostkapitalien sind ein Fremdkörper an der deutschen Republik. Die Befreiung des deutschen Volkes davon liegt auch im Interesse der anderen Völker. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Außer dem kommunistischen ist inzwischen noch ein sozialdemokratisches und ein demokratisches Mißtrauensvotum gegen Minister v. Reubell eingegangen.

Abg. Richthofen (Dem.) schließt sich dem Abg. Dr. Landsberg an in der Beurteilung des Verhaltens des Ministers v. Reubell beim Kapp-Putsch. Ein Beamter, der in dieser Weise seine Beamtenpflicht verletzt hat, könne unmöglich den Ministerposten bekleiden, dem der Schutz der Verfassung und die Sorge für die Verfassungstreue der Beamten anvertraut ist. In der Frage des Postens gegen Herrn v. Tressow sei die Darstellung des Reichsanzlers nicht richtig. (Hört, hört links.) Tatsächlich habe v. Tressow Bedenken geäußert gegen einen Putschplan, den ein Major Bader ihm vorgelegt hatte. v. Tressow holte sich darüber Rat beim Jungdeutschen Orden, dem er angehörte. Der Ordensmeister Wahren hat die Sache dann in seiner Denkschrift dem Wehrministerium mitgeteilt und wahrscheinlich aus dem Wehrministerium haben die neumärkischen Rittergutsbesitzer Kenntnis von

dem Vorhaben des Herrn v. Tressow erhalten. (Hört, hört links.) Herr v. Osten und Herr v. Reubell haben dann Herrn v. Tressow geladen und aufgefordert, die Erklärung zu unterschreiben, daß er sich vom Jungdeutschen Orden trennen wolle. Als Herr v. Tressow das verweigerte, wurde beschlossen, ihn gesellschaftlich zu sühnen. (Lebh, hört, hört links.) Diese verächtlichste Erscheinungsweise des politischen Kampfes hat der Mann mitgemacht, der nun Reichsminister sein soll. Wir können zu einem solchen Minister kein Vertrauen haben. (Beifall links.)

Nach einem Schlusswort des Abg. Creutzburg (Komm.) wird der motivierte Mißtrauensantrag der demokratischen Fraktion in namentlicher Abstimmung mit 217 gegen 161 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

Die nicht motivierten Mißtrauensanträge der Sozialdemokraten und Kommunisten werden darauf in namentlicher Abstimmung mit 218 gegen 163 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

Die Ergänzung der Verordnung über die Fürsorge für erwerbslose Seeleute wird dann in zweiter und dritter Beratung ohne Debatte angenommen.

Wohnungszählung und Wohnrecht.

Es folgt die zweite Beratung des Beschlusses über die Wohnungszählung im Jahre 1927 und die Feststellung der Zahl der Wohnungsuchenden. Der Wohnungsausschuß beantragt der Vorlage zuzustimmen, ferner folgende Entschlüsse anzunehmen:

„Der Reichstag wolle beschließen: I. dem Beschlusse in der aus anliegender Zusammenstellung ersichtlichen Fassung die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen; II. folgende Entschlüsse anzunehmen: a) Die Reichsregierung zu ersuchen, dahin zu wirken, daß in den Erhebungspapieren unter anderen folgende Fragen Berücksichtigung finden: 1. Benutzen die Untermieter die Küche des Hauptmieters mit? 2. Seit wann hat der Hauptmieter die Wohnung inne? 3. Welche Staatsangehörigkeit besitzt der Hauptmieter (Reichsdeutscher, Russe, Pole, Tscheche usw.)? b) die Reichsregierung zu ersuchen, im Einvernehmen mit den Ländern die Zahl der in Werkwohnungen befindlichen betriebsfremden Personen festzustellen.“

Abg. Ullrich (Soz.) begründet mehrere Änderungsanträge seiner Fraktion. Die Wohnungszählung sei die erste in Deutschland, sie müsse deshalb so umfassend wie möglich vorgenommen werden. Vor allem müsse dabei auch auf die gesundheitlichen Verhältnisse der Wohnungen Rücksicht genommen werden. Die durch den Beschlusse vorgesehene Wohnungszählung umfasse nur 3478 Gemeinden mit 44,5 Prozent der Gesamtbevölkerung, während nahezu 60 000 Gemeinden aus der Zählung herausblieben. Es komme jetzt darauf an, die Bestimmungen der Verfassung zu verwirklichen, wonach jedem Deutschen eine gesunde Wohnung und allen Familien, besonders den Kinderreichen, eine gesunde Wohnung und eine Heimstätte zu sichern ist. Das wird aber nicht erreicht, wenn man nur die Wohnungsverhältnisse im allgemeinen feststellt und nur die Wohnräume zählt, man muß vielmehr die Flächenräume feststellen, die den einzelnen Familien zur Verfügung stehen, besonders die Flächen in jenen Wohnungen, in denen sich mehrere Familien zusammengedrängen müssen.

Im Ausschuss war zuerst auch beschlossen worden, die Wohnungsverhältnisse auf dem Lande festzustellen. Zwischen der ersten und zweiten Beratung lag aber die Regierungsbildung, und da kamen die Regierungsparteien zu der Erkenntnis, daß man die Verhältnisse auf dem Lande nicht berühren dürfe. Daher die Entschlüsse des Ausschusses, wonach nur die in Werkwohnungen befindlichen betriebsfremden Personen festzustellen sollen. Die vom Ausschuss beschlossene Frage nach der Staatsangehörigkeit bedeutet einen Ausfluß der Rassepolitik zu antisemitischen Zwecken. Im alten Deutschland hat man zwar die Arbeitskraft der Ausländer in Anspruch genommen, aber das Heimatsrecht wurde ihnen nicht gewährt. Zu einer Wiederholung dieser Zustände darf es nicht mehr kommen. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Unter Ablehnung aller Änderungsanträge, auch der von der Sozialdemokratie gestellten, wird hierauf die Vorlage in zweiter und dritter Beratung verabschiedet. Das Haus stimmt auch den Entschlüssen des Ausschusses zu.

Um 5 1/2 Uhr vertagt sich das Haus auf Mittwoch, den 16. Februar, nachmittags 3 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Reichshaushalts.

Advertisement for Wrigley's P.K. KAU-BONBONS. The ad features a central illustration of a smiling man's face with 'P.K.' written below it. Surrounding this are numerous images of the product packs, each labeled 'WRIGLEY'S P.K. KAU-BONBONS'. At the bottom, the text reads 'WRIGLEY A.G. FRANKFURT A.M. FABRIK'.

Table with lottery results for the 28th Prussian-Saxony Class Lottery (254. Pruss.) Class Lottery, held on February 10, 1927, in the afternoon. The table lists various prize classes and their corresponding numbers. A box highlights that for every drawn number, there are two equal high prizes. Below the table, there is a section for the 3rd drawing on February 11, 1927, in the morning, listing more prize numbers.

Moskauer Nachtsyle.

(Schluß.)

Durch die Schlafträume für Männer gelangt man in die Abteilung für Frauen. Vor der Tür hängt ein Schloß. Für die Nacht werden die Frauen eingeschlossen. Die Aufseherin überzeugt sich von Zeit zu Zeit, ob auch die Tür verschlossen ist oder ob...

Wer verbringt die Nacht hinter diesem Schloß? Die Verstößenen — das sind die Bewohnerinnen des Nachtsyls für Frauen. Jede hat ihr Drama, ihre Tragödie. Weist sind es junge, während der Schwangerschaft von Männern verlassene Frauen. Im Asyl erwarten sie die Geburt. Wo sollen sie sonst hin? Hier bleiben sie mit dem Neugeborenen, sofern es nicht in einem Kinderhort untergebracht werden kann. Sich vom Kindchen trennen — oder...

„Zum Beispiel: aussuchen,“ bemerkt eine.
Viele Frauen leben hier mit ihren Kindern, mit ihren Säuglingen. Schwangere und bereits mit Kindern gesegnete. Die Mutter nähert ihr Kleines und plaudert gelassen. Lebte in der Provinz. Der Mann ging nach Moskau. Schrieb nicht mehr. Sie fuhr ihm nach, ihn zu suchen, denn die schwere Stunde nahte. Wo mag er nur sein? Sie weiß es nicht. Und so gebar sie im Nachtsyl...

Ihre Nachbarin hat es besser, deren Kind ist im Kinderhort. Beide suchen Beschäftigung, helfen einander. Sie fanden sich im gemeinsamen Leid.

Gegenüber hockt ein blendend schönes Mädchen, sechzehnjährig. Schwarze, lange Zöpfe ringeln sich auf ihrem Rücken. Ein weißes, einst schönes Kleid hängt in Fetzen herunter. Die ehemals schmutzen Pantoffeln sind längst abgetreten, zerrissen, mit Bindfaden gebunden. Sie liest ein Buch. Bereitwillig gibt sie Auskunft. Tochter eines sibirischen Goldindustriellen. Lebte letztem vom Schokoladenhandel. St. August handelt sie nicht mehr. „Warum?“ „Sehen Sie das nicht? Schwanger im neunten Monat. Mein Mann verließ mich.“ Sie lebt jetzt davon, was ihr die Bekannten ihres Vaters geben. Ihre Mutter wohnt in Moskau. „Warum sind Sie nicht bei der Mutter?“ Sie schweigt.

„Na, was machts!“ tröstet sie die Nachbarin, eine alte, auf der Reise nach Palästina stehengebliebene Jüdin. „Was machts, wenn auch dein Vater reich war! Auch ich war nicht arm. Alles hatte ich. Gott sei Dank! Man bestahl mich — Gott wollte es. Man bestahl mich just auf der Reise nach Palästina. Egal — Gott wird mir schon helfen!“

Dem Gespräch hört eine dritte zu. Die Haare nach hinten gekämmt. Blaues Kleid. Offenes Gesicht. „Und wer sind Sie?“ „Arbeitslos, handle mit Büchern. Neunzehn Jahre.“ Ihre „Bare“ liegt unterm Kissen.

Eine andere: Bubikopf, Liefliegende, mit erkaltetem Stolz blinkende Augen. „Warum sind Sie hier?“ „Darum, weil ich keine Arbeit habe, weil zu Hause kein Platz für mich ist.“ „Verheiratet?“ „Ledig. Ist das nicht gleich?“

Am die Reihe kommt ein Backisch, mit Lumpen bedeckt, mit schweißendem Blick und wirrem Haar. Bei unserem Erscheinen flüchtet die Kleine mit wildem Getöse. Die Freundin bringt sie zurück, nötigt sie ins Bett, deckt sie zu, beruhigt sie und plaudert mit ihr. „Woher kommen die beiden? Wer sind sie? Welchen Weg wandeln diese zwei Wesen?“

Im gegenüberliegenden Winkel haufen zwei andere. Der Weg ihres Lebens ist gleich erkennbar. Sie haben sich verabredet. Kennen ihr Alter nicht. „Meinen Geburtschein habe ich längst verloren,“ schreit die eine, „was mich auch gar nicht reut.“ „Wie alt sind Sie ungefähr — 15, 40 Jahre?“ „Ob 15 oder 40 — mir egal. Meine Jahre interessieren mich nicht. Woher ich gebürtig bin, ist auch nicht wichtig. Meine Mutter sagte es nicht bei meiner Geburt, na, und ich habe sie auch nicht gefragt, wo sie mich zur Welt brachte.“

Die Freundin interessiert sich auch nicht für ihre Jahre. Sie lacht häßlich, wobei die offenen Lippen klaffende Zahnlücken zeigen lassen. „Womit ich mich beschäftige? Mit nichts! Am Tage bin ich meiner Mutter Gasi, nachts bin ich hier.“ „Schwindle nicht,“ sagt die Aufseherin, „bestimme, daß du stiehst. Alle wissen das.“ „Wie sollte ich! Hier ist doch nichts abhandeln gekommen. Vor Gericht war ich noch nicht. Und wenn ich im Gefängnis war, dann nur infolge eines Irrtums. Ich gehe zur Mutter nur zu Besuch. Davon lebe ich.“

Weiter hinten liegen verdächtige, runzlige, alte Weiber, mit verlogenerm, unstemem Blick. Wie lange sie hier sind, woher sie kommen, was sie treiben, ist nicht zu erforschen. Ihre perschrumpften Gestalten erinnern an Wahrsagerinnen, weiße Frauen, Hegen, Fallstühle. Sie murmeln und jammern. Ihre Handgelenke sind verkrüppelt. Man vermeint, stumpe, verblödete Dorftrinen vor sich zu sehen. Eckhaft. Fliehen möchte man vor ihnen.

Die weiteren Reihen rekrutieren sich aus Zuwanderern, alle vom Dorf. Eine Bäuerin, dreißigjährig. Der Mann erschlagen. Sucht Arbeit. Eine andere, jung, hübsch, weiße kräftige Zähne — bettelt. Eine Frau von 50 Jahren, mit zwei Töchtern, schnorrt Reisegeld zusammen, um ins Dorf zurückkehren zu können. Kam, um ihren Mann zu suchen, fand ihn aber nicht. „Wird schon eine andere genommen haben,“ bemerkt sie demüütig.

Nebenan schlafen Kinder — ein dreizehnjähriges Mädchen und ein winziges, greifenhaftes Wesen von fünf Wochen. Ich frage nach der Mutter dieser Kinder. Das Mädchen richtet sich auf: „Die Mutter bin ich.“ „Du? Wie alt bist du?“ „Zwanzig.“ „Sie läßt noch keine fünfzehn,“ werfen die Nachbarinnen dazwischen. Die kindliche Mutter erhebt sich und betreut ihr Kleines. Sie ist klein von Gestalt. Kindliche Manieren, kindliche Figur, kindliches Gesicht. „Ist dein Mann bei dir?“ „Ja, ist ein Schlosser, schläft auch im Asyl.“ „Wozum lebst du? Wo kommst du her?“ „Vom Dorf, nähere mich von milden Gaben. Gute Menschen geben schon was. Auch du kannst mir eine Kopeke geben. Bitte, bitte!“

Von Almosen leben die meisten Bewohnerinnen des Nachtsyls. Kleine, blass, abgemagerte Kinder, oft mit erfrorenen Füßen, sind den bettelnden Frauen eine Quelle des Erwerbs. Kindern wird so eher was geschenkt. Die Frauen ohne Kinder leben von Gelegenheiten oder von „weiblicher“ Arbeit.

Solche Verhältnisse herrschen im Asyl für Frauen. Da vegetieren sie zwischen Lumpen, Wänden und Decken, zwischen zappenden, weinenden, winzigen Wesen. Still freuzen die Mütter. In nervösem Schlaf wälzen sich junge Mädchen und Frauen. Geht man an den Schlafstätten vorbei, vermerkt man, auf dem Wege eines großen Menschenleibs, eines tiefen weiblichen Geists zu schreien. In diesen Stuben, hinter Schloß und Riegel, liegen die einsamen, verlassenen Frauen, die das Leben als lästige, überflüssige Geschöpfe in den Abgrund stieß.

Die sozialen Lebensbedingungen sind immer noch größtenteils gegen das Weib gerichtet. (Vervollständigt von Victor Kalmowitsch.)

Keudells Apotheose



„Gerettet ist das edle Glied
Des Kabinetts vom Bssen.“

„Wer sich für's Zentrum brav bemüht,
Den können wir erlösen!“

Die Mutationslehre.

Von Willy Ley.

Als vor einiger Zeit Professor Bestenhöfer mit seiner Behauptung herportrat, daß im Abstammungsverhältnis der Säugetiere untereinander einiges unklar sei, ging von dieser wissenschaftlichen Spezialfrage ein allgemeiner Sturm durch den deutschen Blätterwald. Ein Sturm, der nach Ansicht seiner Befürworter die gesamte Entwicklungslehre entweder glatt abmurfte oder andererseits überhaupt erst lebendig machte. Man sagte aber nicht Entwicklungslehre, sondern Darwinismus.

„Der Darwinismus ist tot,“ sagten die einen. „Es lebe der Darwinismus,“ sagten die anderen.

Wer recht hatte? Beide. Es kommt nämlich ganz darauf an, was man unter Darwinismus verstehen will. Die Entwicklungslehre an sich, oder das, was Darwin für den Anstoß und Triebpunkt der Entwicklung hielt. Dieser letzte eigentliche Darwinismus ist ja nun wirklich überlebt, aber ich meine denn doch, daß wir ruhig die gesamte Entwicklungslehre, die als solche ja wohl heute kaum ein Mensch bezweifelt, Darwinismus nennen wollen. Wir sprechen auch vom kopernikanischen Weltssystem, obwohl Kopernikus zwei große Fehler lehrte. Er lehrte, daß die Sonne feststehe und die Planeten sie umkreisen. Wahr ist, daß sich die Sonne (wahrscheinlich gradlinig) bewegt und die Planeten in Ellipsen um sie schwingen. Trotzdem sagt man kopernikanisches Weltssystem. Warum soll man nicht auch Darwinismus sagen, wenn man die ganze Entwicklungslehre meint?

Der alte Geoffroy St. Hilaire hat einmal gesagt, die künftigen Zoologen würden sich mehr um die Frage zu kümmern haben, wie beispielsweise das Kind zu seinen Hörnern gekommen sei, als um die, wozu es sie benutze. Die beiden anderen alten Entwicklungsdenker, Lamarck und Darwin selbst, waren verschiedener Ansicht. Aber ich will ein anderes Beispiel wählen, von dem beide gern sprachen: den Langhals der Giraffe. Nach Darwin wäre die Sache so gewesen, daß immer zufällig längere Hälse unter den Giraffenarten vorkamen, die sich besser im Daseinskampf hielten, so daß die anderen ausgeemert wurden. Lamarck dachte mehr an eine allgemeine Halsverlängerung durch Übung aus Not, die sich vererben sollte. Beide Ansichten haben aber verschiedene Schwächen, die hier nicht gleich näher erörtert werden können. Da fand sich eine dritte Möglichkeit, die der Mutation (Verwandlung).

Es war im Jahre 1886, als man zum ersten Male der Mutation auf die Spur kam. In Holland, auf einem Kartoffelfeld bei Hilversum. Dieser Kartoffelfeld lag brach und hatte aus einem Zierbeet in der Nähe eine Invasion von großen gelben Nachterkerzen durchgemacht, die üppig und frei sich ausbreiteten und wucherten. Die Nachterkerze ist nun eigentlich kein europäisches Gewächs, sondern ein amerikanisches. Sie wurde eingeführt zum ersten Male um 1614 in der Art *Oenothera biennis*. 1778 kam eine zweite dazu: *Oenothera suaveolens*. 1789 eine dritte, *Oenothera muricata*, aus Kanada. In einem Herbarium entdeckte man noch eine vierte Sorte, die nach Lamarck, ihrem glücklichen Finder *Oenothera Lamarckiana* genannt wurde.

Die Hilversumer Ackerfelder gehörten zur letzten Sorte. Ein Amsterdamer Botaniker, de Vries, fand in zwei aufeinanderfolgenden Sommern, 1886 und 1887, zwei neue Arten in diesem Acker, *Oenothera laevifolia* und *brevistylis*. De Vries stutzte, woher war diese neue Art gekommen? Es half kein Drehen und Deuteln, die dort wachsende Lamarckische Nachterkerze mußte sie erzeugt haben. Sie mußte sich in sie verwandelt haben, mußte (vom lateinischen mutare = verwandeln) mutiert haben. De Vries beschloß, der Sache auf den Grund zu gehen. Er nahm einige Dutzend der echten, nicht veränderten Pflanze mit in den botanischen Garten und begann die Zucht. Die erste Generation lieferte 15 000 Blumen, unter denen 10 neue waren, fünf Exemplare einer zwerghaftesten Art, die *Ranella* (die später in sich konstant blieb), und fünf breite, die demgemäß *Rata* genannt wurden. Die *Ranella* waren leider alle weiblich, so daß eine Fortzucht nicht ging.

Die nächste Generation der *Ranella*-Kerzen lieferte wieder (unter 10 000) drei *Rata* und drei *Ranella*. Außerdem noch eine ganz neue, eine *Rubrinervis*, eine *Rotnerve*. *Rubrinervis* blieb ebenfalls in sich konstant. Beim nächsten Male hatte man unter 14 000 Nachtkömmlingen der *Ranella*-Kerzen (die anderen wurden stets nur in sich weiter gezüchtet) 60 *Ranella*, 73 *Rata*, 8 *Rubrinervis* und außerdem noch je eine neue, eine *Riesenart* (*Gigas*), eine ganz eigenartige glatte, Skintillans, die glänzende, sogar gleich 73 einer noch anderen, *Oblonga*, und 15 weißliche *Albida*. *Gigas* erzeugte in der Fortzucht noch eine weitere, mit allen ihren Merkmalen, aber bedeutend kleinere.

Das Experiment ging noch weiter, es entwickelten sich noch neue, andere, außerdem wurde bei einer Durchmusterung des wilden Ackers festgestellt, daß auch dort fünf Neuarten, die man schon im Garten erhalten hatte, entstanden waren.

Was hatte das nun zu belegen?
Nicht mehr und nicht weniger, als daß man hier endlich einmal dem Entwicklungsgeheimnis näher auf den Leib gerückt war. Die Nachterkerze hatte da etwas ganz Neues gezeigt. Der Lamarck-Theorie stand gegenüber, daß man eine Vererbung in solchen Fällen von einer Seite nicht anerkennen wollte. Und bei Darwin war die Denkschwierigkeit die Negativität der ganzen Sache und die Um-

lich vielen Zufälle. Die Nachterkerze von Hilversum hatten einen schnelleren und einfacheren Weg gezeigt.

Unter gewissen Umständen, die noch zu erforschen sind (de Vries dachte, der Anlaß wäre die Neuerobierung eines großen Lebensraumes, also Ueberfluß, vielleicht aber auch im Falle der Not), fängt eine Tier- oder Pflanzenart plötzlich an, neue Arten aus sich hervorzubringen, die konstant bleiben und auch die Fähigkeit haben, noch weiter zu mutieren. Der Darwinische Kampf ums Dasein wird dabei nicht ausgeschlossen, sondern erhält nur eine andere Rolle zugewiesen. Die Mutation arbeitet nicht auf eine bestimmte Anpassung hin, sondern nach allen möglichen Seiten. Die schlechten und ungeeigneten Neuhelien werden dann vom Lebenskampf vernichtet, während die anderen bestehen bleiben.

Zu bemerken ist dabei noch, daß die geologischen Befunde dazu außerordentlich gut passen. Es war schon immer ein Rätsel gewesen, weshalb in den mehr als 100 Millionen Jahren der Entwicklung des Erdbens diese Entwicklung lange Zeiträume hindurch scheinbar immer stillgestanden hatte, während Neureformen dann plötzlich geradezu serienweise schnell hintereinander erschienen waren. Auch das ist uns jetzt erklärlich, ein Stückchen vom Vorhang, der die Welttrüffel bedeckt, ist durch die Mutationslehre gelüftet worden. Gelüftet worden durch eine häufige, bekannte Blume auf einem brachliegenden Kartoffelfeld, durch die Nachterkerze von Hilversum.

Dichter als Reformier.

Der englische Justizminister Winston Churchill hat sich in der letzten Zeit wieder einmal zu einer Reform der Rechtsprechung durch Dichtungen anregen lassen, und zwar waren es beide Male Werke von Galsworthy. Den Gedanken zur Einbringung seines Gesetzes über die Reform des englischen Strafrechts verdankte er Galsworthys Drama „Gerechtigkeit“. Kürzlich sah er ein anderes Stück desselben Dichters „Friede“, in dem eine Verhaftung durch die Polizei in einem Park die Hauptrolle spielt. Die große Macht des englischen Schulmannes, die hier dargestellt wurde, schien ihm bedenklich, und er plant jetzt ein Gesetz, den Mißbrauch dieser Gewalt zu verhindern. Schon öfters haben Dichter in Laufe der Geschichte durch die Schöpfungen ihrer Phantasie die Wirklichkeit stark beeinflußt und der Menschheit großen Segen gebracht. Wir brauchen etwa nur an Pestalozzis Roman „Lenhard und Gertrud“ zu denken, der für die Umgestaltung des Volksunterrichts von entscheidender Bedeutung war. Der Kampf des Barddichters Friedrich von Spee gegen die Hexenprozesse hat viel zur Abschaffung dieser furchtbaren Verfolgungen beigetragen. Victor Hugos „Beste Tag eines Verurteilten“ war ein flamender Protest gegen die Todesstrafe, der ihre Abschaffung in vielen Ländern indirekt zur Folge hatte. Australien hat dem englischen Dichter Charles Kingsley ein Denkmal gesetzt, weil ihm zu einem wichtigen Teil die Abschaffung der Deportation von Sträflingen zu danken ist. In seinem Roman „Es ist niemals zu spät zu bessern“ entwarf er so grausige Bilder von dem Sträflingsleben in der Botany-Bay, daß eine allgemeine Entüstung im englischen Publikum entstand und die Regierung die Deportation aus dem Strafnachlass entfernte.

Wohl die meisten Reformen, die je durch einen Dichter bewirkt worden sind, wurden durch Dickens hervorgerufen, dessen ungeheure Beliebtheit seiner zornigen Darstellung von Mißständen einen gewaltigen Widerhall verleiht. Den Stempel der Schuldgefangenschaft hat er gebrandmarkt im Gedanke an die trüben Szenen, die er selbst in seiner Jugend erlebte, als sein Vater im Schuldgefängnis lag. Durch die bewegliche Schilderung der verwahrlosten Kinder im „Oliver Twist“ lenkte er die Aufmerksamkeit auf dieses trübe Kapitel, und in zahlreichen Romanen geisterte er das Verbrechen, das grausame und ungerechte Schulmeister an den Kindern begingen. So wirkte er dahin, daß man sich der Plage und Erziehung der Kinder mehr annahm. Die furchtbaren Schäden der Kinderarbeit sind aber erst in England durch ein Gedicht von Elisabeth Barrett Browning „Schrei der Kinder“ an den Pranger gestellt worden. Dieses Gedicht beunruhigte das öffentliche Gewissen so sehr, daß sofort danach die Kinderarbeit in den Bergwerken verboten wurde, und bald folgten weitere Gesetze, die dieses Unrecht einschränkten. Wohl die größte Reform, die durch ein Gedicht herbeigeführt wurde, war die Sklavenbefreiung, die durch den berühmten Roman „Onkel Toms Hütte“ von Harriet Beecher Stowe entscheidend beeinflusst wurde. Die Genfer Konvention, die die Gründung des Roten Kreuzes im Jahre 1864 zur Folge hatte, war ein direktes Ergebnis der Veröffentlichung des Buches „Eine Erinnerung an Solferino“ von Henri Dunant, dem Genfer Menschenfreund. Die Leiden und Qualen der auf dem Schlachtfeld Verwundeten, die hier beweglich geschildert wurden, lösten durch diese Wohlfahrtsorganisation gemindert werden, deren Segen sich selbst über die ganze Welt verbreitet hat.

Man lernt nie aus.

Als die Gesamtblutmenge des Erwachsenen wird ein Zwölftel bis ein Dreizehntel des Körpergewichts angenommen. Beim Neugeborenen ist sie geringer, im Durchschnitt ungefähr ein Neunzehntel, im höheren Alter nimmt sie gleichfalls ab.

Die Hautfarbe der Eskimos ist bis zum zweiten Lebensjahre weiß.

